

15.3.76

Protokoll
des

Erörterungstermins
im atomrechtlichen Genehmigungs-
verfahren für das Kernkraftwerk
B r o k d o r f

- 12. bis 15. November 1974 -
in Wilster

Veranstalter: Der Sozialminister und der Minister
für Wirtschaft und Verkehr des Landes
Schleswig-Holstein als atomrechtliche
Genehmigungsbehörden

Kiel, im Januar 1976

Erster Tag des Erörterungstermins

LMR Schwarze eröffnet den Erörterungstermin im Genehmigungsverfahren zur Errichtung und zum Betrieb eines Kernkraftwerkes in Brokdorf/Unterelbe gem. § 7 des Atomgesetzes.

Er dankt den anwesenden Einwendern für ihr Erscheinen und für deren Bereitschaft, die Erörterung mit den Vertretern der Behörde zu führen und geht dann näher auf die rechtlichen Grundlagen des Genehmigungsverfahrens ein. Er zitiert in diesem Zusammenhang die besonderen Bestimmungen des § 7 des Atomgesetzes. Danach könne eine Genehmigung nur erteilt werden, wenn u.a.

die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden durch die Errichtung und den Betrieb der Anlage getroffen ist, der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter gewährleistet ist, überwiegende öffentliche Interessen, insbesondere im Hinblick auf die Reinhaltung des Wassers, der Luft und des Bodens, der Wahl des Standortes der Anlage nicht entgegenstehen.

Es sei nicht erforderlich, daß eine atomrechtliche Genehmigung im ganzen erteilt wird, sondern vielmehr üblich, Teilgenehmigungen zu erteilen. Dadurch sei insbesondere auch sichergestellt, daß die Auflagen in den einzelnen Teilgenehmigungen dem jeweiligen Stand der Technik entsprechen.

Sinn des Erörterungstermins selbst sei es, mit den Einwendern deren Einwendungen zu erörtern. Eine Tagesordnung sei deshalb nicht vorgesehen worden, weil ein hohes Maß an Flexibilität und Rücksichtnahme auf die besonderen Wünsche der anwesenden Einwender angestrebt werde. Der Komplex der Fragen, die zur Erörterung stünden, sei weitgespannt. Er habe deshalb zu den einzelnen Fragenkomplexen Wortmeldezettel vorbereiten lassen.

Zwar sei der Erörterungstermin nach seiner gesetzlichen Bestimmung nicht öffentlich, doch würde von besonderen Überprüfungen der Anwesenden daraufhin, ob sie Einwender seien, abgesehen; es sei denn, die Anwesenden würden dem widersprechen.

Im Saal seien für die Anwesenden zwei Mikrophone aufgebaut, auch um sicherzustellen, daß der gesamte Verlauf des Termins auf einem ständig mitlaufenden Tonband mitgeschnitten werden könne. Auf seine entsprechende Frage erklären sich die Anwesenden damit einverstanden, daß die gesamte Erörterung auf Tonbändern mitgeschnitten wird.

Auf eine Zwischenfrage von Westphal erklärt Schwarze, ein akustischer Rückgriff auf die Tonbänder sei jederzeit in seinem Hause möglich.

Schwarze erläutert dann das Zusammenwirken der beiden atomrechtlichen Genehmigungsbehörden, d.h. des Ministers für Wirtschaft und Verkehr und des Sozialministers. Danach stellt er die Mitarbeiter der am atomrechtlichen Verfahren beteiligten sowie der am Erörterungstermin teilnehmenden Behörden im einzelnen vor. Dies sind:

1. vom Sozialministerium (federführende atomrechtliche Genehmigungsbehörde)

Herren

RD Hansen,

WOR Dr. Wirth,

WR Dr. Wolter,

ORBR Wihlfahrt,

GA Fuhrmann,

MR Dr. med. Deubel (wird später erscheinen)

MR Dr. med. Zur (zeitweise)

2. vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr (mitzeichnende atomrechtliche Genehmigungsbehörde)

Herren

RD Dr. Backheuer,

RD Adrian,

RD Biehl,

3. vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Herren

RD Naucke

RBD Kesting

FM von Freier

RVetD Dr. med. vet. Merkel

4. vom Amt für Land- und Wasserwirtschaft Itzehoe
Herren
Ltd. RBD Grüttner, Leiter des Amtes
ORBR Karstens
AR Neubacher
5. vom Innenministerium
RD Dr. Boesten
RD Domning
RBD Uhl
ROBI Müller
Ing. grad. Henning
6. vom Gewerbeaufsichtsamt Itzehoe
Herr
RGD Heintze, Leiter des Amtes
7. vom Kreis Steinburg
Herren
Steenbek
Schwager

Die Vorstellung der von den atomrechtlichen Genehmigungs-
behörden zugezogenen Sachverständigen übernimmt Herr Drake
vom TÜV-Norddeutschland. Im einzelnen:

Herren
Dipl.-Ing. Woidag, TÜV-Norddeutschland
Dipl.-Phys. Sievers, TÜV-Norddeutschland
Dipl.-Phys. Franzen, Institut für Reaktorsicherheit
Dipl.-Phys. Ullrich, Institut für Reaktorsicherheit

Schwarze bittet dann den Antragsteller, sich vorzustellen.
Diese Vorstellung wird von Dr. Voß, NWK, vorgenommen:

Herren
Dipl.-Ing. Sönksen, HEW
Vieregge, HEW
Dipl.-Phys. Jansen, NWK *Innese-Sicherheit*
Dr. Fabian, NWK
Möller, NWK *Energievorsorge*
Prof. Dr. Meißner (als zugezogener Sachverständiger des
Antragstellers) *Biophysik*
Dr. Braun, KWU *Sicherheitslehre*
Schauenburg, KWU *Gesamt anlagenbau (Stadt Untermarsch)*
Schomer, KWU

Die weiteren von der Antragstellerin zugezogenen Mitarbeiter will Dr. Voß im Laufe der Erörterung vorstellen. Auf die Frage mehrerer Einwender, warum sich im Termin keine Minister vorstellen, erwidert Schwarze, es handele sich hier um ein Verwaltungsverfahren, dessen Durchführung ausschließlich der Verwaltung obliege.

Als erstem Einwender erteilt er zum TO-Punkt "Verfahren" Herrn RA K a e s t n e r das Wort.

K a e s t n e r stellt sich als Vertreter der Gemeinde Wewelsfleth vor. Er geht zunächst auf Verfahrensfragen ein und hält den Behördenvertretern unter Hinweis auf das neue Immissionsschutzgesetz vor, sie hätten die Unterlagen zwei Monate und nicht - wie im Atomrecht vorgesehen - einen Monat auslegen müssen. Wegen dieser Unterlassung sei die Bekanntmachung falsch und rechtswidrig. Mithin sei auch niemand ausgeschlossen und die Bekanntmachung des Verfahrens müsse wiederholt werden. Dann fragt er nach dem Antragsteller. In der Bekanntmachung seien als Antragsteller NWK und HEW genannt, während zugleich daran gedacht sei, eine Tochtergesellschaft zu gründen. Mit dieser habe man ebensowenig etwas zu tun wie mit der Kraftwerke-Union (KWU), obgleich letztere durch Vertrag verpflichtet werde, die Durchführung der Auflagen und der Genehmigungen sicherzustellen. Weil Antrag und Bekanntmachung nicht identisch seien, wisse niemand, mit wem man es überhaupt zu tun habe.

Weiter sei in der Bekanntmachung lediglich eine Errichtungsgenehmigung beantragt. S c h w a r z e habe aber von der Erteilung von Teilgenehmigungen oder Vorbescheiden gesprochen. Ein solches Verfahren aber - falls es tatsächlich beabsichtigt sei - sei danach nicht möglich. Auch insoweit seien die Unterlagen unvollständig und gäben den Bürgern kein klares Bild des Vorhabens.

Unklar bleibe auch der Anwendungsbereich des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Soweit nichtnukleare Anlagenteile nach diesem Gesetz genehmigungspflichtig sind, sei ein entsprechender An-

trag nicht gestellt worden. Aus der rechtlichen Tatsache, daß gemäß § 7 AtG die Behörde einem Antrag stattgegeben kann aber nicht muß, ergebe sich für diese eine ungemein erhöhte Verantwortung. Sie sei auch dadurch nicht gebunden, daß zum Standort Brokdorf bereits ein Kabinettsbeschluß gefaßt und der Regionalplan für diesen Planungsraum kurzfristig geändert wurde. Er verweist dann auf das Würzgassen-Urteil des BVG, in welchem der Schutzzweck des Atomgesetzes als vorrangiger Zweck betont worden sei. Dadurch sei allen atomrechtlichen Genehmigungsbehörden die Maxime ihres Handelns, nämlich den Bürger zu schützen, vorgegeben.

K a e s t n e r spricht dann die materiellen Fragen an. In England habe die Regierung beschlossen, in den nächsten Jahren nur 4.000 MW-Kernkraftwerksleistungen zu installieren, wobei jedes einzelne Werk nicht mehr als 660 MW haben dürfe. Im Vergleich dazu müsse das Verhalten der Landesregierung, in großer Eile mehrere Großkernkraftwerke an der Elbe zu errichten, als sachwidrig, wenn nicht rechtswidrig, bezeichnet werden. Bei einem derart forcierten Vorgehen fehle die Zeit zur sachgerechten Überprüfung aller noch offenen Fragen. Die Eile werde auch daran deutlich, daß kurzfristig die bis dahin bestehende Absicht, in Brunsbüttel einen zweiten Block zu errichten, aufgegeben worden sei. Man dürfe vermuten, daß dies aufgrund massiver Interventionen der Bayer- und Veba-Werke geschehen sei. Dahinter stehe deren Sorge, ein KKW am Standort Brunsbüttel könne durch Explosionen in den Produktionsanlagen gefährdet sein und damit als Energielieferant ausfallen. Die plötzliche Verlegung des Standortes nach Brokdorf zeige eine erhebliche Unsicherheit in der Beurteilung der Dinge.

Durch die radioaktiven Emissionen aus einem KKW werde möglicherweise die Bevölkerung gefährdet. Es sei daher Standard in aller Welt, KKW in Gebiete mit geringster Bevölkerungsdichte zu legen. Wo diese fehlten, könne man keine KKW errichten. Gegen diese in aller Welt gültige Regel aber werde

in Brokdorf eklatant verstoßen. Die Errichtung des KKW Brokdorf müsse zwangsläufig zu einer Reduzierung der diesem Ort zugewiesenen Wohnfunktion führen. Ziel aller planerischen Maßnahmen müsse es sein, die dort lebende Bevölkerung systematisch zu reduzieren, um so ein dünnbesiedeltes Gebiet zu schaffen. Insoweit sei auch die Ausweisung als Naherholungsgebiet rechtswidrig, weil sie den Bau weiterer Wochenendhäuser zulasse.

K a e s t n e r spricht dann die Gefährdung des KKW Brokdorf durch den Schiffsverkehr auf der Elbe, insbesondere durch Gastanker an. Nach seiner Auffassung sei ein an einem Hauptschiffahrtsweg gelegenes KKW gesetzwidrig und verstoße gegen § 7 Abs. 2 Ziff. 4 des Atomgesetzes. Auch die nahe gelegene Pulverreede sowie die enge Nachbarschaft zu dem geplanten Chemie- und Gashafen in St. Margarethen müsse zur Ablehnung des Standortes führen.

K a e s t n e r geht dann näher auf den besonderen Gesichtspunkt der Evakuierung der Bevölkerung im Katastrophenfall ein. Im Hinblick auf die vorherrschende Hauptwindrichtung bezweifelt er, daß z.B. die Gemeinden Brokdorf und Wewelsfleth in einem solchen Fall überhaupt evakuiert werden könnten.

In der neuen Regionalplanung sei der in älteren Plänen vorhandene Immissions- und Emissionsradius um Brunsbüttel, der auch Brokdorf erfaßt habe, gestrichen, obwohl sich die Tatsachen nicht geändert hätten. Auch genüge der Standort Brokdorf im Hinblick darauf, daß das KKW Brunsbüttel lediglich 9 km entfernt läge, nicht den entsprechenden Richtwerten des IRS, wonach ein Abstand von mehr als 30 km erforderlich sei.

Aus dem geringen Abstand zwischen beiden KKW's ergäben sich auch für die Elbe besondere Probleme, da der Ebbe- und Flutweg mit ca. 11 bzw. 14 km größer als der Abstand zwischen

beiden Projekten sei. Infolgedessen werde es zu einer wesentlich erhöhten Wärmebelastung der Elbe kommen. Insgesamt seien die Probleme des Wärmeeintrags in einen Tidebereich noch unerforscht.

K a e s t n e r geht dann auf die s.E. besondere Gefährdung des KKW Brokdorf durch Flugverkehr ein. Der Standort liege innerhalb einer Tiefflugschneise der Nato mit einer dort erlaubten Flughöhe von nur 75 m. Weiter liege der militärische Hubschrauberflughafen Hungriger Wolf nur 25 km entfernt, auch werde das Projekt später im Bereich des Warteraumes des Großflughafens Kaltenkirchen liegen. Die richtige Anwendung des § 7 Abs. 2 Ziff. 4 des Atomgesetzes müsse folglich zur Ablehnung des Standortes führen.

Der Betrieb des Reaktors werde Auswirkungen auf das Grundwasser und damit auf die Viehtränken und Brunnen, folglich auch auf die Milch- und Fleischwirtschaft dieses Raumes haben. Ein Landschaftsschutzplan, auf den man sich in diesem Zusammenhang stützen könnte, fehle aber.

Von der Anlage würden während der Bauzeit und insbesondere später während des Betriebes Lärmimmissionen ausgehen. Unterlagen zur Beurteilung dieses Sachverhalts fehlten jedoch völlig.

K a e s t n e r geht dann in seinen Ausführungen auf das Risiko bei KKW's dieser Größenordnung näher ein. Die AEG und andere namhafte Firmen hätten sich wegen des in seiner Höhe unübersehbaren Risikos aus dem Kernenergiegeschäft zurückgezogen. Als Beispiel dafür, daß man sich nicht auf theoretisch ermittelte Ergebnisse verlassen könne, führt er Flixborough an. Diese nach allen Regeln der Sicherheit gebaute Anlage sei vor einigen Monaten vollständig in die Luft gegangen. Auch für Würzburg habe man behauptet, daß nichts passieren könne, und dennoch seien dort in den letzten zwei Jahren insgesamt drei Störfälle vorgekommen. In der gesamten Kernenergietechnik fehle es an der notwendigen langfristigen Erfah-

rung. Der erste Reaktor sei in der Bundesrepublik erst im Jahre 1960 kritisch geworden und erst seit 1968 liefere der Prototyp in Obrigheim. Die mit Brokdorf vergleichbare Anlage in Biblis sei gerade erst in Betrieb gegangen, so daß auch hier praktische Erfahrungen noch nicht vorliegen könnten. Zwar müsse eingeräumt werden, daß Stade bisher störungsfrei laufe, jedoch sei dieser Typ wegen seiner wesentlich geringeren Größe für Brokdorf nicht relevant. Nach alledem müsse die Genehmigungsbehörde sehr sorgfältig zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und der Sicherung der Elektrizitätsversorgung abwägen.

§ 7 Abs. 2 Ziff. 2 des Atomgesetzes in Verbindung mit § 21 forderten, den Stand der Wissenschaft und Technik im Sinne einer Minimalisierung der Immissionen anzuwenden. Danach müßten Tritiumentsorgungsanlagen in Brokdorf errichtet werden; diese seien aber offensichtlich nicht vorgesehen.

K a e s t n e r wendet sich zum Schluß seiner Ausführungen den Fragen der Abfallbeseitigung zu. Seine Sorge sei es, daß die über lange Zeiträume erforderliche sichere Aufbewahrung radioaktiver Abfälle nicht gewährleistet werden könne. Abschließend meldet er dann unter Verweis auf das Würzgassen-Urteil rechtliche Bedenken gegen den von NWK beantragten Sofortvollzug an.

Schwarze dankt RA K a e s t n e r für dessen Vortrag, in welchem ein großer Teil der vorliegenden Einwendungen sehr konzentriert angesprochen worden sei. Es könne insofern davon abgesehen werden, die schriftlich zu diesem Bereich erhobenen Einwendungen noch einmal vortragen zu lassen. Er erteilt dem Einwender S c h o o r das Wort.

S c h o o r setzt sich in seinen Ausführungen mit einer Mitteilung (Nr. 81) der Schleswig auseinander. Er qualifiziert diese als Propagandamaterial eines Stromversorgungsunternehmens. Nicht die Sicherheit der Stromversorgung der Bevölkerung, sondern die Rendite der entsprechenden Aktionäre stünde im Vordergrund der Firmenpolitik solcher Unternehmen. Im Zusammenhang mit den von der Kernenergie s.E. ausgehenden Gefahren verweist er auf das Beispiel des No-

belpreisträgers Müller. Die Giftigkeit des von ihm entdeckten DDT habe sich erst nach Jahrzehnten herausgestellt; ähnliche Irrtümer seien in der Kernenergie zu erwarten.

H a s e stellt zu Beginn seiner Ausführungen fest, der gesamte Erörterungstermin sei eine Farce, da die Politiker die Errichtung des KKW Brokdorf längst beschlossen hätten. Unter Hinweis auf den in den USA ausgeprochenen Betriebsstopp für 15 KKW's bringt er seine Hoffnung zum Ausdruck, daß auch in der Bundesrepublik und insbesondere in Schleswig-Holstein die verantwortlichen Positionen mit ähnlich charaktervollen Beamten besetzt seien. Diese Hoffnung jedoch sei gering, wenn man sehe, daß hier nicht einmal in den Medien Presse, Funk oder Fernsehen über schwerste Störfälle berichtet werde. Er stellt dann die Aussagen amerikanischer und deutscher Wissenschaftler zur Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines GAU gegenüber und geht auf die Feststellungen amerikanischer Wissenschaftler ein, wonach in der Nähe von KKW's eine Verdoppelung der spontanen Krebserkrankung auftrete. Er fordert, den problematischen Weg über die Kernenergie zugunsten anderer Alternativen wie Gezeitenkraftwerke, geothermische Werke und Sonnenenergie aufzugeben.

T h ü r n a g e l stellt unter Hinweis auf die von RA K a e s t n e r vorgetragene verfahrensrechtlichen Bedenken im Namen des durch ihn vertretenen Umweltschutz Schleswig-Holstein sowie der Bürgerinitiative Seester Mühle und der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe den Antrag, den Erörterungstermin abubrechen und nach erneuter zweimonatiger Auslegung mit der Erörterung zu beginnen. Dieser Termin dürfe dann jedoch nur jeweils an Wochenenden durchgeführt werden.

Schwarze bittet RD H a n s e n als den für Brokdorf zuständigen Verwaltungsjuristen um eine Stellungnahme zu den angesprochenen Rechtsfragen.

H a n s e n wiederholt die von S c h w a r z e zu Beginn des Termins vorgetragene Zweckbestimmung des Erörterungstermins und geht dann auf die Verfahrensfragen im einzelnen ein. Die Antragsunterlagen hätten im Hinblick darauf, daß die Atomanlagenverordnung insoweit noch verbindlich sei, lediglich einen Monat ausgelegt werden müssen, diese Ansicht werde auch vom BMI ausdrücklich vertreten.

Dem Antrag der NWK sei die HEW später beigetreten. Nach ständiger Praxis könnten weiterhin auch andere, also auch eine Betriebsgesellschaft, dem Antrag beitreten.

Er erläutert dann die rechtstechnischen Unterschiede zwischen einer globalen Errichtungsgenehmigung mit einzelnen Freigabevorbehalten und dem schrittweisen Vorgehen durch Teilerrichtungsgenehmigungen. Für Brokdorf sei ein schrittweises Vorgehen mit Teilerrichtungsgenehmigungen, die sich den einzelnen Bau- und Betriebsphasen anpassen könnten, beabsichtigt.

Zur (unterstellten) Bindung der Genehmigungsbehörden führt er aus, daß eine solche Bindung ausschließlich dem Gesetz gegenüber bestehe. Eine andere Bindung, etwa derart, daß die Genehmigungsbehörde gezwungen sei, eine Anlage zu genehmigen, wäre gesetzwidrig.

Die Frage der von K a e s t n e r auch angesprochenen vorläufigen Vollziehbarkeit werde gesondert geprüft. Ein Sofortvollzug könne nur angeordnet werden, wenn dies im öffentlichen Interesse oder im überwiegend Interesse des Antragstellers liege.

Auf eine erneute Frage von T h ü r n a g e l nach der Anwendbarkeit des neuen Immissionsschutzgesetzes auf das atomrechtliche Verfahren für KKW Brokdorf zitiert H a n s e n die durch das Bundesimmissionsschutzgesetz geänderte (neue) Fassung des § 7 Abs. 3 Satz 3 des Atomgesetzes und gibt dazu eine rechtliche Interpretation.

S o y k a stellt sich als Einwender und Mitarbeiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle "Politische Ökologie" der Universität Bremen vor. Unter Hinweis auf die RA K a e s t n e r zugewilligte Redezeit von mehr als einer Stunde fordert er für jeden weiteren Einwender mindestens die gleiche Redezeit und kommt so auf eine Dauer des Termins von etwa 10 Tagen. Er fragt S c h w a r z e nach der beabsichtigten Vorgehensweise während des Termins.

Schwarze erwidert, er habe RA K a e s t n e r deshalb eine so lange Redezeit zugestanden, weil dieser nicht für sich allein, sondern vielmehr für die durch ihn vertretene Gemeinde gesprochen habe. Wenn es S o y k a gelinge, während einer Stunde alle von den durch ihn vertretenen Einwendern vorgebrachten Argumente zusammengefaßt vorzutragen, so sei dies ein begrüßenswerter Zeitgewinn. Er selbst sei auch bereit, falls es notwendig würde, den Termin an einem dritten Tag fortzusetzen. Er sei auch bereit, den Termin abends über 18.00 Uhr hinaus fortzusetzen, um so die Möglichkeit zur umfassenden Erörterung aller Sachfragen zu geben.

S o y k a bezweifelt, daß es notwendig sei, die Atomanlagenverordnung erst zu ändern, bevor man in atomrechtlichen Verfahren nach den Grundsätzen des Bundesimmissionsschutzgesetzes verfahren dürfe. Er verweist hierzu auf das Beispiel KKW Grohnde, wo die Antragsunterlagen 2 Monate ausgelegt waren, und auf die in einem Stuttgarter Verfahren praktizierte Öffentliche Bekanntmachung der Zustellung. Es bedürfe also der Prüfung, ob nicht unmittelbar durch das Bundesimmissionsschutzgesetz die Zweimonatsfrist für die Auslegung der Antragsunterlagen schon eingeführt sei.

H a n s e n trägt erneut die Auffassung seines Hauses hierzu vor und verweist darauf, daß auch der BMI diese Ansicht vertrete. Falls hier wider alles Erwarten dennoch ein Verfahrensfehler vorläge, so könne diese Frage gerichtlich entschieden werden.

S o y k a spricht dann die von ihm gegen S c h w a r z e erhobene Dienstaufsichtsbeschwerde an. Diese habe er inzwischen zurückgezogen. Es sei ihm darum gegangen, darauf hinzuweisen, wie rasch die Gerichte reagieren. Er teilt dann mit, daß er am Vortage einen Antrag auf Untersagung des Erörterungstermins gestellt habe. Er hoffe auch hier auf eine schnelle Entscheidung. Der gesamte Termin müsse insofern unter dem Vorbehalt des zu erwartenden gerichtlichen Beschlusses gesehen werden. Im folgenden geht er auf eine IABO-Broschüre ein, in welcher das KKW Brokdorf mit 1.300 MW und dem Jahr der Inbetriebnahme 1980/1981 enthalten sei. Für ihn stelle sich die Frage, inwieweit sich die atomrechtliche Genehmigungsbehörde noch ungebunden fühlen könne. Offensichtlich seien schon schwerwiegende Vorwegentscheidungen getroffen worden. Auch müsse man davon ausgehen, daß der Reaktordruckbehälter für KKBR längst in Auftrag gegeben worden sei. Dr. B a c k - h e u e r erwidert, aus der Tatsache der Veröffentlichung könne der von S o y k a geäußerte Verdacht nicht abgeleitet werden. Vielmehr gehe es um die Veröffentlichung von Planungen. Diese aber seien selbstverständlich ohne jede Rechtsbindung für die Genehmigungsbehörden.

Auf entsprechende Zwischenrufe führt H a n s e n aus, daß es sich bei den auf dem NWK-Gelände in Brokdorf zu beobachtenden Arbeiten um Probebohrungen handele, durch welche festgestellt werden solle, ob ggf. an dieser Stelle überhaupt gebaut werden könne. Derartiger Arbeiten bedürften auch keiner Baugenehmigung.

Schwarze erwidert auf T h ü r n a g e l , der seine Frage, ob das Auditorium zur Abstimmung über den weiteren Verlauf des Termins berechtigt sei, wiederholt hatte, daß dies nicht der Fall sei. Hier sei dem Gesetz zu folgen, wonach die Genehmigungsbehörde unter Beachtung gewisser gesetzlicher Bestimmungen zu diesem Termin einzuladen habe. Er sei verpflichtet,

diesen Termin durchzuführen. Eine vorausgegangene Prüfung habe ergeben, daß gegen die Durchführung des Erörterungstermins rechtlich keine Bedenken bestünden. In diese rechtliche Prüfung sei auch der BMI als vorgesetzte Behörde eingeschaltet gewesen. Zwar sei die die Auslegungsfrist betreffende Regelung nicht immer eingehalten worden, man vertrete jedoch in Schleswig-Holstein die Ansicht, daß gerade Verfahrensvorschriften wegen ihres formalen Charakters ganz strikt eingehalten werden sollten. Eine Manipulation dieser Verfahrensvorschriften führe zu reiner Willkür. Die ihm vom BMI mitgeteilte Rechtsauskunft zur Frage der Auslegungsdauer sei auch der für KKW Grohnde zuständigen niedersächsischen Behörde gegeben worden. Dort habe man sich jedoch im Unterschied zu Schleswig-Holstein für eine Zweimonatsfrist entschieden. rung durch die Gerichte.

Dr. V o s s (NWK) führt zu den Probebohrungen aus, daß diese der Vorbereitung des Genehmigungsverfahrens gedient hätten. Sie seien ein wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Eignung des Standortes.

Frau Z o f k a fordert unter Hinweis auf ihre berufliche Tätigkeit als Lehrerin, die es ihr nicht ermögliche, am Erörterungstermin, so wie er vorgesehen sei, teilzunehmen, dessen Verlegung auf das Wochenende.

S o y k a geht nochmals auf die Frage der Auslegungsfrist ein. Da auch in Baden-Württemberg (KKW Wyhl) nur ein Monat ausgelegt worden sei, werde gegen den dortigen Leiter des Erörterungstermins Strafanzeige wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt gestellt.

Schwarze erklärt erneut, daß eine rechtliche Prüfung und die Einschaltung des BMI zu dem Ergebnis geführt hätten, einen Monat auszulegen. Danach aber sei eine Auslegungsdauer von zwei Monaten rechtswidrig. H a n s e n schließt die Bemerkung an,

daß vom Verwaltungsgericht ohnehin das gesamte Verfahren von Amts wegen geprüft werde. Selbst solche Verfahrensfragen, die im Termin nicht angesprochen würden, unterlägen der gerichtlichen Prüfung. Daraus ergebe sich, daß selbst wenn niemand der Anwesenden der Meinung sei, daß eine nur einmonatige Auslegungsfrist gesetzwidrig sei, das Gericht dennoch - wenn es selbst der Meinung sei, daß zwei Monate hätte ausgelegt werden müssen - die Aufhebung des Verfahrens beschließen könne. Schwarze weist hierzu noch ergänzend auf die besondere Rechtsstellung der sich z.B. aus dem Nachbarrecht ergebenden Fragen hin.

L e n g e m a n n berichtet über seine Erfahrungen in Erörterungsterminen und verliest dann eine Passage aus einer Arbeit "Stellungnahme zu den Anforderungen, die in einem im Rahmen des atomrechtlichen Verfahrens abzuhaltenden Erörterungstermin zu stellen sind" von Prof. Dr. M e y e r - T a s c h .

H a n s e n erläutert, daß maßgebend für die Durchführung eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens ausschließlich das Atomgesetz und die dazu erlassenen Verordnungen seien. Solche Einwender, denen die Bestimmungen des Atomgesetzes nicht genügten, hätten jederzeit die Möglichkeit, über die für sie zuständigen Abgeordneten auf eine Änderung dieses Gesetzes hinzuwirken. Er geht dann auf die für KKW Brokdorf erfolgte Bekanntmachung näher ein. Diese sei erfolgt: im Bundesanzeiger am 13.8.1974, im Amtsblatt für Schleswig-Holstein am 19.8.1974, in drei Tageszeitungen, nämlich in der Norddeutschen Rundschau, in der Wilsterschen Zeitung und dem Stader Tageblatt. Nach dem Gesetz sei die Bekanntmachung in nur einer Tageszeitung vorgesehen. Die Bekanntmachung habe u.a. den Termin des Erörterungstermins genau bestimmt und den zusätzlichen Hinweis enthalten, daß ggf. der Termin am 2. Tag fortgesetzt werden würde. Damit sei dem Gesetz voll genügt worden. Im übrigen habe sich das Verwaltungsgericht

Schleswig schon im Verfahren für das KKW Krümmel mit sämtlichen auch für KKW Brokdorf relevanten Verfahrensfragen befaßt. Auch die von Westphal angesprochene Frage der möglicherweise unzureichenden Bekanntmachung sei somit für Krümmel richterlich geprüft worden.

Soyka erinnert an das Beispiel Würgassen, bei welchem das Auslegungsverfahren wegen offensichtlicher Mängel wiederholt werden mußte. Wegen der Bekanntmachung in nur drei Tageszeitungen müsse man auch im Verfahren für KKW Brokdorf damit rechnen, daß das nachprüfende Gericht eine erneute Bekanntmachung und damit auch einen neuen Erörterungstermin beschließen werde. Er geht dann auf die Frage der Vollständigkeit der ausgelegten Unterlagen ein. Diese müßten so beschaffen sein, daß sich ein Einwender vollständig über die ihm eventuell drohenden Gefahren informieren könne. Bei nicht vollständigen Auslegungsunterlagen könne auch die nachfolgende Erörterung nicht vollständig sein; sie sei vielmehr zwangsläufig unvollständig und damit fehlerhaft. Für KKW Brokdorf stelle er fest, daß die ausgelegten Antragsunterlagen unvollständig waren, weil in ihnen nicht alle Gefahren dargelegt worden sind.

Schwarze geht auf die von Frau Zofka und anderen Einwendern erhobene Forderung nach Verlegung des Termins auf Wochenendtage ein. Nach dem Landesverwaltungsgesetz dürfe die Behörde nur in ganz besonderen Ausnahmefällen Termine auf ein Wochenende verlegen. Im vorliegenden Fall seien die erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllt. Er unterbricht dann den Erörterungstermin von 13.05 bis 14.10 Uhr zur Mittagspause.

Schwarze eröffnet den Erörterungstermin nach der Mittagspause. Er bittet um weitere Wortmeldungen zum TOP "Verfahrensfragen" und erteilt zunächst Westphal das Wort.

Westphal führt aus, daß neben dem Atomrecht auch die Bestimmungen des Landesverwaltungsgesetzes für das Verfahren Brokdorf bestimmend seien. Unter Hinweis auf § 73 Abs. 2 die-

ses Gesetzes betont er, es sei nicht Aufgabe der Einwender, den Nachweis zu führen, daß ihre Bedenken berechtigt seien, sondern vielmehr habe die Behörde die Verpflichtung nachzuweisen, daß die Bedenken der Einwender unberechtigt sind. Auch im atomaren Bereich müßten die alten gewerberechtlichen Grundsätze - etwa nach § 17 Gewerbeordnung - fortgelten. Hierzu zitiert er ein Urteil des BVG vom 29.11.1955, in welchem zur Frage der Vollständigkeit der auszulegenden Unterlagen entschieden worden war. Er begründet dann seinen Zweifel daran, daß im vorliegenden Fall ordnungsgemäß und vollständig ausgelegt worden sei. Zum Beispiel hätten Gutachten überhaupt nicht ausgelegt. Wenn es auch formale Vorschriften über die Auslegung z.B. von Gutachten nicht gebe, so gehöre es von der Sache her zur Vorbereitung einer Erörterung und zum Rechtsschutz der Bürger, solche Unterlagen dennoch auszulegen. Ausnahmen hiervon könnten allenfalls für militärische Geheimnisse, Sabotageschutz oder echte Betriebsgeheimnisse gelten. Aus alledem ergebe sich für ihn ein nachhaltiger Zweifel daran, ob die Voraussetzungen zur Durchführung des Erörterungstermins überhaupt-gegeben seien. Er geht dann in seinen weiteren Ausführungen auf die besonderen Bestimmungen des § 21 der 1. SVO ein. Es sei ihm nicht möglich gewesen zu prüfen, ob und ggf. inwieweit beabsichtigt sei, die Forderung der 1. SVO nach Minimalisierung der Strahlenbelastung zu erfüllen. Er habe die Sorge, daß wegen der starken Verflechtung von Industrie und öffentlicher Verwaltung deren notwendige und rechtsstaatlich erforderliche Unbefangenheit heute nicht mehr garantiert sei. Zwar sei die Förderung der Kernenergie an sich nichts Verbotenes, doch stimme ihn bedenklich, daß z.B. Ministerpräsident Dr. Stoltenberg in seiner früheren Eigenschaft als Bundesminister intensiv für die Kernenergie geworben habe. Angesichts dieser Situation sei das Urteil des BVG vom 16.3.1972 i.S. Würzgassen, in welchem der Vorrang des Schutzgedankens des Atomrechts festgestellt worden war, für ihn äußerst beruhigend. Nun komme es für die Behörden darauf an nachzuweisen, daß sie diesen vom obersten Verwaltungsgericht ausgesprochenen Grundsatz konsequent folgten.

L e n g e m a n n schließt an W e s t p h a l mit dem Hinweis an, das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein sei Mitglied im Atomforum. Er geht dann auf ein ihm vorliegendes internes Schreiben der KWU über den Erörterungstermin für KKW Süd am 9. und 10.7.1974 in Wyhl ein. Das darin enthaltene Resümee über den Ablauf des dortigen Termins und die Vorgehensweise von S c h w a r - z e im gegenwärtigen Termin stimmten in so auffälliger Weise überein, daß man interne Verbindungen zwischen den Genehmigungsbehörden und den Betreibern vermuten müsse.

S o y k a weist darauf hin, daß in der Satzung der Weltgesundheitsorganisation erstmals der Begriff der Gesundheit definiert worden sei. Es sei erforderlich, schon jetzt am Beginn des Erörterungstermins zu definieren, was im Folgenden unter Gesundheit und unter Vorsorge verstanden werden solle. Nur so könne dann auch beurteilt werden, ob Gesundheit geschädigt oder gefährdet sei. Zur Beurteilung dieses Sachverhalts sei auch die europäische Sozialcharta heranzuziehen. Eine umfassende rechtliche Würdigung des Gesundheitsbegriffs müsse auch immaterielle Schäden, Beeinträchtigungen der seelischen sowie der körperlichen Unversehrtheit sowie des sozialen Wohlbefindens berücksichtigen.

Dr. M ö l l e r fragt nach der Anwesenheit des Bürgermeisters von Brokdorf oder von Gemeindevertretern dieser Gemeinde. Er stellt fest, daß auch der Landrat des Kreises Steinburg nicht anwesend ist. In seinen anschließenden Ausführungen betont er, daß auch das geplante KKW Brokdorf mit seiner zwangsläufigen Folgeindustrie ein weiterer Schritt zur Schädigung der Erholungsfunktion des Landes Schleswig-Holstein sei. Die jetzt schon gegebene Verschmutzung des Elbetrichters werde mit Zunahme der Industrie gleichfalls zunehmen. Die Reaktoren seien ausschließlich aus Profitgründen überdimensioniert. Die Behauptung, es handele sich bei dem KKB-Druckwasserreaktor um eine erprobte Bauart, sei völlig unerwiesen.

Durch Brokdorf werde die Abluftfahne des KKW Brunsbüttel in der Wilster Marsch erheblich verstärkt. Die dort lebende Bevölkerung und die Land- und Milchwirtschaft würden maximal belastet. Der Ruf der landwirtschaftlichen Produkte aus diesem Raum werde schnell zerstört sein.

Dadurch, daß man den Bewohnern kleinerer Gemeinden wie Brokdorf ein sog. Restrisiko zumute, verstoße die Behörde ggf. gegen das Grundgesetz, welches allen das Recht auf körperliche Unversehrtheit garantiere. Dieses Restrisiko existiere aber und deswegen würden Katastrophenschutzmaßnahmen vorgesehen. Am Beispiel Stade lasse sich jedoch zeigen, wie die vitalen Schutzinteressen der dortigen Bevölkerung leichtsinnig vernachlässigt würden. Dort sei nämlich erst jetzt, nachdem das Kernkraftwerk seit Jahren in Betrieb ist, mit der Ausarbeitung eines Katastrophenschutzes begonnen worden.

Durch die erwärmten und radioaktiv verseuchten Kühlwassermengen werde die Elbe zur Industriekloake. Die auch für KKW Brokdorf entstehenden Atomüllprobleme seien insgesamt noch völlig ungeklärt. So reiche die Kapazität von Asse II lediglich bis Mitte der 80er Jahre.

Einspruch erhebe er auch dagegen, daß in Brokdorf wiederum ein Reaktor mit überdimensionierter Leistung ohne die für BASF vorgesehenen Sicherungen gebaut werde. Ebenso erhebe er Einspruch gegen die personelle Vermischung zwischen Stromwirtschaft, Atomforum und Prüfbehörde, wie sie am Beispiel Dr. B a c k h e u e r sichtbar werde.

RA Dr. von G l e i c h e n s t e i n regt eine Abstimmung über die Frage an, ob nicht der Erörterungstermin im Interesse der Überwiegenden Mehrheit der Anwesenden jetzt abgesetzt und dann am Wochenende fortgeführt werden sollte. Er selbst bejahe eine Verlegung auf das Wochenende, da sicher nicht alle anwesenden Einwander einen Anspruch auf Freistellung - zur Teilnahme an diesem Termin - hätten. Diesen Arbeitnehmern sei dann aber nicht zuzumuten, zwei Wochentage zu verlieren.

In der sich spontan anschließenden Abstimmung (durch Handaufheben) ist die überwiegende Mehrheit für die von Dr. von Gleichenstein vorgeschlagene Lösung.

Schwarze erwidert, wenn durch spontane Abstimmungen gesetzliche Bestimmungen außer Kraft gesetzt würden, führe das zur Gesetzlosigkeit. Vielmehr sei man auch und gerade in einer Demokratie an Gesetze gebunden. Die Verlegung des Termins auf das Wochenende stelle in der Sache eine Vertagung dar. Die dann erforderliche Neufestsetzung des Termins müsse bekanntgemacht werden (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 der Atomanlagenverordnung). Seine Behörde habe aber ordnungsgemäß in der Bekanntmachung den 12. und 13.11.1974 als Erörterungstermin bestimmt und sei damit der gesetzlichen Bestimmung gefolgt. Hiervon könne auch dann nicht abgewichen werden, wenn alle Anwesenden dies wünschen. Anders zu beurteilen sei die Frage der Fortsetzung des Termins über die beiden vorgesehenen Tage hinaus. Dem stehe kein rechtliches Hindernis entgegen.

RA Dr. D a h n e vertritt demgegenüber die Auffassung, daß es rechtlich zulässig sei, im Termin selbst einen neuen Termin zu bestimmen und hierzu zu laden.

Schwarze erwidert auf RA Dr. D a h n e , daß die Grundsätze eines Gerichtsverfahrens mit wenigen Parteien mit denen eines nach streng formalen Kriterien durchzuführenden **Verwaltungsverfahrens** mit Tausenden von Einwendern nicht zu vergleichen seien. Insbesondere weist er auf die verfahrensrechtlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachung des Termins hin. Diese Bestimmung wende sich an eine breite Öffentlichkeit; deshalb sei es unzulässig, lediglich im Kreis der anwesenden Einwender einen erneuten Termin für die Fortsetzung der Erörterung abzusprechen.

H e u s e r bittet unter Hinweis darauf, daß es ihm und möglicherweise auch anderen Einwendern nicht möglich sei, ständig am Erörterungstermin teilzunehmen, um eine Stellungnahme zu der Frage, ob eine Zusendung des über den Verlauf des Termins gefertigten Protokolls an die Einwender von seiten der Behörde beabsichtigt sei.

Schwarze erwidert, daß gem. § 88 Abs. 4 des Landesverwaltungsgesetzes jeder Einwender, der dies wünscht, eine Abschrift des über den Verlauf des atomrechtlichen Erörterungstermins gefertigten Ergebnisprotokolls erhalten müsse.

RA Dr. von G l e i c h e n s t e i n regt erneut die Verlegung des Termins auf ein Wochenende an, um auch dem nicht anwesenden Landrat Dr. B r ü m m e r in seiner Eigenschaft als oberster Umweltschutzbeamter des Landes Schleswig-Holstein sowie den nicht anwesenden Vorstandsmitgliedern von HEW und NWK Gelegenheit zur Teilnahme zu geben.

Schwarze stellt am Schluß einer kurzen Zusammenfassung fest, daß der Bereich "Verfahren" mit Ausnahme einzelner planungsrechtlicher Fragen abgeschlossen sei. Diese jedoch sollten mit Rücksicht auf die Zeitdisposition einzelner Einwender vereinbarungsgemäß zunächst zurückgestellt werden. Zum (vorgezogenen) Thema "Technische Sicherheit" erteilt er als erstem V o c k e das Wort.

Dieser spricht den Flugzeugabsturz schnellfliegender Militärfahrzeugen an und bittet um weitere Informationen zu diesem Thema.

F r a n z e n (IRS) führt aus, den Betrachtungen über den Flugzeugabsturz werde eine Phantom II mit einer Geschwindigkeit von 215 m/sec zugrunde gelegt. Diese Auswahl sei aufgrund besonderer Untersuchungen erfolgt. Eine wesentliche Rolle hätten dabei Betrachtungen über die Wahrscheinlichkeit von Flugzeugabstürzen gespielt. Die Behandlung des Themas Flugzeugabsturz könnte als Beispiel für die im Kernenergiebereich übliche Sicherheitsphilosophie genommen werden. Hier wie dort gelte, daß es nicht sinnvoll sein könne, gegen irgendwelche extrem unwahrscheinlichen Störfälle Vorkehrungen zu treffen. Vielmehr komme es darauf an, die hier gegebenen Risiken anderen vergleichbaren gegenüberzustellen. Komme man bei seinen Überlegungen in Wahrscheinlichkeitsbereiche der Größenordnung von 1 pro 10 Mio oder 1 pro 1 Mrd., dann sei es einfach nicht sinnvoll, diese Risiken noch zu berücksich-

tigen, da es eine Fülle anderer Risiken gebe, deren Wahrscheinlichkeit erheblich größer ist. Bei Kernkraftwerken sei ein besonderer Schutz gegen tieffliegende Militärmaschinen vorgesehen, weil die Wahrscheinlichkeit des Absturzes (Aufpralls) einer Militärmaschine in Anbetracht der zunehmenden Anzahl von KKW's wachse. Er behandelt dann auf eine gezielte Frage von V o c k e hin die bei einem Terrorakt im Flugzeug zu erwartenden Auswirkungen.

RA K a e s t n e r verweist auf die Forderung des Atomrechts, wonach Kernkraftwerke vor Störungen von außen zu schützen seien. Im Hinblick darauf, daß ein nur 75-m hoch fliegendes Militärflugzeug eine außerordentliche Gefahr für ein KKW darstelle, lasse sich die Frage der Gefährdung nicht durch Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen entscheiden.

H e u s e r trägt sein differenziertes Bild eines Flugzeugabsturzes auf ein KKW vor. Es müsse unterstellt werden, daß neben dem insoweit geschützten Reaktorgebäude auch andere Gebäude wie z.B. das Hilfsanlagengebäude getroffen würden. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen seien aber offensichtlich noch nicht überlegt.

Schwarze unterbricht vereinbarungsgemäß die Sitzung für 2 Stunden.

Nach der Pause meldet sich RA Dr. D a h n e zu Wort und unterbreitet den Vorschlag, den Erörterungstermin auch am folgenden Tage fortzusetzen, zugleich aber zur Fortsetzung der Erörterung an einem Wochenende erneut zu laden. Er geht in der Begründung seines Antrags auf die historische Entwicklung des Erörterungsbegriffs ein.

Schwarze weist RA Dr. D a h n e darauf hin, daß der Komplex "Verfahrensfragen" abgeschlossen sei. Er habe während der Pause mit seinem Minister telefonisch Rücksprache genommen und sei von diesem angewiesen worden, den Erörterungstermin so fortzusetzen, wie er bekannt gemacht worden sei. Dies allein entspreche rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Im Saal kommt es zu tumultartigen Szenen. Wortführer fordern, aus der Mitte der Versammlung einen neuen Versammlungsleiter zu wählen, der dann auch bereit sei, den mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten Beschluß, den Erörterungstermin an einem Wochenende fortzusetzen, durchzuführen. Auch wolle man nachprüfen, ob S c h w a r z e tatsächlich mit Minister C l a u s s e n gesprochen habe. S c h w a r z e könne von den Anwesenden so lange nicht ernst genommen werden, wie er nicht bereit sei, das Für und Wider der Kernenergie öffentlich und in aller Breite zu diskutieren, so daß es jedermann möglich sei, sich ein umfassendes Urteil zu bilden.

RA Dr. D a h n e nimmt das Wort und hält den Vertretern der Behörden vor, eine Einarbeitung in die Problematik sei den Einwendern deshalb nicht möglich gewesen, weil die nach § 2 der Atomanlagenverordnung vorgesehenen Unterlagen, insbesondere die Gutachten nicht vorlägen. Schon aus diesem Grunde sei eine Neuauflage des Erörterungstermins notwendig. Die Veröffentlichung selbst sei auch deshalb fehlerhaft gewesen, weil sie u.a. wesentliche Weglassungen enthalte. Die den Behörden vorliegenden Gutachten seien "Freundschaftsgutachten".

Schwarze entgegnet Dr. D a h n e , daß er nach gründlicher Prüfung aller Unterlagen der Auffassung sei, daß die Antragsunterlagen so vorhanden seien, wie es das Atomgesetz erfordere. Bisher sei auch noch in keinem Falle von dem zuständigen Verwaltungsgericht Form und Inhalt der Antragsunterlagen beanstandet worden. Auf die von RA Dr. D a h n e angedrohte Klage erwidert er, dies müsse er selbstverständlich ihm selbst überlassen, jedoch sei auch gerade das in letzter Zeit i.S. KKW Krümmel vor dem VG Schleswig durchgeführte Verfahren ohne jede Beanstandung des Gerichts geblieben. Zwar werde diese Sache noch vor dem OVG Lüneburg verhandelt, d.h., eine abschließende Entscheidung dieses Obergerichts läge noch nicht vor, doch sei eben unstreitig, daß

das VG Schleswig hinsichtlich der Frage der Vollständigkeit der ausgelegten Unterlagen der Meinung seines Hauses gefolgt sei. Auch durch einen Vergleich mit der Praxis in anderen Bundesländern werde diese Auffassung belegt.

W e s t p h a l fordert die Vorlage der den atomrechtlichen Genehmigungsbehörden zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Gutachten. Er bezweifelt allerdings, daß diesen gegenwärtig überhaupt solche Gutachten vorliegen und leitet daraus einen Verstoß der atomrechtlichen Genehmigungsbehörden gegen die Bestimmungen der §§ 83 und 84 des Landesverwaltungsgesetzes ab. Bei Nichtvorlage der erforderlichen Gutachten sei die Behörde nicht in der Lage, diese gesetzlichen Forderungen zu erfüllen, d.h., den ihr gegebenen Sachverhalt von amtswegen zu ermitteln. Auch sei sie dann nicht in der Lage, Einwender (Beteiligte) in dem notwendigen Umfang am Verfahren zu beteiligen. Diesen sei mithin die Möglichkeit genommen, bei der Ermittlung des Sachverhalts mitzuwirken. Er verweist dann auf ein ihm bekannt gewordenes Beispiel aus Nordrhein-Westfalen. Dort seien Gutachten im starken Maße für die Amtsentscheidung der Behörden herangezogen worden. H a y e ergänzt mit dem Hinweis, in Baden-Württemberg seien die Unterlagen ausgelegt worden und in Niedersachsen werde im Verfahren KKW Esenshamm deren Auslegung erwogen. Vom rechtsstaatlichen Gesichtspunkt her sei das Vorgehen der schleswig-holsteinischen Behörden äußerst zweifelhaft.

W i h l f a h r t trägt vor, daß seinem Hause zu diesem Zeitpunkt ein vorläufiges Standortgutachten vorliege. Darüber hinaus seien eine ganze Reihe weiterer Gutachten, z.T. zusammen mit dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Auftrag gegeben worden. Er hebt in diesem Zusammenhang insbesondere das Konzeptgutachten sowie das hydrologische Gutachten hervor. Letzteres werde von dem Sachverständigen Dr. L u c h t von der Wasser- und Schifffahrts-

direktion in Hamburg erstellt werden. Fragen der radioaktiven Belastung der Elbe würden im radio-ökologischen Gutachten, das beim IRS in Auftrag gegeben worden sei, behandelt. Zwischen diesem Institut und Dr. L u c h t bestünde ein enger Kontakt.

H a y e fordert unter Hinweis auf die zwar inzwischen in Auftrag gegebenen, aber tatsächlich nicht vorliegenden Gutachten eine Vertagung des Erörterungstermins. RA Dr. D a h n e schließt sich unter Hinweis auf s.E. hier sehr konkreten Bestimmungen des Atomrechts an. Dort heiße es, nur wenn die Unterlagen vollständig seien, habe die Genehmigungsbehörde das Vorhaben bekanntzumachen usw. Der Begriff der Vollständigkeit unterstelle aber das tatsächliche Vorliegen dieser Unterlagen. Er verweist im übrigen auf seinen Schriftsatz vom 7.11. ds.Js. zu dieser Sache.

Schwarze erwidert auf RA Dr. D a h n e , es müsse zwischen Antragsunterlagen i.S. des Gesetzes und Gutachten hier streng unterschieden werden. Das Gesetz stelle auf die Vollständigkeit der Antragsunterlagen ab. Dies aber sei im vorliegenden Falle geprüft worden. A d r i a n ergänzt durch den Hinweis auf § 1 der Atomanlagenverordnung. Dort sei detailliert vorgeschrieben, welche Unterlagen dem Antrag beigelegt sein müssen. Insbesondere werde dort der Sicherheitsbericht genannt. RA Dr. D a h n e hält darauf hin den Behörden vor, den Begriff des Sicherheitsberichtes viel zu eng auszulegen. Ein solcher Bericht müsse von bekannten Tatsachen ausgehen, die ihrerseits durch Gutachten erwiesen seien. H a y e unterstreicht dies und fordert am Schluß seiner Ausführungen von Schwarze die Vorlage einer vollständigen Liste über den Stand der Begutachtung des Projektes KKW Brokdorf.

Schwarze erklärt seine Bereitschaft, H a y e diese Auflistung am Morgen des folgenden Tages zukommen zu lassen. Er geht dann zusammenfassend auf die zu dieser Sache von den

Einwendern zuvor erhobenen Vorwürfe ein und weist abschließend mit Nachdruck den insbesondere von RA Dr. D a h n e erhobenen Vorwurf, er und seine Mitarbeiter seien Anwälte der Industrie zurück.

W e s t p h a l wiederholt seine Forderung nach Vorlage der Gutachten. Zwar sei dies vom Gesetzgeber nicht ausdrücklich vorgeschrieben, doch handle nach seiner subjektiven Rechtsauffassung jede Behörde rechtswidrig, die es Einwendern verweigere, in Gutachten Einblick zu nehmen. Denn dadurch werde es jedem Einwender unmöglich gemacht, die zur Vorbringung sachgerechter Einwendungen erforderlichen Kenntnisse zu erlangen. Dies aber entspreche der Zweckbestimmung des Gesetzes und dem könne auch der Hinweis auf § 88 des Landesverwaltungsgesetzes nicht entgegenstehen. Bei dem von der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde praktizierten Verfahren werde den Einwendern in unzumutbarer Weise die Möglichkeit der gesetzlich gewollten Mitwirkung am Genehmigungsverfahren genommen und ihnen zugleich damit die Last einer Klage aufgebürdet.

H a y e verweist auf das Beispiel des wasserrechtlichen Termins zu dem Projekt KKW Esenshamm in Brake. Dieser Termin sei deshalb geplatzt, weil es Einwendern ermöglicht worden war, in die Gutachten Einblick zu nehmen, d.h., diese sich in die Lage versetzen konnten, ihre Bedenken sachgerecht und schlüssig vorzutragen. Er fordert deshalb erneut die Vorlage aller Unterlagen und deren ausgiebige Erörterung.

S c h w a r z e faßt die Diskussion zusammen. Entscheidend sei die Prüfung der Frage, ob die atomrechtlichen Genehmigungsbehörden zu dem Zeitpunkt, als ihnen lediglich das vorläufige Standortgutachten vorlag, bereits einen Erörterungstermin durchführen durften. Die getroffene Entscheidung müsse im Hinblick auf die inzwischen zum Verfahren für das KKW Krümmel vorliegenden Beschlüsse des VG Schleswig bzw. des OVG Lüneburg als richtig anerkannt werden. Dort seien nämlich gerade die verfahrensrechtlichen Fragen geprüft und ihre Recht-

mäßigkeit bestätigt worden. Eine andere Sache sei es, rechtspolitische Erwägungen zu der Frage anzustellen, ob Gutachten schon zu dem Erörterungstermin oder erst danach vorliegen müßten. Es bleibe aber festzustellen, daß das Ergebnis solcher Erwägungen in den gesetzlichen Bestimmungen keinen Niederschlag gefunden habe.

S o y k a vertritt seine Auffassung, daß jeder Bürger im äußersten Falle das Recht haben müsse, sich gegen einen Gesetzestext zu wenden, wenn dieser offenkundig ungerecht ist. Für das Verfahren Brokdorf vermutet er, daß sich hier - unabhängig davon, ob die Behörde das Gesetz recht- oder unrechtmäßig anwenden werde - ein solcher äußerster Fall ergeben werde. Er kritisiert dann, daß sich die atomrechtlichen Behörden ganz offensichtlich sehr stark an die Entscheidung einer sog. interministeriellen Kommission, die Brokdorf offenbar als sehr empfehlenswerten und günstigen Standort bezeichnet habe, gebunden fühle.

Schwarze weist diese Vermutung zurück und betont, daß die Prüfungen zur Eignung des Standortes noch nicht abgeschlossen seien und daß insbesondere dann, wenn seine Behörde zu der Überzeugung gelange, dieser Standort sei ungeeignet, er auch abgelehnt werde.

W e s t p h a l wendet sich gegen die von Schwarze vertretene Auffassung und weist auf den verfahrensrechtlichen Unterschied zwischen den Projekten Krümmel und Brokdorf hin. Bei Krümmel habe es sich um einen Vorbescheid gehandelt. Dieser sei aber auch hinsichtlich der Behandlung vor den Verwaltungsgerichten mit dem Verfahren für KKW Brokdorf, wo es um die Errichtung und den Betrieb gehe, nicht vergleichbar. Im übrigen habe das VG Würzburg i.S. KKW Grafenrheinfeld inzwischen eine von den hiesigen Gerichten abweichende

Rechtsmeinung vertreten. Insgesamt sei also für KKW Brokdorf Errichtung und Betrieb, d.h. eine inhaltlich viel umfassendere Genehmigung als beim Standortvorbescheid für KKW Krümmel beantragt. Dies aber müsse zwangsläufig einen größeren Prüfungsumfang für die Behörden wie aber auch für die Einwender zur Folge haben. Dem sei nicht Rechnung getragen worden.

Zwar räume der Beschluß des BVG vom 16.3.1972 den Behörden das Recht ein, in Teilgenehmigungsschritten vorzugehen, doch sei gerade dann in einem summarischen Vorprüfungsverfahren zu klären, ob nicht unüberwindliche Hindernisse der Realisierung des Projektes entgegenstünden. Damit sei aber für alle am atomrechtlichen Genehmigungsverfahren Beteiligten - also auch für Einwender - der Rahmen für das Verfahren Brokdorf abgesteckt.

H e y e wiederholt seine Forderung nach Vorlage der relevanten Gutachten und nach Verlegung des Termins, um so allen Einwendern Gelegenheit zu geben, sich hinreichend lange (14 Tage oder 3 Wochen) mit diesen Gutachten auseinandersetzen zu können. R A D r. D a h n e pflichtet dem bei und fordert dazu auf, die Basis des atomrechtlichen Verfahrens so zu verbreitern, daß alle relevanten Bereiche eingeschlossen seien. Das gesamte Verfahren habe an sich mit Recht nichts zu tun, sondern es handele sich vielmehr in erster Linie um die - legale - Durchsetzung politischer Vorstellungen. Er leitet dann über zur Frage der möglichen Alternativenenergien wie z.B. Windkraftwerke, geothermische Kraftwerke oder Gezeitenkraftwerke. Unter der von ihm geforderten Verbreiterung der Diskussionsgrundlage verstehe er insbesondere, daß alle diese Alternativen ausführlich mit erörtert würden.

H e y e erklärt, es sei auch seine Auffassung, daß es sich im vorliegenden Falle um eine politischen Termin handele. Er fordert die Anwesenden dazu auf, eine Resolution zu verab-

schieden, in welcher das Erscheinen der Herren C l a u s -
s e n und S t o l t e n b e r g im Termin gefordert
wird. Es sei mit dem Wesen einer Demokratie unverträglich,
daß Minister ihren Verwaltungsbeamten zumuteten, etwas zu
vertreten, was sie selbst nicht vertreten wollen.

H e y e stellt dann seine Resolution zur Abstimmung und
stellt danach fest, daß die weit überwiegende Mehrheit der
anwesenden Einwender ihr zugestimmt hätten.

W e s t p h a l berichtet über seine Erfahrungen im atom-
rechtlichen Genehmigungsverfahren für das KKW Krümmel und
hebt hervor, daß ihm damals das zum Standortvorbescheid ge-
hörende TÜV-Gutachten ausgehändigt worden sei. Ein entspre-
chendes Gutachten liege aber für KKBR zum gegenwärtigen Zeit-
punkt nicht vor. Dieses fehlende Sicherheitsgutachten könne
aber nicht durch den Sicherheitsbericht ersetzt werden. Letz-
terer enthielte vielmehr eine Parteienstellungnahme. Zwar
sei auch der TÜV getragen von der Industrie, doch wolle er
annehmen, der TÜV sei möglicherweise in seinen Entscheidun-
gen noch frei. Unter anderem durch die Nichtvorlage eines
TÜV-Gutachtens sei er selbst nicht in der Lage, mit den Be-
hördenvertretern über die von F i s c h e r h o f in
Göttingen vertretene These, man müsse insgesamt zwischen mög-
licher und erforderlicher Technologie unterscheiden, zu dis-
kutieren. Gerade auf diese Abgrenzung zwischen dem, was u.U.
erforderlich und dem was wünschbar oder möglich sei, komme es
im Bereich der Kernenergie aber entscheidend an.

Dr. W i r t h geht auf die auch von W e s t p h a l an-
gesprochene Form der Bekanntmachung für KKBR ein. Dieser hat-
te dabei insbesondere die undifferenzierte Formulierung "und
andere radioaktive Stoffe (ohne Radium)" kritisiert. Es kön-
ne inzwischen im Hinblick auf die zahlreichen Veröffentlichun-
gen jedem interessierten Einwender bekannt sein, welche radi-
oaktiven Stoffe gemeint seien. Er zitiert dann, welche Nu-
klide im einzelnen bei den bisher in Betrieb befindlichen

KKWs im Abwasser gefunden wurden: Tritium, Chrom 51, Mangan 54, Eisen 59, Kobalt, Zink, Strontium, Zirkon, Ruthenium, Silber, Antimon, Jod, Cäsium, Barium, Lanthan, Cer. Hinzu kämen weitere Aktivierungsprodukte, die ebenfalls gefunden worden seien.

W e s t p h a l hatte in seinem Vortrag sein Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht, daß in Sachen KKW Krümmel ein erst am 30. November in Auftrag gegebenes Gutachten noch im gleichen Monat vom IRS erstattet werden konnte. Hierauf geht F r a n z e n in seiner Erwiderung ein. Er betont, es sei durchaus häufig, daß im IRS mit der Begutachtung eines Sachverhaltes schon begonnen werde, bevor noch ein schriftlicher Auftrag vorläge. Daraus ergebe sich, daß die tatsächliche Bearbeitungszeit weitaus länger sei als vom Eingang des Auftragsschreibens bis zur Abgabe des entsprechenden Gutachtens. Hieraus leitet H e y e seine Befürchtung ab, daß es den Gutachtern nicht möglich sei und ggf. auch gar nicht darauf ankomme, zu einem späteren Zeitpunkt im Verfahren auftauchende Fragen oder Probleme in ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

H e u s e r wendet sich ebenfalls dagegen, daß lediglich der Sicherheitsbericht ausgelegt war. Es sei niemanden zumutbar, auf der Basis dieses Berichts seine Einwendungen sinnvoll zu formulieren. Er vermisse insbesondere eine Unterlage, in welcher alle für Einwender relevanten Informationen verdichtet, zusammengefaßt und dennoch leicht verständlich enthalten seien. Völlig unbefriedigend sei auch, daß er und wohl auch alle anderen Einwender auf gezielte Fragen jeweils lediglich nur Detailauskünfte erhielten und so die Möglichkeit zu einer Gesamtübersicht zu keinem Zeitpunkt gegeben sei. Es sei der Bevölkerung nicht zuzumuten, die insgesamt 1.000 Seiten des Sicherheitsberichtes in den Amtsstuben (der beiden Auslegungsstellen) zu lesen. Er sei Herrn W e s t p h a l zu Dank verpflichtet, daß dieser 800,- DM aufgewen-

det habe, um dadurch eine Fotokopie des Sicherheitsberichtes in seinen Besitz zu bekommen. Dr. B a c k h e u e r stimmt in seiner Erwiderung H e u s e r zu. Angesichts der in einem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren entstehenden Aktenberge müsse jeder einzelne überfordert sein. Deshalb sei es eine sinnvolle Regelung, in jedem Bundesland eine oder zwei Behörden damit zu beauftragen, diese Verfahren in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Sachverständigen durchzuführen. Für die schleswig-holsteinischen Genehmigungsbehörden sei die Beurteilung deshalb etwas erleichtert, weil Brokdorf nahezu baugleich gebaut werden soll wie die Projekte Grafenrheinfeld, Grohnde, Wyhl und Unterweser. Dies seien vom Typ her vergleichbare Kernkraftwerke. Insgesamt sei auf diese Weise ein umfassender Überblick gerade auch über die Umweltwirkungen eines KKW möglich. Bei dieser Sachlage könne er sagen, daß die im Sicherheitsbericht enthaltenen Angaben auch für Einwender geeignet seien, sich einen umfassenden Überblick zu verschaffen. Dr. B a c k h e u e r leitet dann in seiner Erwiderung über auf Ausführungen von RA Dr. D a h n e .

(Dieser hatte sich in einem Vortrag mit Fragen alternativer Energieträger befaßt.) Das Symposium über Windkraftenergie Jülich habe in seinem Resümee deutlich gemacht, daß (Zitat aus der "Welt" vom 14.9.1974) in den kommenden 20 Jahren der Wind vornehmlich Wind bleiben werde, d.h., daß die Windenergie keinen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung liefern werde. Auch im Bundeswirtschaftsministerium sei man der Auffassung, daß ein wesentlicher Beitrag zur Deckung des Strombedarfs in der Bundesrepublik aus Windenergie nicht zu erwarten sei. Zur Frage der Energieerzeugung aus Erdwärme bezieht er sich auf einen Beitrag von Prof. K e r z in der Zeitschrift "Umschau" (Heft 21 von 1974), in welchem festgestellt werde, daß die Nutzung der biothermischen Wärme noch in den Anfängen stecke und noch umfangreiche Forschungsprogramme erforderlich seien, um hier weiter zu kommen.

Heuser fragt Dr. Backheuer, ob dieser im Hinblick auf die von ihm (Heuser) erhobenen detaillierten Einwendungen sicherheitstechnisch verantworten könne, das KKW Brokdorf zu errichten und zu betreiben. Dr. Backheuer weist in seiner Antwort darauf hin, daß die Genehmigungsbehörden erst am Beginn des Verfahrens stünden und daß bis zum Zeitpunkt der Erteilung einer ersten Genehmigung es allen an diesem Verfahren Beteiligten möglich sein werde, sich ein abschließendes Urteil zu bilden. Er teile jedoch Heusers Befürchtung, daß im Rahmen des Erörterungstermins nicht sämtliche drängenden Probleme, wie sie sich beim Bau von KKW's stellten, erschöpfend besprochen werden könnten. Er selbst und seine Kollegen seien sehr daran interessiert, die Argumente der Einwender kennenzulernen, um so im Rahmen einer Sachdiskussion seine Meinungsbildung zu vervollständigen.

Auf die erneut von Heuser vorgetragene Bitte, zusammenfassende Gutachten vorzulegen und zugänglich zu machen, erneuert Schwarze seinen schon zuvor gegebenen Hinweis, daß jeder Einwender die Möglichkeit habe, in die Gutachten später einzusehen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch sei die Vorlage dieser Gutachten noch nicht erforderlich.

Heye kommt auf Dr. Backheuers Aussagen zur Windenergie zurück. Er erklärt sein ausdrückliches Einverständnis, diese Fragen vertieft zu erörtern, weist jedoch zugleich darauf hin, daß im Hinblick auf das ihm hier zur Verfügung stehende Material mindestens zwei Tage anzusetzen seien. Diese Erörterung sei dann selbstverständlich auf die allgemeinen Fragen der Grenzen des Wachstums auszudehnen, zu deren Diskussion weitere vier Wochen erforderlich seien. Er weigere sich, über Probleme der Kernenergie zu diskutieren, ohne auch die Erörterung möglicher technologischer Alternativen einzubeziehen. RA Dr. Dahne schließt an Heye an und stellt in einem Vergleich die inzwischen

für die Entwicklung der Kernenergie ausgegebenen 18 Mrd. DM den 200.000 DM für ein sog. Sylter Rad gegenüber. Im übrigen stünde Wind jederzeit unbegrenzt zur Verfügung, nicht aber das zum Betrieb von Kernreaktoren erforderliche Uran, bei dem die Ressourcen begrenzt seien.

Schwarze weist RA Dr. D a h n e und dessen Vorredner darauf hin, daß ein Erörterungstermin wenig dazu geeignet sei, die politischen Entwicklungen, die zur Forcierung ausschließlich der Kernenergie geführt hätten, zu diskutieren. Er bittet um das Einverständnis der Anwesenden, im Hinblick darauf, daß der letzte Zug von Wilster nach Itzehoe um 20.43 Uhr abfahre, den Termin um 20.15 Uhr zu schließen.

S o y k a stellt die Frage nach dem für die Errichtung eines KKW erforderlichen Energiebedarf. Wenn man ständig von einer zu deckenden Energielücke spreche, so müsse diese Frage doch vorrangig beantwortet werden. Er stellt dann die im Rahmen des 4. Atomprogramms der Bundesregierung verausgabten Mittel von täglich 5 Mio DM den Bemühungen der Einwander gegenüber, durch eigenen Einsatz zur Überwindung der umfassenden Informationsblockade beizutragen. Bei den beruflich im Atomgeschäft Tätigen handele es sich insgesamt um eine verfilzte Clique, die untereinander zusammenhalte wie Pech und Schwefel. Gott sei Dank gäbe es aber inzwischen auch einige gewissenhaftere Gutachter, die ihm und anderen Einwendern wertvolles Material zukommen ließen.

Ihm sei sehr an einem Beweis dafür gelegen, daß der Antragsteller bei der Erstellung eines Gutachtens in jedem Falle - auch finanziell - ausgeschlossen bleibe.

Schwarze erwidert, das Institut für Reaktorsicherheit sei von der Bundesregierung ins Leben gerufen worden, um für alle atomrechtlichen Genehmigungsbehörden als kompetenter

Sachverständiger tätig zu werden. Die Finanzierung dieses Institutes sei jederzeit durch die Genehmigungsbehörden gesichert, so daß eine von S o y k a befürchtete finanzielle Abhängigkeit von Antragstellern nicht eintreten könne. Im übrigen sei es auch keine Besonderheit, wenn Behörden ihre Aufträge zunächst auf mündlichem Wege erteilten. Auch in einem solchen Fall könne das IRS sicher sein, daß die entstehenden Kosten beglichen würden. Hieraus - wie S o y k a - ableiten zu wollen, das IRS habe ein eigenes Interesse am Bau von Kernkraftwerken und richte sich in seiner Gutachtertätigkeit darauf ein, sei abwegig.

Auch H e y e spricht von einer Verquickung zwischen Behörde, Industrie und Gutachtern. Er hoffe darauf, daß bald nach dem Wiedenfelder Modell verfahren werde, wonach auch den Bürgern aus Steuermitteln Geld zur Finanzierung von Gutachten zur Verfügung gestellt wird. Erst dann - bei Vorlage dieser Gutachten und nachdem diese mit den vom IRS und anderen erstellten Gutachten verglichen seien, könnte ein Erörterungstermin sinnvoll durchgeführt werden. Zur Zeit aber stünden die Einwender mit leeren Taschen da.

S o y k a bringt zum Ausdruck, er habe am heutigen Tage den Eindruck gewonnen, daß S c h w a r z e bemüht sei, die Verhandlung so zu führen, wie es von den Einwendern immer gewünscht worden war. Der heutige Tag habe einen kleinen Vorgeschmack dessen gegeben, was eigentlich unter Erörterung zu verstehen sei.

Ein Einwender verliest den Text der zwischenzeitlich verfaßten Resolution und bittet die anwesenden Einwender, hierüber abzustimmen. Er stellt nach der Abstimmung fest, daß die Resolution bei 4 Gegenstimmen angenommen worden ist.

Text der Resolution:

Verfasser: Die Versammlung der Einsprecher vom Erörterungstermin Atomkraftwerk Brokdorf, Wilster, den 12.11.1974

An den Minister des Sozialen, Herrn Claussen, und Herrn Ministerpräsident Dr. Stoltenberg.

Die Versammlung beschließt bei 4 Gegenstimmen:

Sehr geehrte Herren Minister

Im Verlauf des Erörterungstermins hat sich ergeben, daß die anwesenden Behördenvertreter der Ministerien nicht in der Lage sind, den Anhörungstermin ordnungsgemäß durchzuführen. Die Versammlung fordert deswegen

1. Verlegung des Termins auf Wochenenden. Alle Termine in der Woche verhindern, daß Werktätige ihren Einspruch geltend machen können.
2. Vorlage der Gutachten zur Einsichtnahme für jedermann. Erst nach ausreichender Einsichtnahme ist die Voraussetzung für eine Fortsetzung und eine sachgerechte Diskussion des Termins gegeben.
3. Bekanntmachung des neuen Termins in allen im Unterelbegebiet erscheinenden Lokalzeitungen
4. Bereitstellung der fehlenden und in Auftrag gegebenen Gutachten
5. Das Erscheinen des Ministers Claussen und des Ministerpräsidenten Dr. Stoltenberg als den tatsächlich Verantwortlichen.

Schwarze bittet um Aushändigung des Textes, damit er diesen noch am gleichen Tage nach Kiel weitergeben könne. Er teilt den Anwesenden mit, daß er unbeschadet der Resolution die Fortsetzung des Termins auf den morgigen Tag 9.00 Uhr anberaume.

K a r k o w bittet S c h w a r z e , sich mit seinem obersten Dienstherrn in Verbindung zu setzen und diesen zur Abgabe einer kurzen Stellungnahme am morgigen Tage zu veranlassen.

Schwarze schließt den Termin um 20.20 Uhr.

Zweiter Tag des Erörterungstermins

Beginn: 9.20 Uhr

Schwarze

eröffnet den zweiten Tag des Erörterungstermins. Er führt aus, daß die Herren Ministerpräsident Dr. Stoltenberg und Sozialminister Claussen es abgelehnt hätten, am Termin persönlich teilzunehmen. Es sei nicht Sinn und Zweck eines Termins, politische Diskussionen zu führen, vielmehr käme es darauf an, die erhobenen Einwendungen zu erörtern. Sozialminister Claussen sei aber bereit, mit den Bürgern dieses Raumes im Rahmen einer politischen Veranstaltung über die Probleme der Kernenergie zu diskutieren. Eine Vertagung des Termins auf das Wochenende habe er weisungsgemäß abzulehnen. Der in der Bekanntmachung angegebene Termin sei unbedingt einzuhalten. Falls notwendig, sei er jedoch bereit, den Termin auch weiter auszudehnen.

Der Termin habe nicht zur Voraussetzung, daß Gutachten vor Auslegung der Unterlagen erstellt und mit diesen ausgelegt worden seien. Unter Bezug hierauf könne eine Vertagung des Termins nicht erreicht werden. Jedem Anwesenden müsse inzwischen deutlich sein, daß ihm daran liege, den Termin korrekt, d.h. im Sinne der geltenden Rechtsvorschriften durchzuführen. Das Verhalten einiger Anwesender zeige jedoch, daß es ihr Ziel sei, eine ordnungsgemäße Abwicklung des Termins zu verhindern. Dies könne aber den weiteren Ablauf des Termins nicht beeinträchtigen.

Da die Verfahrensfragen am Vortage erschöpfend erörtert worden seien, rufe er nun den Themenkreis "Technische Sicherheit" zur Erörterung auf.

F u h r m a n n trägt in einer Zusammenfassung die Einwendungen vor, die zum Bereich technische Sicherheit schriftlich erhoben worden waren:

Größere technische Mängel bzw. Unfälle an laufenden Reaktoren in den USA, Wahrscheinlichkeit eines schweren Störfalls nach Rasmussen, Verfügbarkeit der in der Bundesrepublik laufenden KKWs nur etwa 50 %, in den USA bleibe man wegen der Risiken bewußt unter 1000 MW, Vorbereitungsarbeiten für insgesamt 15 KKWs in Schweden wurden gestoppt, KKW Würgassen war nahe am GAU, Praxis der Kerntechnik sei übersät mit Störfällen, nach Lindackers werde die Bevölkerung einer nationalen Katastrophe ausgesetzt, 1300-MW-KKWs seien noch unerprobt, Notkühlforschung sei noch nicht abgeschlossen, Analysen zum Entstehen eines großen Versagens fehlten, Fehlerbaumanalysen seien noch unbekannt, Angaben zum Vertrauenswert fehlten, das System der Zuverlässigkeitsanalysen sei lückenhaft, aus der Raumfahrt bekannte Methoden zum Risikonachweis würden in der Kerntechnik nicht angewandt, die durch Computer berechneten Risikowahrscheinlichkeiten erfassen nicht alle Faktoren, insbesondere sei Sabotage und Terror mathematisch nicht faßbar,

die ausgelegten Unterlagen hätten eine Überprüfung des Sicherheitskonzepts für KKW Brockdorf (KKBR) nicht erlaubt, KKWs könnten gegen Krieg oder Sabotage nicht geschützt werden, eine sichere Terror- und Sabotageabwehrplanung sei noch nicht entwickelt, der Druckbehälter könne Sprödbrüche erleiden, der GAU sei in den Unterlagen (Sicherheitsbericht) unzureichend beschrieben, der Super-GAU sei überhaupt nicht behandelt, obwohl er durch Terror oder Sabotage ausgelöst werden könne, KKWs würden infolge Materialverschleiß mit Zeitablauf unfallträchtiger, die Häufung von KKWs im Unterelberaum erhöhe das Unfallrisiko, auf KKBR würde der BASF-Sicherheitsstandard nicht angewandt, der Standort für KKBR läge innerhalb einer Flugschneise; aber auch bei Auslegung gegen Flugzeugabsturz dürfe ein KKW nicht in einer solchen Schneise errichtet werden, die Elbe-Fahrrinne führe in zu geringem Abstand an KKBR vorbei, das Kollisionsrisiko würde durch die Reede Freiburg wesentlich erhöht, Gastankerkollisionen seien mithin nicht auszuschließen.

Thürnagel und Dr. Dahne distanzieren sich von dem im Saal verteilten Flugblatt (Resolution).

Häuser fragt nach den Auswirkungen eines Flugzeugabsturzes auf Hilfsanlagen. Wilfahrt erwidert, daß KKW sei in jedem Falle so abgesichert, daß der Reaktor sicher abgeschaltet und die Nachwärme sicher abgeführt werden könne. Auf Lengemann erwidert er, daß KKBR mit Würgassen auch hinsichtlich des Flugzeugabsturzes nicht zu vergleichen sei. Der Schutz gegen äußere Einwirkungen habe sich seit Würgassen wesentlich verbessert. Dr. Wirth ergänzt, daß sich gerade hierin die Weiterentwicklung des Standes von Wissenschaft und Technik zeige. Das KKW Würgassen sei eben noch nicht gegen äußere Einwirkungen, speziell gegen Flugzeugabsturz, ausgelegt.

Schwarze führt die Diskussion auf KKBR zurück und betont, daß nicht Würgassen, sondern Brockdorf Gegenstand des Termins sei.

Häuser geht erneut auf den Flugzeugabsturz ein und fragt nach den hierfür angenommenen Auslegungskriterien. Dr. Backhauer verweist auf die inzwischen vorliegenden Leitlinien der RSK. Diese enthielten zu den zivilisationsbedingten Einwirkungen alle erforderlichen Angaben. So sei für die Konzeptberatung eine Liste der gegen Flugzeugabsturz zu schützenden Gebäude, Bauteile und Anlagenteile einschließlich ihrer sicherheitstechnischen Funktionsbeschreibung vorzulegen. Außerdem sei darzulegen, wie im Belastungsfall die Standsicherheit der Bauteile und der Gesamtkonzeption gewährleistet sei. Er geht dann auf die Einzelheiten des dynamischen Nachweises der Standsicherheit besonders ein. Zum heutigen Stand von Wissenschaft und Technik führt er abschließend aus, daß alle sicherheitstechnisch wichtigen Einrichtungen, die zur Nachwärmeabfuhr erforderlich sind, gegen Flugzeugabsturz und Splittereinwirkungen ausgelegt sein müssen. Die Auswirkungen von Trümmern und von Treibstoff-

bränden sowie die durch den Flugzeugaufprall induzierten Erschütterungen würden bei der Auslegung beachtet.

F r a n z e n (IRS) verweist zum Thema Flugzeugabsturz auf das in seinem Hause am 30./31.10.1974 durchgeführte Fachgespräch. Die Tagungsberichte und andere Unterlagen stünden jedem Interessenten auf Anforderung zur Verfügung. Auf H ä u - s e r erwidert er direkt, daß bei den Rechenprogrammen im wesentlichen finite Elementprogramme im Zusammenhang mit dem ASKA-Programmsystem eingesetzt würden.

W i h l f a h r t führt aus, daß insbesondere die mit äußeren Einwirkungen zusammenhängenden Fragen im Rahmen der Konzeptbegutachtung geklärt würden. Hierunter falle auch die Frage der Auswirkungen von Detonationen infolge Gastankerkollisionen auf der Elbe.

S o y k a wendet sich gegen das Verfahren, in Erwidierungen auf Einwendungen lediglich auf Ergebnisse anderer Tagungen oder Erörterungen zu verweisen. Nach seiner Auffassung käme es vielmehr darauf an, alle sich aus Einwendungen ergebenden Fragen in diesem Termin detailliert zu erörtern. Dies gelte auch für das von F r a n z e n (IRS) zitierte ASKA-Programm und die von Dr. B a c k h e u e r erwähnten RSK-Leitlinien. Im übrigen sei die Vertrauenswürdigkeit dieser Leitlinien in der Praxis noch nicht erwiesen. Eine Verkürzung der Erörterung sowie der ständige Bezug auf Gutachter bzw. Beratergremien, hier im wesentlichen auf die RSK als "Superinstanz", sei mit dem Sinn des Termins nicht vereinbar.

Schwarze gibt die Mitteilung der Polizei über eine dort telefonisch eingegangene Bombendrohung bekannt. Die Polizei messe dieser Drohung selbst keine Bedeutung zu, weil das gesamte Gebäude vor Tagungsbeginn untersucht worden sei. Zwar könne nach seiner Überzeugung die Verhandlung fortgesetzt werden, jedoch müsse es jedem einzelnen überlassen bleiben, ob er im Saal verbleiben wolle oder nicht.

Dr. B a c k h e u e r geht in seiner Erwiderung auf S o y k a auf die Funktion der RSK ein. Er betont abschließend, daß die Verantwortung für die Erteilung einer atomrechtlichen Genehmigung selbstverständlich bei der zuständigen Genehmigungsbehörde des Landes liege. Nur im Falle zusätzlicher Sicherheitsanforderungen könne der BMI diese Landesbehörden anweisen, entsprechende Schutzmaßnahmen zu berücksichtigen. Die RSK als Beratungsgremium des BMI stelle nach übereinstimmender Auffassung das kompetenteste Sachverständigengremium in der Bundesrepublik dar. Infolgedessen sei auch den RSK-Leitlinien in der Regel zu folgen. Abweichungen hiervon seien im Einzelfall zwar möglich, müßten dann aber besonders begründet werden. S o y k a verlangt, daß den Einwendern die Richtigkeit der RSK-Leitlinien überzeugend nachgewiesen wird.

Schwarze teilt mit, daß nach Meinung der Polizei doch eine Durchsuchung des Gebäudes und aller Nebenräume erforderlich ist. Er halte es im Interesse der Sicherheit aller Anwesenden für erforderlich, daß alle das Gebäude vorübergehend verlassen.

Unterbrechung von 9.48 Uhr bis 10.35 Uhr.

Der Saal wurde verlassen. Die Polizei durchsuchte den Saal sowie die Außenwände des Gebäudes. Bei Wiederbetreten des Gebäudes wurde eine gründliche Personenkontrolle durchgeführt.

Schwarze dankt allen Anwesenden für die bewiesene Ruhe und Besonnenheit.

S o y k a erklärt, daß er bei der Polizei Anzeige erstattet habe wegen des Verdachts des Mißbrauchs der Einrichtungen des Staates durch anonyme Anrufer. Er habe die Sorge, daß dieser Anruf von der antragstellenden Seite provoziert worden sei. J a n s e n (NWK) verlangt die sofortige Zurrücknahme dieser Behauptung.

F r a n z e n geht erneut auf das Ereignis Flugzeugabsturz ein und begründet die Wahl des Flugzeugmusters "Phantom 2". Hiermit würden alle übrigen Flugzeugmuster, insbesondere die am häufigsten eingesetzten zivilen bis hin zur Boing 747

(Jumbo) weitgehendst abgedeckt. Bei diesen Großflugzeugen käme noch hinzu, daß ihre Absturzwahrscheinlichkeit wesentlich geringer als die sonstiger Passagier- oder Privatflugzeuge sei. Auf eine entsprechende Frage von H ä u s e r erwidert Dr. B a c k h e u e r , daß in den USA der Flugzeugabsturz keine Berücksichtigung finde. Insgesamt läge die Bundesrepublik mit ihren Sicherheitsanforderungen an KKWs weit an der Spitze. Damit würde der Umstand berücksichtigt, daß die Bundesrepublik relativ dicht besiedelt sei. Zum Standort eines KKW führt er aus, daß es zwar wünschbar sei, KKWs in unbesiedelte Gebiete zu legen, daß es aber auf der Welt wohl kaum Standorte gäbe, bei denen in einem Umkreis von 20 km keine Menschen leben.

K a r k o w weist auf die über dem Standort für Brokdorf existierenden Warteschleifen für den Großflughafen Kaltenkirchen und auf das hiermit verbundene erhöhte Absturzrisiko von Großflugzeugen hin. Dieser Großflughafen und die Kernkraftwerke an der Unterelbe deuteten auf mangelnde Koordinierung der regionalplanerischen Fragen hin. Dr. B a c k h e u e r erwidert, daß Brokdorf von den für Kaltenkirchen vorgesehenen Einflugschneisen nicht berührt werde. Im übrigen sei die Absturzwahrscheinlichkeit für Maschinen in einer gewissen Flughöhe sehr, sehr niedrig, insbesondere für Zivilmaschinen. Hinsichtlich der Tieflugschneisen zeigte das beim IRS vorhandene Material, daß in ihnen keine größere Wahrscheinlichkeit für den Absturz schnellfliegender Militärmaschinen besteht.

Auf eine entsprechende Frage von RA von G l e i c h e n s t e i n verliert Schwarze die Liste der von den atomrechtlichen Genehmigungsbehörden angeforderten Gutachten.

Im einzelnen sind angefordert:

Standortgutachten vom TÜV Norddeutschland in Zusammenarbeit mit dem IRS (ein Vorgutachten liegt inzwischen bereits vor)

Konzeptgutachten vom TÜV Norddeutschland

hydrologisches Gutachten

radioökologisches Gutachten vom IRS

bakteriologisches Gutachten
biochemisches Gutachten
hydrobiologisches Gutachten
geologisches Gutachten (liegt bereits vor)
Baugrundgutachten
Standortsicherheitsnachweis
Gründungsgutachten

Stellungnahme zur Unterspülung des KKW

Schwarze bietet RA von Gleichenstein eine Fotokopie der Gutachtensliste an.

Soyka weist darauf hin, daß s.E. entsprechend einem Urteil des BVG vom 29.11.55 auch die Gutachten zusammen mit den übrigen Unterlagen hätten ausgelegt werden müssen. Wegen dieser Unterlassung aber sei nicht vollständig im Sinne des Atomrechts ausgelegt worden.

Thürnagel kündigt das Erscheinen von Prof. Dr. Tampplin auf dem Termin an. Schwarze verweist hierzu darauf, daß es jedem Einwender überlassen bleibe, Sachverständige zu dem Termin hinzuzuziehen.

Im Hinblick auf das angekündigte Erscheinen von Prof. Dr. Tampplin macht Dr. Backheuer darauf aufmerksam, daß die Grundlage atomrechtlicher Genehmigungsverfahren in der Bundesrepublik das Atomgesetz und insbesondere die dazu ergangene 1. Strahlenschutzverordnung sei. Dort seien die Werte angegeben, die für die atomrechtlichen Genehmigungsbehörden Beurteilungsmaßstab sein müßten. Zwar könne man auf dem Termin mit Sachverständigen vom Range Prof. Tampplin über Grundsatzfragen diskutieren, jedoch ändere dies nichts daran, daß die genannten Rechtsgrundlagen verbindlich blieben. Die Frage der Beurteilung somatischer oder genetischer Schäden beschäftige im übrigen auch den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung. Er zitiert in diesem Zusammenhang das Protokoll aus der Bundestagssitzung vom

15.3.1974, in welchem der Bundesminister des Innern in seiner Antwort u.a. ausführt, daß Basis der Strahlenschutzverordnung die Vorschriften der ICRP seien. Für KKBR könne gesagt werden, daß es den gleichen rechtlichen Bestimmungen hinsichtlich seiner Abgaberaten unterworfen würde wie alle übrigen KKWs auch. W e s t p h a l weist auf die besondere Verpflichtung der deutschen Behörden hin, dafür zu sorgen, daß auch unterhalb der in §§ 25 - 29 der 1. SVO festgesetzten Werte die Strahlenbelastung von Personen und strahlenempfindlichen Sachgütern oder der Allgemeinheit so gering wie möglich gehalten wird. Die Einhaltung dieser Forderung müsse dann von den Genehmigungsbehörden konkret nachgewiesen werden.

In seinen weiteren Ausführungen geht W e s t p h a l auf die Unvollständigkeit der Auslegungsunterlagen ein. Wegen der vielen fehlenden Unterlagen sei es ihm nicht möglich gewesen, die Gefahrenlage umfassend zu beurteilen und entsprechende Einwendungen zu formulieren.

Dr. B a c k h e u e r erwidert, daß in der Bundesrepublik heute die Strahlenbelastung in der Umgebung kerntechnischer Anlagen in der Größenordnung von 2 bis 3 mrem oder darunter liege. Für Krümmel sei z.B. vorgeschrieben, daß am Ort der maximalen Konzentration in der Umgebung der Wert von 5 mrem nicht überschritten werden dürfe. Damit aber sei erwiesen, daß in der Bundesrepublik die Vorschrift der 1. SVO, die Strahlenbelastung in der Umgebung kerntechnischer Anlagen zu minimalisieren, strikt befolgt würde. Auf keinen Fall aber könne gesagt werden, die Genehmigungsbehörden legten ihr Ermessen ausschließlich zugunsten der Antragsteller aus.

F r a n z e n (IRS) geht nochmals auf das Ereignis Flugzeugabsturz ein. Er betont, daß außerhalb eines Bereichs von 5 bis 10 km vom Flugplatz die Wahrscheinlichkeit für den Absturz eines Flugzeuges praktisch für die gesamte Bundesrepublik gleich sei. Dies gelte demnach auch für KKBR. Zur

Besiedlungsdichte in der Umgebung von KKW's in den USA führt er aus, daß dort an einem typischen Standort in einer Entfernung von etwa 1 Meile schon 5.000 Personen im Mittel anzutreffen seien und daß sich diese Zahl bei einer Entfernung von 2 Meilen schon im Mittel auf 12.000 Menschen erhöhe. Er geht dann auf die Arbeit von Lindackers näher ein und betont, daß es sich hierbei lediglich um eine Abschätzung der maximalen Auswirkungen eines hypotetischen Unfalles handle, wobei zur Wahrscheinlichkeit eines solchen Unfalles selbst überhaupt nichts ausgesagt würde. Außerdem habe Lindacker seiner Studie bekanntlich die Bevölkerungsdichte einer nahe dem KKW gelegenen Großstadt zugrunde gelegt. Entsprechend dem von Lindackers gewählten Datenkranz sei ein breites Spektrum von Antworten möglich. Er geht dann auf die sog. Rasmussen-Studie ein. In dieser wird die Wahrscheinlichkeit für das Zusammenschmelzen eines Reaktorkerns mit 1 : 17 000 angegeben. Ein solcher Unfall führe aber keineswegs zu einer nationalen Katastrophe. Mit nennenswerten Auswirkungen auf die Umgebung könne nur gerechnet werden, wenn weitere, sehr unwahrscheinliche Ereignisse hinzukämen. Für die Kumulation solcher Ereignisse läge die Wahrscheinlichkeit bei etwa 10^9 . Mit einer ähnlichen Wahrscheinlichkeit z.B. rechne man bei Meteoritenabstürzen und ähnlichen Naturkatastrophen.

L e n g e m a n n geht nochmals auf die Lindackers-Studie ein und schließt auf der Grundlage des Massachusetts-Berichtes eigene Betrachtungen zum Risiko der Atomreaktoren an. Dr. B a c k h e u e r bestätigt, daß ein hypotetischer Störfall in der Tat eine sehr große Katastrophe darstelle. Das Bemühen aller am atomrechtlichen Genehmigungsverfahren Beteiligten sei deswegen darauf gerichtet, die Sicherheitsmaßnahmen zu ersinnen und zu realisieren, die diese Katastrophe, d.h. die Freisetzung des den KKW's innewohnenden Gefährdungspotentials verhindern. Ein gutes Beispiel für den Erfolg dieser Bemühungen sei die über die im Betrieb befindlichen KKW's vorliegende Statistik. Daraus könne überzeugend abgeleitet werden, daß die Technik heute in der Lage sei, KKW's so auszulegen, daß eine Katastrophe ausgeschlossen bleibe.

F r a n z e n geht gleichfalls auf die Rasmussen-Studie ein und erläutert die sich aus dieser ergebenden Aussagen. L e n g e m a n n weist darauf hin, daß im Falle einer Katastrophe die Großstadt Hamburg nicht zu evakuieren sei. Utopisch sei auch die Annahme, die nach einer Katastrophe erforderlichen Maßnahmen tatsächlich durchführen zu können. Zur Frage der Katastrophenschutzpläne zitiert Dr. B a c k - h e u e r die Bundestagsdrucksache vom 26.4.1974 (96. Sitzung). Dort hatte Innenminister Genscher u.a. ausgeführt, daß die in den Katastrophenplänen vorgesehene Evakuierung eines Teiles der Bevölkerung um ein KKW unter allen Notfallmaßnahmen die extremste Maßnahme darstelle. Für diesen Extremfall sei es wünschenswert, nur eine möglichst kleine Bevölkerungsgruppe evakuieren zu müssen. Die besonderen Bedingungen, unter denen die Evakuierung eines Teiles der Bevölkerung durchzuführen sei, richteten sich nach dem Ergebnis einer individuellen Prüfung des jeweiligen Standortes. Für KKBR werde zu gegebener Zeit gemeinsam mit den betroffenen Kreisen ein Katastrophenschutzplan erstellt. Auch für KKB (Brunsbüttel) sei selbstverständlich ein Katastrophenschutzplan rechtzeitig vor der Inbetriebnahme dieses KKW zu erstellen.

RA Dr. D a h n e beschäftigt sich mit den einzelnen Gutachten. Er äußert den Verdacht, man habe den Einwendern das radioökologische Gutachten deshalb vorenthalten, damit diese nicht in der Lage seien, diese Dinge umfassend zu prüfen. Er bemängelt, daß für das KKBR zum Zeitpunkt des Termins lediglich das geologische Gutachten vorliege. Zunächst aber hätte das Standortgutachten vorliegen müssen, denn die Standortfrage stünde naturgemäß am Anfang aller Prüfungen. F u h r m a n n erwidert, daß das geologische Gutachten nur deswegen schon vorliege, weil die geologische Situation in Schleswig-Holstein sehr übersichtlich sei. Dagegen wäre zur Erstellung aller übrigen Gutachten ein erheblicher Zeitaufwand erforderlich.

J a n s e n (NWK) nimmt zu den Einwendungen von Dr. D a h n e Stellung. Er weist darauf hin, daß seit Jahren im gesamten Elberaum von Krümmel bis Brockdorf radioökologische Untersuchungen durchgeführt wurden. Daraus folge, daß die Radioökologie des Unterleberaums weitestgehend bekannt sei.

Schwarze führt die Erörterung zum Thema der technischen Sicherheit und hier insbesondere auf die Einwendungen zum Katastrophenschutz zurück. Auf eine Frage von W e s t p h a l erwidert F u h r m a n n , daß inzwischen ein Katastrophenschutz-Rahmenplan des Landes vorliege. Auf dessen Grundlage werde nun für das KKW Brunsbüttel von den betroffenen Kreisen ein Sonderkatastrophen-Abwehrkalender erstellt. Dem Katastrophenschutz-Rahmenplan lägen Richtlinien des BMI zugrunde. V o ß macht darauf aufmerksam, daß im Sicherheitsbericht die Gemeinden Krempe und Nordkeding nicht enthalten seien. Damit sei eine vertrauenswürdige Grundlage für die Erstellung von Katastrophenschutzplänen nicht gegeben. S t e e n b o c k (Kreis Steinburg) führt aus, daß die Zuständigkeit für den personellen und materiellen Bereich im Rahmen des Katastrophen- und Zivilschutzes bei den Kreisen läge. Er versichert, daß zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des KKBR die Katastrophenschutzplanung voll abgeschlossen sei.

Die Bäuerin H e l l e r i c h bittet, den weiteren Ablauf des Termins so zu gestalten, daß auch den Landwirten eine ständige Teilnahme möglich ist. Schwarze dankt für diesen Hinweis und sagt zu, entsprechend zu verfahren.

Mittagspause von 13.05 bis 14.10 Uhr.

Schwarze eröffnet nach der Mittagspause und bittet um Wortmeldungen zum Thema technische Sicherheit.

H ä u s e r greift das Thema Flugzeugabsturz--(Restrisiko) erneut auf. Er fragt, wie es im Hinblick auf Flugzeugabstürze verantwortbar sei, KKW's in bewohnten Gegenden zu errichten.

W i h l f a h r t erwidert, daß der Bundesminister für Forschung und Technologie in einer Stellungnahme dargelegt habe, mit dem Betrieb eines KKW sei stets ein - wenn auch minimales - Restrisiko verbunden. Die ständige Aufgabe sei es, dieses Restrisiko so gering wie möglich zu halten. Dr.

B a c k h e u e r unterstützt die Ausführungen von W i h l f a h r t und führt aus, daß das mit KKW's verbundene Restrisiko kleiner ist als alle übrigen mit der Zivilisation verbundenen Risiken. Zur Frage von H ä u s e r , ob man angesichts des Restrisikos nicht besser auf KKW's verzichten sollte, führt er aus, daß der wachsende Energiebedarf der zivilisierten Welt ohne den Einsatz von Kernenergie nicht zu decken sei. Die Frage, ob der vom Antragsteller behauptete Energiebedarf tatsächlich vorhanden ist, werde in jedem Einzelfall gründlich überprüft.

Auf den Einwand von H ä u s e r , der Einsatz der Kernenergie verstärke nur den Trend zur Energieverschwendung, erwidert Dr. B a c k h e u e r , daß selbstverständlich eine grundlegende Überprüfung aller energieverzehrenden Prozesse erforderlich sei. Dies setze aber auch insbesondere eine Bewußtseinsänderung bei dem einzelnen voraus. Die Bundesregierung mache mit ihrem Energieforschungsprogramm große Anstrengungen, moderne Methoden zu finden, mit deren Hilfe man die gegenwärtigen Zuwachsraten herunterdrücken könne. Für das konkrete Verfahren KKBR jedoch gelte es, den durch wissenschaftliche Untersuchungen ermittelten Strombedarf Ende 1980 zu decken. Angesichts dieses vordringlichen Problems könnten die Ergebnisse umfassender Forschungsprogramme nicht abgewartet werden. Die Genehmigungsbehörden seien sich dabei selbstverständlich ihrer großen Verantwortung voll bewußt. Am Beispiel KKW Brunsbüttel, wo aufgrund der Vorkommnisse in Würstchen weitere, sehr kostenaufwendige Maßnahmen durchgeführt

würden, sei sichtbar, daß sich die Genehmigungsbehörden an wirtschaftlichen Interessen nicht orientierten, sondern vielmehr ausschließlich Fragen der Sicherheit im Vordergrund stünden.

Dr. B a c k h e u e r führt zum Restrisiko aus, daß es - verglichen mit den Vorteilen und dem Nutzen der Kernenergie - ganz allgemein für die Bevölkerung als ein tragbares Risiko angesehen werden müsse. Er bittet die Einwender um eine gezielte Erörterung des Themas technische Sicherheit. Nur so könne jeder sich davon überzeugen, welche Sicherheiten denn überhaupt in einem KKW eingebaut seien und wie das Sicherheitssystem im einzelnen aussehe. Die Einwendungen müßten darauf hinzielen, den gesamten Umfang der Sicherheitsphilosophie sichtbar zu machen. Zwar sei das Atomgesetz schon 1959 verabschiedet, jedoch blieben Fragen der Reaktorsicherheit, insbesondere des Restrisikos ständig auf der Tagesordnung im Deutschen Bundestag. Inzwischen sei unstreitig, daß die Kernenergie-Politik in der Bundesrepublik von der überwiegenden Mehrheit aller Abgeordneten getragen würde. Dies sei jedoch nur möglich, weil auch nahezu ausschließlich alle kompetenten Sachverständigen den Einsatz der Kernenergie für durchaus vertretbar erachteten. Die atomrechtlichen Genehmigungsbehörden der Länder hätten das geltende Atomrecht ermessensfehlerfrei anzuwenden. Zur Ablehnung der Kernenergie etwa wegen des bestehenden Restrisikos fehle den Verwaltungen die rechtliche Basis. H ä u s e r setzt sich sehr nachdrücklich für die Bereitstellung anderer Energie-Alternativen wie Sonnenenergie oder Erdwärme ein. Insbesondere sei aber in einer breiten Öffentlichkeitsarbeit für Sparsamkeit beim Energieverbrauch zu werben. Bei Erfolg dieser Maßnahme erübrige sich der weitere Zubau von KKW's. Er plädiert dafür, zur Frage des Einsatzes der Kernenergie eine Volksbefragung durchzuführen mit dem Ziel, ggf. zu einer Änderung des Atomrechts zu kommen.

Dr. B a c k h e u e r erwidert, daß gerade durch die Fortschreibung des Energieprogrammes deutlich geworden sei, daß die gewählten Abgeordneten in dem verstärkten Einsatz der Kernenergie eine geeignete Möglichkeit der krisenfesten Energieversorgung sehen.

Westphal äußert seine Sorge, Dr. Backhauer könne möglicherweise wegen seiner Mitgliedschaft im Deutschen Atomforum befangen sein. Er geht dann auf eine Arbeit von Benzien zur Haftpflicht für genetische Strahlenschäden näher ein. Er fragt die Vertreter der Genehmigungsbehörden, ob sie sich dem dort vorangestellten Motto: "Eine gewisse zivilisatorische Schädigung durch Strahlen sei Teil der heutigen Lebenswirklichkeit und zumutbar" für ihre eigene Arbeit anschließen würden.

Heye befaßt sich mit der Sicherheitsbilanz deutscher und ausländischer Kernkraftwerke. Er geht insbesondere auf den Würgassen-Unfall, bei dem nach seinen Angaben 1.050 to radioaktiv verseuchtes Wasser in die Weser abgelassen wurden, ein. Nach einer dpa-Meldung in der Welt vom 30.5.74 seien in den USA 12 Reaktoren undicht gewesen. Nach dem Jahresbericht der USAC hätten sich in den USA an den dortigen 42 Reaktoren insgesamt 861 besondere Vorkommnisse ereignet. Hiervon seien 371 potentiell gefährlich gewesen. Angesichts solcher Sachverhalte müsse die Verdummung des Bürgers durch die Obrigkeit eine Grenze haben. Ein besonderes, nicht übersehbares Risiko stelle die Steigerung der Leistungsgrößen der KKWs von 300 auf über 1200 MW in kurzer Zeit ohne erfolgreich abgeschlossene Zwischenstufen dar. Für Brockdorf sei die ständige Vernichtung von etwa 800 MW Wärmeäquivalent in der Elbe vorgesehen. Dies führe zu erheblicher Nebelbildung und damit zur Beeinträchtigung der Schifffahrt.

Westphal geht erneut auf die Arbeit von Benzien und die darin behandelte low level Problematik ein. Er wendet sich insbesondere gegen die dort enthaltene Idee einer Staatshaftung gegen solche Schäden.

Bolten führt aus, daß sein landwirtschaftlicher Betrieb in unmittelbarer Nähe des geplanten KKBR liege und das dann radioaktiv verseuchte Elbewasser über Bewässerungsanlagen von dem weidenden Vieh aufgenommen würde. Dies sei eine Lebensfrage für die dort ansässigen Landwirte.

Schwarze weist darauf hin, daß der Themenbereich "Auswirkungen des KKB auf die Umwelt" erst am folgenden Tag behandelt werden solle. Im Hinblick auf die große Zahl der anwesenden Landwirte und wegen der besonderen Bedeutung des Themas sei er aber einverstanden, die Behandlung dieser Fragen vorzuziehen. Er erteilt F r a n z e n (IRS) das Wort.

F r a n z e n führt aus, daß die Frage der radioaktiven Ableitungen im Mittelpunkt aller atomrechtlichen Genehmigungsverfahren steht. Als Beispiel für die im Rahmen umfangreicher Gutachten durchgeführten Untersuchungen nennt er den sog. Jod-Weide-Kuh-Milch-Pfad. Für diesen Pfad müsse überzeugend nachgewiesen werden, daß vorgegebene, international verbindliche Standardwerte nicht überschritten werden könnten. Besonderes Gewicht hätten in diesem Zusammenhang alle Maßnahmen der Umgebungsüberwachung. Diese begänne schon lange vor Inbetriebnahme eines KKW und erfasse alle in diesem Zusammenhang relevanten Proben (Boden, Bewuchs, Wasser, Milch usw.). Diese Untersuchungen würden dann während der gesamten Betriebszeit eines KKW fortgesetzt. Auf diese Weise ließen sich Veränderungen sehr leicht feststellen. Die angewandten Meßverfahren seien so empfindlich, daß sie Aktivitäten weit unterhalb der Gefährdungsschwelle absolut sicher erfassen. So könne auch gesagt werden, daß bisher noch in keinem Fall eine Gefährdung der Bevölkerung durch Verzehr von Trinkmilch festgestellt worden sei. Die speziellen lokalen Verhältnisse würden in jedem Genehmigungsverfahren selbstverständlich gründlich untersucht. Wichtig sei noch der Hinweis, daß die Meßprogramme nicht allein von den KKW-Betreibern durchgeführt würden. Vielmehr führten auch neutrale, insbesondere staatliche Fachbehörden in umfangreichem Maße solche Meßprogramme durch.

V o ß (Landwirt) wendet sich gegen die s.E. ständig gebrauchte Formel von der Mindestbelastbarkeit, die noch zulässig sei. Für ihn stünde lediglich fest, daß Gräser, Kräu-

ter, Klee usw. die radioaktiven Substanzen aufnehmen und diese dann über die Kuh und die Milch in den Menschen gelangen. Hinsichtlich ihrer Wirksamkeit seien die aus dem KKW stammenden Nuklide mit den natürlich vorkommenden nicht zu vergleichen. Besonders problematisch sei die hohe Tritiumaktivität in der Elbe. Dort käme es wegen Ebbe und Flut zu Aufschaukelungsvorgängen. Selbstverständlich gelange dieses Tritium wie alle übrigen radioaktiven Stoffe in die Bewässerungskanäle. Offen bleibe zudem, ob nicht auch Tritium mit dem - in seiner Höhe schwankenden - Grundwasser in diese Bewässerungsgräben transportiert würde.

Dr. W i r t h geht auf die Frage der Probeentnahmen im Rahmen der Umgebungsüberwachung näher ein.

Rahmen der Umgebungsüberwachung näher ein. Er hebt besonders den Jod-Zyklus hervor. Hier stelle die Schilddrüse des Kindes das kritische Organ dar. Über diese Vorgänge wisse man jedoch inzwischen sehr gut Bescheid. Auch für Brokdorf würde der Jod-Pfad umfassend untersucht. Er spricht dann die Frage der Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen an. In den jährlich erscheinenden Umweltradioaktivitätsberichten der Bundesregierung würden die Ergebnisse des Umweltmeßprogramms publiziert. Das Meßprogramm sei seinerzeit eingerichtet worden, um Auswirkungen der Atombombenversuche zu erfassen. Dieses zentrale Meßprogramm würde durch entsprechende Meßprogramme der Länder an den KKW-Standorten ergänzt. Auch deren Ergebnisse würden vom Bundesinnenministerium veröffentlicht. Daneben würden sämtliche Ableitungswerte vom Betreiber auf besonderen, vom Länderausschuß für Kernenergie beschlossenen Meldebögen erfaßt. Diese Aufzeichnungen würden von den atomrechtlichen Aufsichtsbehörden ständig überprüft und an den BIM zur zentralen Dokumentation weitergeleitet. Sämtliche Ableitungswerte aus deutschen KKW's könnten im übrigen in der Zeitschrift "Atomwirtschaft" nachgelesen werden.

J a n s e n (NWK) macht deutlich, daß die Frage der Bewässerung größerer landwirtschaftlicher Bereiche im Bereich der Unterweser (Esenshamm) sowie der Unterelbe seit Jahren systematisch untersucht worden sei. Das Ergebnis erlaube die Aussage, daß die Fragen der Bewässerung und Viehtränke von wesentlich geringerem Gewicht seien als die der biologischen

Anreicherung in den Fischen. Hieraus ergäbe sich die eigentliche Begrenzung der Abgabewerte; infolgedessen decke der "Fischweg" die mit der Bewässerung und Viehtränke verbundenen Fragen sicher ab. Er unterbreitet dann das Angebot, gemeinsam mit den betroffenen Bauernverbänden ein spezielles Meßprogramm auszuarbeiten und verweist auf das Beispiel Esenshamm, wo entsprechende Messungen von der Landwirtschaftlichen Forschungs- und Untersuchungsanstalt in Oldenburg durchgeführt würden.

V o ß (Landwirt) geht erneut auf den Würgassen-Störfall und hier insbesondere auf die Abgabe von radioaktivem Wasser in die Weser ein. Dr. W i r t h erwidert, daß dieser Störfall im Bundestag erörtert worden sei und zitiert die Antwort des Bundesinnenministers vom 3.9.1974 auf eine Anfrage des Abgeordneten Wolfram. Danach wurden die dem KKW Würgassen genehmigten Abgaberaten von 0,24 Curie pro Tag zu keinem Zeitpunkt überschritten. Weiter zitiert Dr. W i r t h eine IRS-Information aus dem Jahre 1972, Reihe B Nr. 4, in der der Ablauf des Würgassen-Störfalles aus der Sicht der Sachverständigen behandelt wird.

B o l t e n (Landwirt) spricht die in jüngster Zeit bekanntgewordenen Müllskandale an. Er befürchtet gezielte Anschläge auf Wasserversorgungsanlagen mit Hilfe von radioaktivem Müll. Dr. W i r t h führt hierzu aus, daß es sich in keinem Falle um größere Aktivitätsmengen gehandelt habe. Die Vorfälle seien jedoch Anlaß gewesen, nach Formen einer verschärften Überwachung aller radioaktiven Abfälle zu suchen. F o c k e (Landwirt) erwähnt den Lingen-Störfall aus dem Jahre 1969. Damals sei das Fünffache der Jahresmenge stoßartig an den Vorfluter abgegeben worden. In seiner Erwiderung verweist Dr. W i r t h auf die Untersuchungsberichte von Prof. F e l d vom 6. August 1969. F e l d kommt dort zu der Schlußaussage, daß die abgegebene Menge radioaktiver Stoffe zu keinem Zeitpunkt zu einer Beeinträchtigung der Bevölkerung oder der Lebewesen in der Weser geführt haben kann.

J a n s e n (NWK) trägt zu den Abgaberaten des KKW Stade aus den Jahren 1972 und 1973 vor. Diese seien in dem Bericht des Bundesgesundheitsamtes veröffentlicht. Danach hätten die Strahlendosen in der engsten Umgebung um das KKW etwa bei 0,05 mrem gelegen. In diesem Wert seien sämtliche denkbaren Anreicherungseffekte, insbesondere auch der Jod-Weg berücksichtigt. Die Gesamtaussage sei zulässig, daß mithin KKS faktisch zu keiner Erhöhung der Strahlendosis in der Umgebung geführt habe.

Dr. W i r t h unterstreicht diese Aussage durch den Hinweis, daß jedenfalls auf schleswig-holsteinischer Seite keine Erhöhung des Strahlenpegels festgestellt werden konnte. J a n s e n (NWK) macht darauf aufmerksam, daß die Frage der Abgabe aller deutschen KKW's mit genauer Isotopenanalyse von Prof. Aurandt vom Bundesgesundheitsamt auf der Reaktor-Tagung 1974 in Berlin ausführlich referiert und in der "Atomwirtschaft" vom Juni 1974 abgedruckt worden sei.

Schwarze schließt die Erörterung und ordnet entsprechend einer mit den anwesenden Landwirten getroffenen Vereinbarung eine Pause bis 18.00 Uhr an.

Wiederbeginn: 18.05 Uhr

Schwarze schlägt mit Rücksicht auf die z.T. noch abwesenden Landwirte vor, die Erörterungen zum Bereich Umwelt erst ab 19.00 Uhr zu beginnen und bis dahin den Fragenkomplex technische Sicherheit weiter zu behandeln.

H ä u s e r stellt die Frage nach der tatsächlichen Sicherheit von KKW's. Ihn interessiere die Zusammensetzung der ständig genannten Zahl 10^{-6} . Welcher Anteil hiervon sich aus wirklich im Betrieb gewonnene Daten und welcher sich aus rein theoretischen Rechnungen ergebe. Wie groß der Anteil der einfach angenommenen Werte sei. W i h l f a h r t geht in seiner Erwiderung auf das sicherheitstechnische

Grundkonzept der Anlage ein. Er hebt insbesondere die redundante Auslegung aller sicherheitstechnischen Systeme hervor. Daneben habe man, damit systematische Fehler nicht zum Versagen führten, diese Systeme zusätzlich unterschiedlich ausgelegt (Diversität). Zur Erhöhung der Sicherheit seien die Redundanzen - soweit möglich - räumlich voneinander getrennt. Ein KKW verfüge zudem über ein Reaktorschuttsystem, durch welches eine Gefährdung der Anlage verhindert werde. Als weitere Schutzmaßnahme käme dann noch der Einschluß des gesamten Primärkreislaufes im Sicherheitsbehälter hinzu. Insgesamt sei das durch ihn grob skizzierte Grundkonzept in der Lage, alle Störfälle einschließlich GAU zu beherrschen. Für dieses Gesamtkonzept sei die Zahl 10^{-6} errechnet worden. Diese Zahl entspreche dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik und sei insofern für den gegebenen Sicherheitsstandard relevant. U l r i c h (IRS) ergänzt diese Ausführungen und beschreibt systematisch sämtliche in einem Reaktor vorhandene Sicherheitsbarrieren. Daran anschließend gibt er eine ausführliche Beschreibung der vorhandenen Sicherheitssysteme (Schnellabschaltsystem, Reaktorschuttsystem, Notkühlsystem etc.). Für diese Sicherheitssysteme würden Zuverlässigkeits- oder Verfügbarkeitsanalysen entsprechend den auch im Flugzeugbau üblichen Methoden gemacht. Auf dieser Grundlage würde dann ein sog. Fehlerbaum erstellt. Auf diese Weise komme man zu der Aussage, die Zuverlässigkeit eines Systems liege in der Größenordnung 10^{-5} bis 10^{-6} pro Jahr. Es gelte dann, die Einhaltung dieser Werte durch eine extrem hohe Qualitätsgewährleistung zu sichern. Als Beispiel für die hohen Anforderungen erwähnt er die viersträngig ausgelegte Notkühlung. Diese müsse ihre Funktion auch dann noch sicher erfüllen, wenn von den vier Strängen nur einer verfügbar sei. Dieses strenge Prinzip werde z.B. in USA nicht so konsequent wie in der Bundesrepublik praktiziert. Man könne daher behaupten, daß die hier eingesetzten Systeme denen der USA überlegen seien. Zur Zeit würde gerade in experimentellen Untersuchungen die Wirkungsweise des Notkühlsystems in den verschiedenen Phasen eines Störfalles untersucht und abgesichert.

die Vorgehensweise bei der Überprüfung einzelner Komponenten. Hierbei käme es auf den jeweiligen Einsatzzweck der Komponente an, so daß jeder Einzelfall für sich gesondert betrachtet werden müsse. Zur Zeit laufe bei den REW ein Untersuchungsprogramm, das sich damit beschäftige, sämtliche Ausfalldaten in diesem Wärmekraftwerk - auch die von Großkomponenten - über Jahre zu beobachten. Die bei Verfügbarkeitsbetrachtungen eingesetzten Monte-Carlo-Simulationsprogramme hätten einen Vertrauenswert von 95 %. Im Unterschied zum Flugzeugbau - wo realistische Störfallanalysen durchgeführt würden - sei es im Kernenergiebereich üblich, darüber hinausgehende, konservative Abschätzungen zu machen. Er erläuterte diese Vorgehensweise dann ausführlich am Beispiel des Störfalls "Ausfall der Hauptwärmesenke" im KKW Brunsbüttel, d.h. er macht die Konservativität des Vorgehens deutlich.

H e u s e r äußert, ihn hätten U l r i c h s Ausführungen zum Vertrauenswert deswegen nicht überzeugt, weil eben immer noch offen sei, welche im Einsatz erhaltenen Daten in die Rechenmodelle eingeflossen seien. W e s t p h a l schließt mit dem Hinweis auf die in den USA von den concerned scientiests geführte Debatte zu den KKW-Notkühlssystemen an. Dort aufgrund dessen von der AEC durchgeführte semi-scale-tests seien durchweg Versager gewesen. Er fragt, ob man in Europa diesem Problem nachgegangen sei.

U l r i c h erwidert, die von W e s t p h a l angesprochenen Hearings in den USA seien von dem IRS ausgewertet worden. Sein Institut verfüge auf der Grundlage zwischenstaatlicher Verträge zwischen der Bundesrepublik und den USA über engste Kontakte zu den USAEC. Zur Frage der grundsätzlichen Eignung der Notkühlssysteme lägen inzwischen ausreichende Erfahrungen vor. Diese würden z.Zt. durch in Ispra durchgeführte Versuche zur Frage, ob die einzelnen Sicherheitseinrichtungen bei der Notkühlung optimal aufeinander abgestimmt sind, ergänzt. Auch habe sich die RSK in ihrer 94. Sitzung am 22.5.1974 anlässlich ihrer Beratungen zur Inbetriebnahme

des KKW Biblis A mit dem Stand der theoretischen und experimentellen Kenntnisse der Notkühlung befaßt. Sie sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Wirksamkeit der Notkühleinrichtung zur Beherrschung von Kühlmittelverluststörfällen gewährleistet ist.

Auch über das Temperaturverhalten der Brennstäbe während der blow down-Phase lägen eine Reihe von experimentellen Ergebnissen vor. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärt U l r i c h , es sei gewährleistet, daß selbst unter konservativen Annahmen über die Behinderung der Strömungsverhältnisse und den Ausfall einzelner Notkühlsysteme das Kühlwasser den Kern sicher erreiche.

H e u s e r zeigt sich weiterhin von den Ausführungen U l r i c h s unbefriedigt und erläutert in einem längeren Beispiel nochmals seine spezielle Fragestellung nach der Zusammensetzung des von U l r i c h global angegebenen Wertes 10^6 .

U l r i c h erläutert in seiner Erwiderung das Zustandekommen des von ihm genannten Wertes. Bei den Störfallanalysen beziehe man sich nicht auf den realen Ablauf eines Störfalles, sondern unterstelle bei den meisten Sicherheitsmaßnahmen, daß sie zu spät kämen, d.h., ihre sicherheitstechnische Funktion entweder überhaupt nicht oder nur teilweise ausüben könnten. Es komme nun darauf an, daß man auch bei Berücksichtigung dieser Sicherheitszuschläge stets unterhalb gewisser zulässiger Grenzen bleibe.

Die Fehlerbaumanalyse werde - bei Variation der -Werte (Ausfallraten pro Zeiteinheit) - mehrfach gerechnet. Auf diese Weise werde innerhalb des gesamten Systems die Relevanz jeden einzelnen -Wertes, d.h. jeder einzelnen Komponente und damit auch die sog. Schwachstelle des Systems gefunden. Hier sei dann der Ansatzpunkt zur Verbesserung des Systems gegeben.

H e u s e r wendet sich gegen das Verfahren, insgesamt lediglich darauf abzustellen, daß Verfügbarkeitswerte einzelner Komponenten oder eines gesamten Systems oberhalb 10^6 lägen, ohne sich für die Zusammensetzung der Werte im Einzelfall zu interessieren.

Dr. B a c k h e u e r weist H e u s e r auf das Reaktorsicherheitsforschungsprogramm des BMFT hin. Dies zeige ganz deutlich daß auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit auch weiterhin sehr intensiv gearbeitet werde. Für Brokdorf könne jedenfalls gesagt werden, daß ein Wert von 10^6 in jedem Falle erreicht sei. Eine Aussage, ob man darüber hinaus noch eher bei 10^7 oder sogar 10^8 läge, sei z.Zt. weder möglich noch erforderlich. Er geht dann auf die im Handbuch der Atomwirtschaft jährlich ausgedruckten Betriebserfahrungs- und Verfügbarkeitswerte von Kernkraftwerken in aller Welt ein. Diese Werte seien ein zweifelsfreier Beleg für die Aussage, daß man schon über beachtliche Betriebserfahrungen verfüge.

H e u s e r erweitert seine Fragestellung dahin, daß er nach der unteren Grenze, die im Kernenergiebereich noch tolerierbar ist, fragt. Er wendet sich gegen die offensichtliche Ansicht der Sachverständigen und Behörden, es genüge zu wissen, daß die Verfügbarkeitsgrenze 10^6 oder höher sei und im Laufe der kommenden Jahre noch verbessert werden könne. In einer solchen pauschalen Betrachtung werde zu leicht vernachlässigt, daß eben doch ein Rohr platzen könne. Für den Erörterungstermin selbst dagegen sei aus einer solchen Betrachtung der falsche Schluß abzuleiten, da alles sicher genug sei, brauche man über Sicherheit nicht mehr grundsätzlich, sondern allenfalls über deren über ein vernünftiges Maß hinausgehende Verbesserung zu reden.

Dr. B a c k h e u e r macht auf die besondere Verpflichtung der atomrechtlichen Genehmigungsbehörden aufmerksam, stets dem Stand von Wissenschaft und Technik zu folgen.

Dies führe dazu, daß auch in Fällen, deren Eintrittswahrscheinlichkeit wesentlich oberhalb 10^6 läge, wie z.B. dem Flugzeugabsturz, trotzdem die Kernkraftwerke zusätzlich gegen dieses Ereignis ausgelegt würden.

H e u s e r illustriert den Fall, daß sich durch Zubau von weiteren KKW's z.B. im Unterelberaum letztlich der Wert 10^6 (10^{-6}) entsprechend der Zahl der hinzukommenden Kernkraftwerke über 10^{-5} auf 10^{-4} reduzieren könne. Dabei unterstelle er noch vereinfachend, daß eine Beeinflussung dieser nachbarschaftlich gelegenen KKW's untereinander auszuschließen sei. Er wiederholt dann zusammenfassend seinen Eindruck, daß - weil die Behörde der Auffassung sei, mit einem Standard von 10^{-6} sei KKW Brokdorf ausreichend sicher - man eigentlich über die Sicherheit dieses Projektes und insbesondere über die Grundsatzentscheidung, ob es an diesem Ort überhaupt errichtet werden könne, nicht mehr zu diskutieren brauche. Dr.

B a c k h e u e r relativiert H e u s e r's Eindruck durch seine Feststellung, ein Genehmigungsverfahren erschöpfe sich nicht darin festzustellen, daß eine Sicherheit von 10^{-6} erreicht sei. Vielmehr bedürften noch sehr viele andere Dinge wie z.B. Abgabe radioaktiver Stoffe, Ableitung der Abwärme, sonstige Einwirkungen auf die Umgebung usw. der Diskussion. Über den Bereich "Technische Sicherheit" werde mit den Einwendern diskutiert, weil keineswegs auszuschließen sei, daß nicht aus diesem Kreis eine wertvolle Anregung zur Verbesserung einzelner technischer Details oder Systeme komme.

V o c k e stellt U l r i c h s Aussage, die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten eines Kühlmittelverluststörfalles läge bei 10^6 (10^{-6}) die der Rasmussen-Studie gegenüber. Nach dieser Studie müsse man - wenn eines Tages 500 KKW's in aller Welt in Betrieb sind - alle 34 Jahre mit einem Katastrophenereignis rechnen. Er wendet sich dann den einzelnen Ausführungen U l r i c h s zu und verweist zu deren Widerlegung auf ihm bekannt gewordene Informationen. Abschließend weist er auf die jeder Mathematik widersprechende Aussage U l r i c h s hin, daß die Gesamtwahrscheinlichkeit eines sich

aus einzelnen Wahrscheinlichkeiten von 10^6 zusammensetzenden Systems gleichfalls 10^6 betrage. U l r i c h führt in seiner Erwiderung aus, mit der Rasmussen-Studie werde sich demnächst ein europäisches Gutachtergremium intensiv befassen. Sein Institut sei damit beschäftigt, diese Studie auszuwerten. Angesichts des Umfangs dieser Studie sei es aber nicht sinnvoll und ratsam, sich im Erörterungstermin damit auseinanderzusetzen. Jedenfalls könne gesagt werden, daß der von V o c k e genannte Rasmussen-Wert keine sicherheitstechnisch relevanten Auswirkungen betreffe. Er erläutert dann in kurzen Zügen die mathematische Behandlung der in einem System miteinander verknüpften Komponenten. Abschließend geht er auf weitere, von F o c k e angesprochene Fragen wie z.B. die Siemens-Versuche und den Luzens-Unfall ein.

Schwarze schließt wegen der mit den Einwendern abgesprochenen Regelung, ab 19.00 Uhr wieder mit der Erörterung von Umweltfragen zu beginnen, den Punkt "Technische Sicherheit" vorläufig ab und bittet Dr. W i r t h , den Inhalt der zum Thema "Umwelt" geführten Erörterung zusammenfassend zu referieren. Er bittet um Verständnis dafür, daß er im Folgenden bei der Auswahl der Wortmeldungen den Bewohnern des Raumes Brokdorf bevorzugt Gelegenheit geben werde, ihre Fragen und Probleme vorzutragen.

Dr. W i r t h erinnert an seine Ausführungen über die verschiedenen, im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens zu betrachtenden Belastungspfade (Wasser, Bewuchs, Luft) und ruft dann in das Gedächtnis zurück, daß der Jod-Pfad von ihm als der sog. kritische Belastungspfad vorgestellt worden war.

B a e r s führt unter großem Beifall aus, daß es nicht genüge, lediglich die aus dem Betrieb des KKW Brokdorf resultierenden Umweltbelastungen zu erörtern, vielmehr müßten in die Betrachtungen auch die Emissionen aus der mit Sicherheit zu erwartenden Folgeindustrie mit einbezogen werden.

Dr. B o e s t e n erwidert, daß es sich bei der unterstellten Industrieansiedlung um eine Frage der Landesplanung handle. Dem Regionalplan für den Planungsraum sei zu entnehmen, daß im Raum Brokdorf keine Industrieansiedlung vorgesehen sei. Er geht dann näher auf die Tätigkeit der interministeriellen Arbeitsgruppe "Standortfragen" ein. Die Landesplanungsbehörde sei der Auffassung, daß die Brokdorf zugewiesene Sonderfunktion - Standort für ein KKW - verträglich sei mit den übrigen für diesen Raum festgelegten Funktionen. Ebenfalls könne die Sonderfunktion KKW nicht mit einer Industriefunktion gleichgesetzt werden.

Nach einer sehr heftig geführten Zwischendebatte, in welcher Dr. B o e s t e n aufgefordert wird, die seiner Aussage zur Verträglichkeit des KKW mit einem Naherholungsgebiet zugrunde liegenden Kriterien ausführlich zu erläutern, erteilt Schwarze dem Landwirt G ö t t s c h e das Wort.

G ö t t s c h e stellt die Frage, was mit den landwirtschaftlichen Produkten dieser Gegend passiere, wenn in der Umgebung um KKBR radioaktive Stoffe festgestellt würden. Dr. W i r t h erwidert, daß bisher noch in keinem Einzelfall ein Verbot des Verzehrs von landwirtschaftlichen Produkten aus der Umgebung eines KKW's ausgesprochen werden mußte. Sollte dieser Fall dennoch mal eintreten, so habe jeder Betroffene einen entschädigungsgleichen Anspruch.

Frau H e l l e r i c h (Landwirtin) spricht die Frage der Evakuierung im Katastrophenfall an. Sie fragt auch nach der Entschädigung für die mit einer solchen Katastrophe verbundenen Erlöseinbußen für landwirtschaftliche Produkte. H a n s e n verweist auf die gesetzlich getroffenen Regelungen zur Deckungsvorsorge. Frau H e l l e r i c h bezweifelt, daß die dort vorgesehene Summe zur Entschädigung aller betroffenen Landwirte ausreicht. Dr. B a c k h e u e r ergänzt H a n s e n mit dem Hinweis, daß im Falle einer Katastrophe - die jedoch ein sehr unwahrscheinliches Ereignis sei - die öffentliche Hand selbstverständlich alle über den Rah-

men der Deckungsvorsorge hinausgehenden Ansprüche erfüllen würde.

Mehrere Einwender fordern die Offenlegung der für Katastrophenfälle vorgesehenen behördlichen Planungen. Die betroffenen Kreise seien bisher nicht in der Lage gewesen, den Anforderungen genügende Pläne zu erstellen. Schwarze führt hierzu aus, daß inzwischen die Richtlinien des Bundes zum Katastrophenschutz vorlägen und auf deren Grundlage in Schleswig-Holstein ein Katastrophenschutzrahmenplan entwickelt worden sei. Wendoff ergänzt diese Ausführungen durch eine Schilderung der für Schleswig-Holstein vorgesehenen Organisationsform. Es sei sichergestellt, daß im Verlauf einer halben Stunde nach Beginn eines kerntechnischen Unfalles die ersten Meß- und Hilfsdienste am Einsatzort tätig werden könnten.

Franzen (IRS) führt zum von den Einwendern ständig erwähnten GAU aus, daß dessen Auswirkungen auf die Umgebung keine Evakuierungsmaßnahmen oder sonstige Unfallschutzmaßnahmen notwendig mache. Auf einen speziellen Einwand erwidert er, im Falle eines kerntechnischen Unfalles (hypothetischer Störfall) könnten solche Schäden, die zum Tod führten, für jeden Bereich mit einer Entfernung von mehr als 4 km um das Kernkraftwerk ausgeschlossen werden. Auf Sander, der sich auf die USA-Vital-Statistics bezogen hatte, erwidert Franzen, diese Unterlage sei absolut unseriös. Den Beweis für seine Aussage führt er an dem aus der Statistik entnommenen Beispiel des Kreises Petroleum. Der Einwender hatte sich im weiteren auf das Beispiel Shippingport (Sternglass) bezogen. Hierzu stellt Franzen fest, es sei Sternglass nicht gelungen, vor einer vom dortigen Gouverneur eingesetzten Fachkommission die Richtigkeit seiner Behauptungen zu beweisen.

Schulz geht auf die Ausführungen von Dr. Wirth ein und bezieht sich auf einen Bericht des KFZ Karlsruhe aus dem Jahre 1973 über dort durchgeführte Jod-131-Messungen.

Dr. B a c k h e u e r bezieht sich in seiner Erwiderung auf eine Bundestagsdrucksache über die 85./86. Sitzung (Anfrage des Abg. Marschall). Damals habe der Bundesinnenminister eindeutig erklärt, daß aus den Ergebnissen der Messungen in der Umgebung kerntechnischer Anlagen in der Bundesrepublik kein Erfordernis für eventuelle Schutzmaßnahmen abgeleitet werden könnte.

S o y k a fragt nach einer Erklärung für die von ihm festgestellte Tatsache, daß keine Privatversicherung bereit sei, gegen Schäden aus kerntechnischen Risiken zu versichern. Dies stünde in einem auffallenden Widerspruch zu dem von F r a n z e n und Dr. B a c k h e u e r ständig behaupteten geringen Risiko beim Umgang mit der Kernenergie. Er bezweifelt, daß mit 500 Mio DM die Grenze erreicht sei, über die hinaus kein Schaden mehr eintreten könne. Insbesondere die Abdeckung zu erwartender Langzeitschäden, die zum Teil erst nach 30 oder mehr Jahren sichtbar würden, sei äußerst fragwürdig. Insgesamt sei die Debatte überhaupt verfehlt, da das Atomgesetz nicht einen Anspruch auf ein Restrisiko, sondern vielmehr einen Anspruch auf Sicherheit enthalte. Eine strenge Definition des Begriffs Sicherheit ergebe, daß jedermann unbesorgt leben müsse, gleichgültig ob in der Nähe eines KKW oder nicht. Auch müsse der überzeugende Beweis für das tatsächliche Vorhandensein einer 100tigen Sicherheit erst noch von den Behörden erbracht werden.

Schwarze führt zum Thema Umweltbelastung zurück und erteilt Frau H e l l e r i c h (Landwirtin) das Wort. Diese verlangt eine schriftliche Zusage zur Entschädigungspflicht für den Fall, daß Milch wegen ihres Gehaltes an radioaktivem Jod unverkäuflich wurde. H a n s e n verweist sie auf § 25 des Atomgesetzes, der eine entsprechende Regelung enthalte.

Nachdem V o ß (Landwirt) sich zur Frage der Verseuchung von Milch auf einen zurückliegenden Unfall in England bezogen hatte, erwidert F r a n z e n , bei dem von V o ß angesprochenen Reaktor handele es sich um eine Anlage, deren

ausschließlicher Zweck darin bestand, Plutonium für Kernwaffen herzustellen. Tatsächlich seien bei dem erwähnten Unfall im Jahre 1957 etwa 10 000 Curie Jod freigesetzt worden. Diese Verhältnisse könnten aber auf einen Leichtwasserreaktor, wie er für Brokdorf vorgesehen sei, nicht übertragen werden. KKWs des Typs Brokdorf verfügten im Unterschied zu dem genannten englischen Typ über einen geschlossenen Wasserkreislauf und zusätzlich über ein völlig geschlossenes Containment. V o ß entgegnet, daß ihn neben dem Jod auch die Belastung der Umwelt um KKBR mit anderen, langlebigen Isotopen beunruhige. Auch sei offensichtlich übersehen worden, daß der Bereich um KKBR durch eine ungewöhnlich hohe Viehkonzentration, wie sie sonst nirgends üblich wäre, gekennzeichnet sei.

Dr. M e r k l bezieht sich ebenfalls auf das bei dem Windsgale-Unfall freigesetzte Jod 131. Damals sei trotz der großen freigesetzten Jodmenge niemand zu Schadengekommen. Angesichts der Halbwertszeit des Jodes würde man die damals getroffene Maßnahme (Vernichtung der Milch) heute nicht wiederholen. Auf der Grundlage des heutigen Wissens würde man vielmehr diese Milch zu Käse oder Butter weiterverarbeiten und nach einer gewissen Zeit (Abklingzeit) zur Verwendung als Nahrungsmittel freigeben. Dr. W i r t h geht ergänzend auf das ebenfalls freigesetzte Jod 129 ein. Dies spiele aber im Gegensatz zum Jod 131 in diesem Zusammenhang keine Rolle. Dr. F a b i a n (NWK) trägt einen Vergleich zwischen den Werten des Windsgale-Unfalls und den 1972 am KKW Stade gemessenen Jodwerten vor. Er erläutert am Beispiel Stade das Milch-Meßprogramm. Dort sei bisher noch in keinem Fall eine Spur von Jod 131 festgestellt worden.

V o ß (Landwirt) beschreibt den Einzugsbereich der Genossenschaftsmeierei Wewelsfleth, zu dem auch Teile der Gemeinden Brokdorf und Wewelsfleth gehörten. Weil diese Bereiche in der Hauptwindrichtung des KKBR lägen, sei hier mit einer erhöhten Jodkonzentration zu rechnen. Auf spezielle Fragen von

J o c h e n s e n (Leiter der Genossenschaftsmelerei Wewelsfleth) erklärt Dr. F a b i a n , daß die Milchproben in Stade von der Bundesanstalt für Fischerei in der Melerei entnommen würden. Dr. B a c k h e u e r führt aus, daß für KKBR auch die zusätzliche Entnahme von Milchproben auf den in der Hauptwindrichtung gelegenen Höfen geplant sei. Dr. W i r t h stellt noch einmal in kurzen Zügen das schon 2 Jahre vor Inbetriebnahme eines KKW, hier: Brunsbüttel, beginnende, umfangreiche Nullpegelmeßprogramm vor. Im Rahmen dieses Programmes würden Milchproben sowohl in den Melereien wie auch Einzelproben direkt auf den Höfen entnommen.

J o c h e n s e n stellt die Frage nach der Rechtsgrundlage für die Weiterexistenz von Lebensmittelbetrieben in der Nähe eines KKW. Er berichtet von einem ihm bekannt gewordenen Fall, bei dem eine Melereigenossenschaft deswegen schließen mußte, weil sie Milch aus der Umgebung um ein KKW verarbeitete. Genauere Informationen lägen ihm aber leider nicht vor. V o ß (Landwirt) schließt sich mit seiner Vermutung, daß die Brokdorfer Milch in Glückstadt unverkäuflich würde, an. Er befürchtet infolgedessen erhebliche Erlöseinbußen bis hin zur Betriebsaufgabe. Diese Entwicklung sei auch dann zu befürchten, wenn sich die Unschädlichkeit der Milch durch Messungen tatsächlich herausstellen sollte. Es genüge schon der psychologische Effekt. Er fragt dann weiter nach dem Betriebsverhalten des KKBR für den Fall, daß sich doch Aktivitäten oberhalb der zulässigen Grenzen in der Umgebung finden. Dr. W i r t h geht in seiner Erwiderung auf die Fragen der Überwachung der Abgaberaten besonders ein. Er verweist auf die bindende Verpflichtung der Behörde, den Betrieb eines KKW dann zu untersagen, wenn die Gefahr des Überschreitens der genehmigten Abgabewerte besteht.

V o ß (Landwirt) spricht die vorausgegangenen planungsrechtlichen Fragen für den Raum Brokdorf an. Aus der Art des von ihm festgestellten Vorgehens leitet er die Befürchtung ab, daß KKBR eben doch weitere Industrieansiedlungen zur Folge haben wird. Für alle Betroffenen stelle sich die Frage nach dem für diese Gesamtentwicklung Schuldigen.

Die Ausführungen von V o ß waren von teilweise heftigem Beifall begleitet.

Schwarze erklärt seine Bereitschaft, die Erörterung der Raumplanungsfragen einzuschieben und erteilt Dr. B o e s t e n das Wort. Dieser erklärt, die in dem Raumordnungsplan enthaltenen Planungen stellten die ausformulierte Auffassung der Landesregierung dar. Ganz ohne Zweifel sei, daß KKBR keine weitere Ansiedlung von Industrie zur Folge haben werde.

S a c h s e (Bürgermeister Wewelsfleth) wirft der Landesregierung vor, innerhalb eines kurzen Zeitraumes sämtliche Brokdorf betreffenden Funktionen raumplanerisch geändert zu haben. Es könnte infolgedessen von den Bürgern dieses Raumes nicht erwartet werden, daß sie hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung großes Vertrauen in den Bestand von landesplanerischen Entscheidungen setzten. Er fragt nach den neuen Erkenntnissen, die zu der kurzfristigen Änderung der Brokdorf betreffenden Planung geführt hätten.

S a c h s e bezieht sich in seinen weiteren Ausführungen auf den vorangegangenen Behördentermin in Kiel. Dort sei von RA K a e s t n e r die Frage gestellt worden, ob die vorgenommene Änderung Folge eines Erkenntnisaktes, d.h. neuer Tatsachen, oder eines politischen Willensaktes sei. Diese Frage sei aber nicht beantwortet worden. Dr. B o e s t e n erklärt, daß sich seine von Sachse angegriffenen Äußerungen im Behördentermin darauf bezogen, daß der Regionalplan sich vor dem 14.10.ds.Js. noch im Entwurfsstadium befand, d.h. noch nicht rechtsverbindlich war. Er habe damit zum Ausdruck bringen wollen, daß es im Entwurfsstadium allen beteiligten Kreisen und Gemeinden möglich sei, im Rahmen eines "Gegenstromprinzips" auf die regionalplanerische Entwicklung Einfluß zu nehmen. Gesprächspartner der Landesplanungsbehörde während der Entwicklung der Regionalplanung für diesen Planungsraum sei der Kreis gewesen. Das Landesplanungsgesetz schreibe diesem vor, die zuständigen Gemeinden zu beteiligen. Mit dem Kreis sei die Landespla-

nungsbehörde gemeinsam zu der Feststellung gekommen, daß noch einige Änderungen am Regionalplan-Entwurf für den Planungsraum IV vorgenommen werden müßten. S a c h s e wiederholt unter Hinweis auf die von ihm während des Behörden-termins gefertigten Aufzeichnungen gegen Dr. B o e s t e n den Vorwurf, er sei in diesem Themen der Frage nach den den Änderungen zugrunde liegenden Kriterien ausgewichen und habe lediglich auf seine Koordinierungsfunktion hingewiesen.

Schwarze verliert zur Klarstellung die entsprechende Passage aus dem Protokoll über den Behördentermin. S a c h s e unterstellt anschließend, das von der Behörde gefertigte Ergebnisprotokoll über den Behördentermin sei selbstverständlich entsprechend den Wünschen der Behörden ausgefallen. Da seine eigenen Aufzeichnungen hiervorn abwichen, stünde er nun als Lügner dar.

Schwarze verwahrt sich nachdrücklich gegen die von S a c h s e erhobene Unterstellung, das Protokoll sei gefälscht bzw. tendenziell formuliert worden. Wenn S a c h s e s eigene Aufzeichnungen hiervon abwichen, so leite er persönlich hieraus eher ein Mißverständnis, jedenfalls aber nicht eine bewußt vom tatsächlichen Sachverhalt abweichende Mitzeichnung durch S a c h s e ab. H a n s e n erinnert S a c h s e an die getroffene Vereinbarung, wonach das über den Behördentermin gefertigte Protokoll allen Beteiligten zugeschickt werden soll. Damit ergebe sich selbstverständlich die Möglichkeit, ggf. Korrekturen vorzuschlagen und Änderungen anzubringen. Er schlägt im übrigen vor, das Thema am folgenden Tag weiter zu erörtern. S a c h s e erklärt sich mit einer Vertagung auf den Nachmittag des folgenden Tages einverstanden.

H e l l e r i c h (Landwirt) findet anhaltenden Beifall für seinen Beitrag, die ca. 20.000 Bürger des Raumes Wilstermarsch seien mit dem jetzt vorliegenden Regionalplan

keinesfalls einverstanden. Er stelle im übrigen mit Bedauern fest, daß der Landrat des Kreises Steinburg nicht zum Termin erschienen sei.

Schwarze bittet die Anwesenden um weitere Wortmeldungen, die die Wewelsflether oder Brokdorfer Bevölkerung besonders vor- dringlich interessieren. Auf verschiedene Fragen zur Orga- nisation und zum Ablauf des Termines sowie insbesondere zum Verhalten der im Termin anwesenden Beamten, denen unter- stellt wird, sie schirmten sich gegen den persönlichen Kon- takt zu Einwendern ab, verweist Schwarze darauf, daß er selbst z.B. mit einem der Hauptwortführer, Herrn Westphal, gemeinsam zu Mittag gegessen habe.

M a r c h (Bürgermeister von Wilster) trägt vor, er habe beim Eintritt in den Saal gehört, wie sein Kollege S a c h - s e aus Wewelsfleth als Lügner hingestellt worden sei. Er fordere in aller Entschiedenheit die Zurücknahme dieser Be- hauptung. Schwarze stellt fest, daß Herr Bürgermeister S a c h s e zu keinem Zeitpunkt während des Termins als Lügner hingestellt worden sei. Wenn dennoch der Eindruck entstanden sein sollte, daß Herr Bürgermeister S a c h s e ein Lügner sei, so bedauere er dies sehr. Auch Herr Dr. B o e s t e n , der der Kritik von S a c h s e haupt- sächlich ausgesetzt gewesen sei, habe eine solche Behauptung nicht aufgestellt. M a r c h bringt darauf hin seine Be- friedigung über die Aussage von Schwarze zum Ausdruck.

Schwarze führt im Rückblick auf die vorausgegangenen, teil- weise sehr heftigen Auseinandersetzungen aus, daß nach sei- ner Kenntnis bisher noch in keinem Erörterungstermin den Einwendern eine so umfassende Möglichkeit gegeben worden sei, ihre Probleme ohne ständiges Eingreifen der Sitzungsleitung zu erörtern. Als Leiter des Termins habe er sich bewußt sehr zurückgehalten, um den Anwesenden die Gelegenheit zu geben, die sie bedrängenden Probleme eingehend und umfassend zu er- örtern. Vor allem sei es sein ständiges Betreiben bisher ge-

wesen, durch die zeitliche Gestaltung und insbesondere durch die Behandlung der die Bevölkerung interessierenden Themen am Abend auf die zeitlichen Bedingungen der Bevölkerung dieses Raumes so weit wie möglich Rücksicht zu nehmen.

S o y k a geht auf Schwarze ein und betont, ein solches Maß an uneingeschränkter Redefreiheit wie auf diesem Termin sei ihm bisher noch nicht begegnet. Im Hinblick darauf, daß das zur Erörterung anstehende Gesamtgebiet so untrennbar verflochten sei, begrüße er die von Schwarze gewählte Methode, im Einzelfalle Erörterungen auch über den Rahmen des gerade auf der Tagesordnung stehenden Bereichs hinaus zuzulassen. Er erwähnt dann das Beispiel der Firma Maizena, in deren Werbung betont würde, daß sie ihre Produkte garantiert aus solchen Gebieten beziehe, in deren Nähe keine KKW's bestünden. Eine ähnliche Entwicklung sei auch für Brokdorf zu erwarten. Er schneidet dann die Frage der erhöhten Versicherungsprämien für in Strahlenbetrieben Beschäftigte an. Dr. W i r t h bezieht sich in seiner Entgegnung auf sein eigenes Beispiel. Er sei während seiner Beschäftigungszeit als Strahlenschutzphysiker stets zu normalen Prämien versichert gewesen.

H ä u s e r resümiert seinen Eindruck über den bisherigen Verlauf des Erörterungstermins. Dieser habe die Notwendigkeit einer umfassenden Erörterung ohne Zweifel gezeigt. Das atomrechtlich vorgeschriebene Bekanntmachungsverfahren sei zu einer Meinungsbildung in der Öffentlichkeit kaum geeignet. Es sei notwendig, die Erörterung bis zum Ende fortzusetzen, d.h. sich die nötige Zeit zu nehmen, um alle noch offenen Fragen umfassend zu diskutieren. Mit Rücksicht auf die berufstätigen Einwender schlägt er aber vor, für die Fortsetzung des Termins die freien Wochenendtage zu nehmen.

In seiner Erwiderung führt Schwarze aus, daß es weder vom Gesetzgeber so beabsichtigt noch tatsächlich möglich sei, alle die Kernenergie betreffenden Fragen bis zur letzten Konsequenz zu erörtern. Die Klärung aller Detailfragen sei viel-

mehr Aufgabe hierzu eigens berufener Gremien wie RSK, Technische Überwachungsvereine sowie Einzelgutachter. Durch Hinzuziehung einer großen Zahl von Gutachtern sei gewährleistet, daß der gesamte zur Zeit verfügbare Sachverstand auf dem Gebiet der Kernenergie und der angrenzenden Gebiete zum Wohle und zur Sicherheit der betroffenen Bevölkerung eingesetzt werde. Im Erörterungstermin selbst könne es nach der Absicht des Gesetzgebers aber nur darum gehen, die örtlichen Besonderheiten mit der dort ansässigen Bevölkerung als insoweit kompetenten Einwendern gemeinsam zu erörtern. So sei gerade am heutigen Tage verfahren worden. Es liege auch nicht im Interesse der Einwender selber, täglich bis zur Erschöpfung und über viele Tage hinweg über Dinge zu sprechen, deren Behandlung ein nur bei Fachleuten vorhandenes Maß an Spezialwissen erfordere. Auf H ä u s e r s Frage, wie sich Schwarze die Behandlung der von ihm schriftlich erhobenen, technisch detaillierten Einwendungen im weiteren Verlauf des Termins vorstelle, erwidert er, daß die Erörterung von Einwendungen auch in Abwesenheit des Einwenders gechehen könne. Bei dem hohen Grad der inhaltlichen Verflechtung sei stets gewährleistet, daß auch die von ihm (Häuser) erhobenen Einwendungen von während des Termins anwesenden anderen Einwendern mit behandelt würden.

Sein Bemühen sei darauf gerichtet, alle in schriftlichen Einwendungen behandelten Themen in dem Termin zu erörtern. Deshalb ließe er auch durch seine Mitarbeiter ständig verfolgen, welche erhobenen Einwendungen durch die Erörterung noch nicht erledigt seien.

K a r k o w zitiert eine Unterlage des IRS, in welcher die enge Nachbarschaft von lebensmittelproduzierenden Betrieben, Nahrungsmittelfirmen und landwirtschaftlichen Betrieben mit Kernkraftwerken als unvereinbar dargestellt würde. Hierzu habe bisher noch keiner der anwesenden Herren des IRS Stellung genommen. F r a n z e n (IRS) geht auf K a r k o w

ein und stellt richtig, es handle sich bei dem zitierten Papier um eine Auflistung der für Standortvorbescheide erforderlichen Unterlagen. Es sei im übrigen ganz normal, daß der Antragsteller seinem Antrag auf Errichtung eines KKW Unterlagen beizufügen habe, in denen über die Art der angesprochenen Betriebe Auskunft gegeben werden muß. Damit sei nichts über eine tatsächlich gegebene Gefährdung ausgesagt. Dies sei vielmehr eine Frage, die dann im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren untersucht würde. Für das Verfahren des KKBR schließt Dr. B a c k h e u e r den Hinweis an, daß selbstverständlich die Abgaberaten so beschränkt würden, daß eine Gefährdung dieser Betriebe in der Umgebung von KKBR ausgeschlossen bliebe. Dr. W i r t h geht anschließend auf ein von K a r k o w verwandtes Zitat von Prof. Dr. B e c h e r t ein und verliest als Erwidierung eine Antwort des damaligen Bundesinnenministers Genscher im Bundestag.

Schwarze bittet um Sammlung der Wortmeldungen, die am Abend dieses Tages noch berücksichtigt werden sollten. Er kündigt an, daß er danach die Erörterung des heutigen Tages schließen wird.

W e s t p h a l bezieht sich in seiner Stellungnahme zur Jod-Abgabe aus KKBR auf eine Entscheidung des OVG Lüneburg vom 20.6.74 in Sachen Jäckel gegen KKW Stade. Er zitiert S. 39 des Beschlusses OVG Lüneburg. Am Ende seiner Darlegungen folgert er, daß die atomrechtliche Genehmigungsbehörde nachzuweisen habe, welche Mittel sie zur Minimalisierung der Jod 131-Abgabe einsetze. Sein Beitrag solle deutlich machen, wie umstritten auch unter Fachleuten die Jod-Problematik sei. F r a n z e n trägt in seiner Erwidierung den Ablauf der Genehmigungs- und Begutachtungsverfahren vor. Der Gutachter unterbreite in jedem Einzelfall im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren einen Vorschlag zur Abgabe von Jod. Die darin enthaltenen Abgabewerte seien bisher in jedem Fall kleiner als die vom Antragsteller beantragten Werte gewesen. Der Genehmigungsbehörde sei es überlassen, ob sie sich dem Gutachtervorschlag anschließen oder aufgrund anderer Überlegungen für einen abweichenden Wert entscheiden wolle.

S c h o l z geht nochmals auf den Jahresbericht des KFZ Karlsruhe ein. Dr. W i r t h hält dem die völlig anders gelagerte Situation in Brokdorf entgegen. Hier würde der Aspekt der Weidewirtschaft in reduzierten Jod-Abgaberraten berücksichtigt. Im Übrigen sei die Abgabesituation über einen sehr hohen Kamin in Brokdorf mit der in Karlsruhe nicht zu vergleichen. L e n g e m a n n kündigt für die weitere Erörterung dieses speziellen Fragenkomplexes das Erscheinen des Sachverständigen Dr. W e i ß aus Wien für den übernächsten Tag an. Zur Frage der Versicherung gegen die Risiken aus dem Umgang mit Kernenergie zitiert er eine Passage aus dem Handwörterbuch des Versicherungswesens. Auch daraus ergebe sich für ihn die Notwendigkeit, die Erörterung so lange fortzuführen, bis alle Fragen geklärt seien.

B ä r s (Umweltschutz Schleswig-Holstein) teilt den Anwesenden mit, daß die von ihm und anderen am Vorabend verfaßte Resolution inzwischen per Expreß an das Sozialministerium abgegangen sei. Er macht darauf aufmerksam, daß aus seiner Sicht - nach Rücksprache mit Kollegen - noch sehr viele Punkte zur Erörterung anstünden.

Schwarze weist darauf hin, daß der Termin am morgigen Tage fortgesetzt werde und bittet in den Wortbeiträgen Wiederholungen zu vermeiden. Allen Einwendern sei seit drei Monaten bekannt, daß dieser Termin stattfinden werde. Sie hätten mithin die Möglichkeit gehabt, sich umfassend, ggf. unter Hinzuziehung von Sachverständigen, auf diesen Termin vorzubereiten. Verschiedene Einwender berichten von ihren Erfahrungen auf anderen Erörterungsterminen; zuletzt dem Termin in Hameln. Dieser sei außerordentlich unerfreulich verlaufen und zum Schluß mit Gewalt abgewürgt worden. Das Gesetz selber enthalte aber keinen Maßstab über die Länge des vorgeschriebenen Erörterungstermins.

Schwarze erwidert hierauf, das Gesetz räume den Behörden einen Ermessensspielraum ein. In der Ausübung dieses Ermessens lasse sich die Behörde von der Zweckbestimmung des Gesetzes leiten. Hier komme es darauf an, daß alle vorgebrachten Einwendungen erörtert würden. Für den folgenden Tag kündigt Schwarze eine Straffung des Verfahrensablaufs an. Mit Rücksicht auf die große Zahl der durch ihre beruflichen Verpflichtungen zu strenger zeitlicher Disposition verpflichteten Einwendern sei es erforderlich, nunmehr konzentrierter vorzugehen.

Einige Anwesende verlangen Rechtsauskunft darüber, ob sie als Arbeitnehmer Anspruch auf Ersatz des ihnen durch die Teilnahme am Termin entstandenen materiellen Schadens (Einkommenseinbuße) hätten. Schwarze erklärt sich für nicht befugt, Rechtsauskunft in privatrechtlichen Dingen zu geben. Er bittet die Fragesteller, sich an das zuständige Arbeitsgericht zu wenden.

Schwarze schließt die Sitzung um 22.05 Uhr mit dem Hinweis, daß der Termin am folgenden Tag um 9.00 Uhr fortgesetzt wird.

Dritter Tag des Erörterungstermin

Schwarze eröffnet den dritten Tag des atomrechtlichen Erörterungstermins für das Kernkraftwerk Brokdorf am 14.11.1974 um 9.20 Uhr.

Zum Verfahrensablauf dieses Tages schlägt er vor, zunächst mit der technischen Sicherheit zu beginnen und ab 11.00 Uhr die Erörterung der Planungsfragen fortzusetzen. Die Terminierung sei mit Herrn Bürgermeister Sachse so abgesprochen. Am Nachmittag werde lt. Aussage von Thü rn a g e l dessen Gutachter, Prof. Dr. T a m p l i n , USA, im Termin erwartet. Dann sollten die Fragen der Umweltbelastung erneut aufgegriffen werden. Da ihm noch Wortmeldungen vom Vortage der Einwender W e s t p h a l und S y o k a vorliegen, bitte er diese Herren, das Wort zu ergreifen. Da Soyka nach eigener Aussage inzwischen 77 Vollmachten anderer Einwender vorliegen, bittet ihn Schwarze, deren Einwendungen zu einem Vortrag von etwa einer Stunde zusammenzufassen.

Es entwickelt sich eine längere Diskussion zwischen Schwarze und Soyka, der darauf besteht, hinsichtlich der Redezeit so wie der RA K ä s t n e r am ersten Tage des Termins behandelt zu werden. Danach käme er aber auf mindestens 1.200 Stunden Vortrag. Wenn dies auch eine illusorische Zahl sei, so müsse er doch auf wenigstens etlichen Tagen Erörterung bestehen.

Schwarze geht in seiner Erwiderung an Soyka auf Kästner ein. Dieser habe in seinem tatsächlich langen Vortrag praktisch alle den Bereich Planung betreffenden Einwendungen zusammengefaßt. Das gleiche gelte für die Einwendungen von H ä u s e r . Es könne nicht Sinn des Termins sein, daß, obgleich einzelne Einwendungen schon im Rahmen eines zusammengefaßten Vortrags vorgetragen und in der sich daran anschließenden Erörterung verhandelt worden seien, dennoch jeder einzelne Einwender auf der Erörterung seines eigenen Einwandes bestehe. Für Soyka müsse es nun darauf ankommen, solche Einwendungen vorzubringen, die bisher noch nicht erörtert worden seien.

Zur Dauer des gesamten Erörterungstermins führt Schwarze aus, hierüber entscheide ausschließlich er als von dem zuständigen Ministerium mit der Leitung des Termins Beauftragter. Er beabsichtige, den Termin dann zu schließen, wenn er den Eindruck habe, daß alle Einwendungen in der nach dem Gesetz vorgeschriebenen Form erörtert worden seien.

S o y k a gibt seinerseits eine Zeitschätzung zur Dauer des Erörterungstermins und kommt dabei auf etwa 14 Tage. Schwarze bittet Soyka, seine Einwendungen zum Thema technische Sicherheit vorzutragen. S o y k a s weitschweifende Ausführungen ließen den Eindruck entstehen, daß er als Bevollmächtigter anderer Einwender wenig geeignet sei. Als Leiter des Termins müsse er darauf Wert legen, daß mit Rücksicht auf andere, berufstätige Einwender der Erörterungstermin in angemessener Zeit - dies seien 2, 3, vielleicht auch 4 Tage - abgewickelt werde. Hiervon gehe auch der Gesetzgeber aus.

S o y k a entwickelt seine Vorstellung vom weiteren Ablauf des Termins. Ihm lägen in Karteiform Erfahrungen von über 500 Kernkraftwerken in aller Welt vor. Mindestens ca. 50 davon seien Druckwasserreaktoren und damit für das Verfahren Brokdorf interessant. Demgemäß müsse in aller Breite auch die technische Sicherheit bei Brokdorf diskutiert werden. Das Beispiel Würgassen allein zeige schon die weittragende Bedeutung eines einzigen Störfalles für alle übrigen Projekte. A d r i a n betont, daß es nicht Aufgabe dieses Termins sei, über alle Kernkraftwerke und die dazu vorliegenden Erfahrungen zu diskutieren. Die Berücksichtigung solcher Dinge sei insbesondere Aufgabe der Sachverständigen. Von den Einwendern werde erwartet, daß sie sich mit einer entsprechenden Begründung ganz konkret gegen Einzelheiten der Anlage oder Eigenschaften des Standortes wenden.

Schwarze unterstreicht die Ausführungen von A d r i a n . Ein Erörterungstermin sei nicht dazu geeignet, die gesamte atomwissenschaftliche Literatur zu erörtern. Es komme vielmehr auf ganz konkrete Einwendungen gegen das Kernkraftwerk

Brokdorf an. Dennoch habe er durch eine entsprechende Organisation des Ablaufs dafür gesorgt, daß sowohl die ganz konkreten Einwendungen der hier ansässigen Bevölkerung, insbesondere der Landwirte, behandelt würden als auch eine grundsätzlichere Erörterung bestimmter Bereiche möglich sei. Dies zeige sich auch daran, daß am Nachmittag Prof. T a m p l i n in Wilster erscheinen werde. An S o y k a gerichtet wiederholt er die nachdrückliche Bitte, dieser möge seine Einwendungen konzentriert und ohne ständiges zeitraubendes Suchen nach entsprechenden Textstellen in seiner umfangreichen Literatur vortragen. Andernfalls könne er ihn (Soyka) als Sprecher einer großen Zahl von Einwendern mit Rücksicht auf andere anwesende Einwender nicht anerkennen. Er erteilt W e s t p h a l das Wort.

W e s t p h a l spricht in einem längeren Vortrag verschiedene, ihn als Einwender bedrängende Fragen an. Zunächst möchte er über die kritische Rißlänge bei Reaktordruckgefäßen näher informiert werden. Dann fragt er, ob nach den Standortkriterien ein KKW überhaupt in einem landwirtschaftlich genutzten Gebiet gebaut werden dürfe. Fragen zur Anreicherung in der Nahrungskette stellt er im Hinblick auf das erwartete Erscheinen von Prof. Tamplin zurück. Er fragt, ob bekannt sei, aus welchen Gründen die englische Regierung die Leichtwasserreaktorbaulinie inzwischen verworfen habe und aus welchen Gründen die deutsche Regierung meine, solche Reaktoren könnten weiter gebaut werden. Er spricht die Frage der Leistungserhöhung bei Reaktoren auf inzwischen 1.300 MW an. In England werde aus Sicherheitsgründen bei Schwerwasserreaktoren eine Linie von etwa 600 MW nicht überschritten. Weiter bezweifelt er die Notwendigkeit der Errichtung von KKBR überhaupt. Er erwartet eine Erklärung zu der Frage, wie sich die aus der Errichtung von KKBR ergebenden zusätzlichen Belastungen im Raume Brokdorf mit dem Prinzip des geringstmöglichen Eingriffs vereinbaren ließen. Er verliest die Kopie eines Schreibens des englischen Staatssekretärs Barley zum weiteren Vorgehen im Kernenergiebereich in Großbritannien. Dahinter stehe die Einsicht, daß mit zunehmender Leistungsgröße und Leistungsdichte auch die Probleme der Betriebszustände enorm wüchsen. In den USA

seien BE-Schäden aufgetreten. Die atomrechtlichen Genehmigungsbehörden hätten die Pflicht, den Nachweis zu führen, daß solche Ereignisse hier nicht vorkommen könnten und daß jedenfalls Auswirkungen auf die Umgebung ausgeschlossen seien. Westphal streift dann Fragen der Notkühlung und fragt, wieso man sicher sein könne, den Reaktor in jedem Falle kontrolliert abzufahren und in einem sicheren Zustand halten zu können.

Wihlfahrt erwidert, der Beschluß der englischen Regierung enthalte keine sicherheitstechnische Begründung. Es handele sich vielmehr um eine wirtschaftspolitische Entscheidung. Auch Franzén greift Westphals Frage nach der Entscheidung der britischen Regierung auf und zitiert hierzu aus dem "Bericht über die Wahl des thermischen Reaktorsystems" der britischen Regierung. Darin sei der Gang des Beratungsverfahrens, welches zu dem von Westphal zitierten Beschluß geführt habe, wiedergegeben. Zur Größe der Leistungsreaktoren führt er aus, daß in der Bundesrepublik - im Unterschied zu England - die Entwicklung zu Größen des Typs Brokdorf (1200 MW) sich stufenweise vollzogen habe. Zwischenetappen innerhalb dieser Entwicklung seien z.B. gewesen: Kahl mit 15 MW, MZF Karlsruhe mit 50 MW, dann - u.a. - Niederaichbach mit 100 MW, dann Lingen, Obrigheim, Gundremmingen mit Leistungen zwischen 200 und 300 MW. Darauf folgten Druckwasserreaktoren wie Stade oder Siedewasserreaktoren wie z.B. Würzgasen oder Brunsbüttel mit Leistungen von etwa 700 MW. Erst jetzt, in einem 4. Schritt, schlossen sich Reaktoren der Größenordnung zwischen 1100 und 1300 MW an. Insoweit könne gesagt werden, daß ein zu rasches Hochfahren auf immer größere Blöcke in der Bundesrepublik vermieden worden sei.

Westphal beantragt, daß die atomrechtliche Genehmigungsbehörde sich von Amts wegen bei der englischen Regierung über die Gründe ihrer Entscheidung informiert und stützt sich hierbei auf § 82 des LVwG. Erst nach Vorlage der britischen

Unterlagen könne die Erörterung fortgeführt werden. Adrian erwidert, ein weiterer Erörterungstermin stünde nach der Absicht des Gesetzes nicht zur Verfügung. Zwar komme man den Einwendern schon dadurch entgegen, daß man sich nicht nur formal auf die Erörterung rechtzeitig erhobener Einwendungen zurückziehe, sondern im Termin selbst neu vorgetragene erörtere, doch sei das von Westphal vorgeschlagene Verfahren, zusätzliche Beweise zu erheben, undurchführbar.

Schwarze übernimmt wieder die vorübergehend an Adrian abgegebene Leitung. Er bestreitet Westphal nicht das Recht, im Termin Beweisanträge stellen zu können, diese führten jedoch nicht zu einem weiteren Erörterungstermin. Der Erörterungstermin könne auch insbesondere deshalb zeitlich begrenzt werden, weil - im Gegensatz zu der Auffassung von Westphal und anderer Einwender - während dieses Termins überhaupt nichts entschieden werde. Der Entscheidungszeitraum erstreckte sich dagegen über mehrere Jahre, d.h. über das gesamte atomrechtliche Genehmigungsverfahren, in welchem ein im bisherigen Verwaltungsverfahren unbekanntes Aufgebot an Sachverständigen verschiedener Disziplinen mitwirke. Er erteilt F r a n z e n (IRS) das Wort.

F r a n z e n geht noch einmal auf die Entscheidung der britischen Regierung ein und gibt hierzu weitere Erläuterungen. K a u n (TÜV-Norddeutschland) befaßt sich mit der von Westphal angesprochenen Frage von Rißbildungen. Hier müsse der Nachweis geführt werden, daß auch im Falle eines spontanen Risses in der Wand des Reaktordruckgefäßes die Integrität der Kerneinbauten erhalten bleibt. Im Falle eines solchen Risses von 1 m Länge müsse darüber hinaus selbstverständlich die Notkühlung sichergestellt bleiben und die Verankerungen in der Lage sein, die auftretenden Reaktionskräfte aufzunehmen. Cotrell dagegen sei in seiner Studie von einem wesentlich kleineren Riß ausgegangen. In dem USA, der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei sei in vielen Versuchen zu keiner Zeit die Aussage von Cotrell bestätigt worden, daß

ein kleiner Riß bei einem hinreichend zähen Gefüge überhaupt denkbar ist. Er geht dann auf weitere experimentelle Untersuchungen in den USA, der Tschechoslowakei sowie in der Bundesrepublik zu diesem Problem näher ein. Dr. B a c k h e u e r ergänzt, die Sicherheit von Reaktordruckgefäßen gegen Bersten sei in der Bundesrepublik so gut untersucht wie sonst nirgendwo auf der Welt. So habe auch die RSK festgestellt, daß die im Cotrell-Gutachten angeschnittenen Probleme in der Bundesrepublik weitestgehend berücksichtigt seien. Die hier durchgeführten Untersuchungen würden sicher zu einer noch weiteren Verminderung des schon jetzt sehr geringen Restrisikos führen. Auf W e s t p h a l s Hinweis, in USA bliebe man z.Zt. bei Reaktoren unterhalb 600 MW geht U l r i c h (IRS) näher ein. Diese Aussage sei zunächst einmal unrichtig. Hinzu komme, daß zwischen den einzelnen Reaktortypen unterschieden werden müsse. Er geht dann in seinen Ausführungen auf spezielle anten Auslegungswerte für KKBR ein und vergleicht diese zum Teil mit denen anderer Kernkraftwerke. Er führt weiter aus, bei den Einbeulungen an Brennelementen von USA-KKWs habe man s.W. keine radiologischen Auswirkungen auf die Umgebung festgestellt. In der Bundesrepublik habe man bei sehr gründlichen Tests keine derartigen Ausbeulungen an Brennelementen festgestellt. Er behandelt dann ausführlich die hier eingesetzten Brennelementtechnologien und Fragen der Leistungsichte im Reaktor-Col.

S o y k a begründet seine Forderung nach ausführlicher Erörterung der technischen Fragen mit dem Hinweis, in der Bundesrepublik sei offensichtlich beabsichtigt, in Zukunft Typengenehmigungen auszusprechen. Hiervon wäre dann auch Brokdorf als z.Zt. letzte Anlage in der Kette Whyl, Grafenrheinfeld, Grohnde und Unterweser betroffen. Ein solches von ihm vermutetes Verfahren erfordere die Diskussion des Grundkonzeptes dieser Anlage. Die Nichterkennbarkeit der Gefahrenlage sei das entscheidende Argument gegen die Genehmigung des vorliegenden Antrages. Er spricht dann im einzelnen die Sicherheitsbarrieren der Anlage an.

Schwarze bittet darum, nun - wie vereinbart - Bürgermeister S a c h s e , der soeben erschienen sei, das Wort zu erteilen. Soyka habe dann nach der Mittagspause Gelegenheit, seine Ausführungen fortzusetzen.

S a c h s e stellt in seinem Vortrag heraus, daß es für die in diesem Raum lebenden Menschen darauf ankomme, den jetzt getroffenen landesplanerischen Festsetzungen vertrauen zu können. Die ursprünglich vorhandene Vertrauensbasis sei jedoch durch die Entwicklung in der letzten Zeit erheblich erschüttert worden. Er schildert dann den Ablauf des regionalplanerischen Verfahrens und berichtet dabei über die einzelnen, mit den politischen Repräsentanten, insbesondere der Landesregierung geführten Gespräche. Er bezieht sich im Verlauf seiner Ausführungen auch auf Presseartikel, in denen von weiteren KKW's im Unterelberaum berichtet wurde und leitet daraus ab, daß Folgeindustrie vorgesehen sein müsse. Auch der Regionalplan selbst spreche von weiteren Industrieansiedlungen. Abschließend erhebt er die Forderung, man möge die Bevölkerung umfassend und wahrheitsgemäß über die beabsichtigten Planungen unterrichten.

Schwarze dankt S a c h s e für seinen Vortrag, in welchem dieser ausführlich die gesamte Vorgeschichte dargestellt habe. Er selbst könne sich in diesem Termin nur zu dem äußern, was von der Landesregierung auf der Grundlage entsprechender rechtsverbindlicher Planungen beabsichtigt sei. Hierzu gehöre die Industrieansiedlung im Raum Brunsbüttel sowie im Raum Glückstadt. Dies aber sei allgemein bekannt.

Dr. B a c k h e u e r trägt die Überlegungen vor, die zur Auswahl eines KKW-Standorts führen. Bedingung für den Betrieb eines KKW's sei das Angebot an Kühlwasser. Infolgedessen kämen nur wenige Bereiche innerhalb der Bundesrepublik in Betracht. In Schleswig-Holstein beschränke sich das Angebot an Standorten auf die Elbe sowie in zweiter und

dritter Linie auf die Nord- bzw. Ostseeküste. Die genannten Küstenregionen seien aber nur sehr bedingt geeignet. Die Landesregierung treffe ihre Standortauswahl erst nach Abschluß sehr sorgfältiger Prüfung der Frage, welche Auswirkungen ein solches KKW auf die Umwelt mit sich bringe. Im Vordergrund stehe dabei die Frage, welche Auswirkungen die abzuleitende Wärmemenge auf die Umwelt habe. Für die Elbe sei deshalb von allen betroffenen Küstenländern ein Wärmelastplan aufgestellt worden. Dieser zeige, daß die Wärmekapazität der Elbe noch lange nicht ausgenutzt sei. Eine Genehmigung für KKBR könne erst dann erteilt werden, wenn die z.Zt. beim Franzius-Institut in Hannover laufenden Modellversuche, in welchen die Auswirkungen des KKBR auf die Elbe untersucht würden, abgeschlossen seien. Auf Zwischenrufe erwidert er, für den Raum Glückstadt läge z.Zt. keine Kraftwerksplanung vor. Auch sei nicht daran gedacht, KKW's in Stadtnähe zu errichten. Zum Schluß verweist er auf die Arbeit der von der Landesregierung eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe, in welcher die Standortprobleme sehr sorgfältig untersucht würden. Diese Arbeitsgruppe sei nach längeren Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, daß z.Zt. allein der Standort Brokdorf realistisch ist.

Dr. B o e s t e n geht auf die Ausführungen von S a c h s e ein. Er unterstreicht, daß der Regionalplan IV, der seit 1967 bestanden habe, für den Bereich Wirtschaftsraum Brunsbüttel bis zum 12. Oktober 1974 volle Gültigkeit besaß. Er sei dann durch den formalen Akt der Veröffentlichung im Amtsblatt am 14. Oktober ds.Js. für den Bereich Wirtschaftsraum Brunsbüttel geändert worden. Er erläutert dann den Begriff Sonderfunktion. Danach falle ein KKW nicht unter den Begriff Industrie.

K a r k o w kündigt an, daß er beabsichtige, den begrifflichen Inhalt der Bezeichnung Sonderfunktion gerichtlich klären zu lassen.

Dr. B o e s t e n erläutert die Vorgehensweise der Landesplanung. Diese folge bei der Zuordnung von Funktionen den Aussagen der hinzugezogenen Fachressorts. Wenn dort gesagt werde, die Sicherheit einer Anlage sei gewährleistet und Auswirkungen auf die Umwelt führten nicht zu Beeinträchtigungen der Art, wie sie bei normalen Industriebetrieben üblich sind, so sei von der Landesplanung lediglich zu prüfen, ob ein solches KKW mit den übrigen Nutzungen des Raums im Einklang stehe. Im vorliegenden Fall sei man daher der Meinung, daß das KKBR den Fremdenverkehr ebensowenig wie die Naherholung unverträglich beeinträchtige. Die durch die Errichtung des KKBR in der Landschaft hervorgerufene optische Störung könne durch bauliche und landschaftspflegerische Maßnahmen abgemildert werden.

Schwarze bittet A d r i a n , zur Frage der Unterscheidung zwischen allgemeinen Industrieanlagen und Kernkraftwerken Stellung zu nehmen. Dieser macht deutlich, daß, unabhängig von planungsrechtlichen Ausweisungen, die zuständige Genehmigungsbehörde zu einer umfassenden Überprüfung aller Gefahrenmomente verpflichtet sei. So würde die Entscheidung über die Errichtung eines KKW ausschließlich nach dem Atomrecht getroffen. Dieses Spezialrecht sei deswegen geschaffen worden, weil die ganz spezifischen Fragen eine gesetzliche Regelung in allgemeiner Form nicht zuließen. Gerade durch die Schaffung des Atomgesetzes und der dazugehörigen Verordnungen habe man eine über das Gewerberecht selbst hinausgehende Rechtssicherheit erlangt.

In die sich anschließende Diskussion schaltet sich Schwarze noch einmal mit der Feststellung ein, in dem planungsrechtlichen Verfahren würde unter ganz bestimmten raumplanerischen Voraussetzungen ein Standort vorgesehen. Aufgabe der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde sei es dann zu prüfen, ob die von der Planung vorgegebenen Voraussetzungen tatsächlich erfüllt sind.

Mehrere Einwender fragen, ob die für den Raum Brokdorf vorgesehenen Industrieansiedlungen auch unter dem globalen Gesichtspunkt des ständig steigenden Sauerstoffverbrauchs in der Atmosphäre überprüft worden seien, d.h., ob und inwieweit die gegebenen meteorologischen Verhältnisse Berücksichtigung gefunden hätten.

Der als Sachverständiger zugezogene Meteorologe Dr. V o ß vom Seewetteramt Hamburg geht in seinem Beitrag auf die in Brokdorf gegebenen meteorologischen Verhältnisse ausführlich ein. Insbesondere erläutert er das dem Seewetteramt zur Verfügung stehende Meßsystem im Großraum Hamburg-Unterelbe. Nach allen vorliegenden Meßdaten verfüge dieser Bereich - im Unterschied zu anderen Bereichen der Bundesrepublik - über eine gesunde und regenierende Luft. Er geht dann auf die Problematik sog. Inversionen ein und behandelt abschließend das Spezialproblem möglicher Nebelentwicklung auf der Elbe infolge Wärmeeintrag. Hier erwartet er keine merkliche Beeinträchtigung der jetzt auf der Elbe gegebenen Situation. Auf die Frage von Schwarze, wie er als Meteorologe den Standort Brokdorf beurteile, stellt Dr. Voß fest, daß von seiten des Deutschen Wetterdienstes gegen die Wahl des Standortes Brokdorf keine Bedenken bestünden.

Schwarze antwortet auf die Frage von W e s t p h a l , warum die entsprechenden meteorologischen Gutachten im Termin nicht vorlägen, diese seien noch nicht fertiggestellt. Herr Dr. V o ß habe sich aber auf der Grundlage der für andere Projekte (Brunsbüttel, Krümmel, Stade) vorliegenden Gutachten seine Meinung als kompetenter Sachverständiger gebildet. Das Gutachten für Brokdorf würde aber alsbald in Auftrag gegeben. W e s t p h a l erwidert, wenn auch die Bedingungen für die genannten Projekte vergleichbar wären, so hätte doch für Brokdorf konkretes Material vorbereitet werden müssen. Auch hier werde wieder beispielhaft deutlich, daß die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Erörterung

nicht gegeben seien. F u h r m a n n verweist darauf, daß der Behörde die Arbeiten von Reidat und Bohnsack vorlägen. Der Deutsche Wetterdienst habe im übrigen auf Anfrage mitgeteilt, im Falle Brokdorf sei wegen der zu den von Schwarze genannten Projekten vorliegenden Gutachten eine weitere Begutachtung entbehrlich. Die speziellen Gegebenheiten des Standorts Brokdorf würden darüber hinaus in dem in Auftrag gegebenen radioökologischen Gutachten des IRS ohnehin Berücksichtigung finden.

W e s t p h a l wendet sich an Dr. V o ß und erinnert diesen an das zwischen ihnen geführte Gespräch, in welchem Fragen der Meßstellendichte und der zunehmenden Häufigkeit sog. Starkregen im Großstadtbereich angesprochen worden seien. Er hält Dr. V o ß vor, nur über Pasquill gesprochen zu haben. Dessen Werte seien aber für europäische Verhältnisse - mithin auch für Brokdorf - viel zu optimistisch. Ziel aller Maßnahmen müsse es sein, den Untereiberaum als einen der wenigen noch verbliebenen Bereiche mit guter Luft zu erhalten. Dr. V o ß geht in seiner Erwiderung auf die Argumente von Westphal und anderer Einwender ein. Für den Raum Hamburg und Umgebung lägen dem Seewetteramt gute Statistiken aus Wetterballon- und Flugzeugaufstiegen während des Krieges, die in jüngerer Zeit durch Werte des Kraftwerkes Schilling und aus Messungen am NDR-Sendemast ergänzt worden seien, vor.

Dr. B a c k h e u e r beschäftigt sich mit dem von Frau von O e r t z e n vorgetragene Einwand, durch das KKW werde die landwirtschaftliche Nutzung erstklassigen Bodens unmöglich gemacht. Eine solche Folgewirkung sei bisher in der gesamten Welt noch nirgends beobachtet worden und würde auch für KKBR mit Sicherheit vermieden werden.

Dr. V o ß erläutert auf eine Frage von K a r k o w hin die innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik unterschiedlichen Niederschlags-Verhältnisse. Im Untereiberaum wirke sich natürlich auch die Meeresnähe stärker aus. Auf

eine Frage von Westphal, ob vom Seewetteramt auch fall out und Immissionen aus Industrie gemessen würden, verweist Dr. V o ß auf die enge Zusammenarbeit seiner Institution z.B. mit dem Hygienischen Institut und der Gesundheitsbehörde, von denen ein Meßnetz über Immissionsmessungen unterhalten werde.

V o ß (Landwirt) fragt nach der rechtlichen Situation für den Fall, daß sich doch Klimaveränderungen infolge des Betriebes von KKBR ergäben. Ihn interessiere insbesondere die Frage der Nachweisbarkeit solcher Veränderungen und der kausalen Zuordnung zum Projekt KKBR. Adria n erwidert, wenn tatsächlich eine solche Auswirkung eintreten sollte, so wäre dies ein Eingriff in den ausgeübten landwirtschaftlichen Betrieb und somit schadenersatzpflichtig. Die Beweislast habe jedoch derjenige, der den Schaden geltend machen will. Dies kehre sich jedoch um, wenn auf der Grundlage vorhandener Erfahrungssätze eine Klimaveränderung aus dem Betrieb eines KKW zu erwarten sei. Genau das sei aber durch Dr. V o ß verneint worden. Eine klare Aussage jedenfalls, daß dann, wenn sich im Raume Brokdorf eine Klimaveränderung tatsächlich ergebe, hierfür die NWK haftbar zu machen sei, könne vernünftigerweise weder verlangt noch gegeben werden. Im Falle der Haftung für radioaktive Schäden ergebe sich nach § 25 AtG eine klare Regelung.

Schwarze stellt unter Hinweis auf f die Ausführungen von Dr. V o ß fest, es sei zweifelsfrei, daß KKBR sicher nicht zu einer das Klima und damit die Landwirtschaft beeinträchtigenden Erwärmung führe. Eine solche Entwicklung sei vielmehr die Folge massiver Industrialisierung in Ballungsräumen. Diese Fragen jedoch bedürften der Behandlung in internationalen Gremien und seien nicht durch eine atomrechtliche Genehmigungsbehörde in einem speziellen Verfahren zu lösen.

Mehrere Einwender beschäftigen sich mit der Frage des Energiebedarfs für den Versorgungsraum der NWK. Das Argument, es müßten Arbeitsplätze geschaffen werden, überzeuge sie im Hinblick auf die große Zahl der Gastarbeiter nicht. Dr. B a c k - h e u e r verweist in seiner Erwiderung auf den gesetzlichen Auftrag der NWK, jederzeit eine sichere und preisgünstige Stromversorgung zu gewährleisten. Den Zuwachs spiegelten die folgenden Zahlen wider. 7 % Zuwachs (im Mittel) in der Bundesrepublik; 10 % im norddeutschen Raum. Zwar hätten diese Werte in den einzelnen Jahren geschwankt, jedoch müsse man von den statistisch abgesicherten mittleren Zuwachsraten ausgehen. Auch machten nicht vorhersehbare äußere Einflüsse wie z.B. die Energiekrise immer wieder Korrekturen an den Schätzungen erforderlich, doch bleibe hiervon die grundsätzliche Aussage unberührt. Für KKWs habe man sich deshalb entschieden, weil es nicht möglich sei, konventionelle Kraftwerke im erforderlichen Ausmaß zu errichten und zugleich die dann notwendigen langfristigen Verträge für Kohle- oder Öllieferungen nicht abschließbar seien. Wegen der bekannten Bauzeit von KKWs von z.Zt. 7 Jahren unterhalte man sich im Erörterungstermin über den tatsächlichen Strombedarf des norddeutschen Raumes Ende 1980. In den Überlegungen zum Strombedarf sei auch Hamburg, das über die Möglichkeit, KKWs auf seinem Staatsgebiet zu bauen, nicht verfüge, berücksichtigt.

Es entwickelt sich ein längerer Dialog zwischen A d r i a n und L e n g e m a n n , der die Zuverlässigkeit von offiziellen Energie-Gutachten anzweifelt und die Behörde auffordert, die Bevölkerung hierüber zu informieren. Darin, daß die Behörden dies unterließen, erkenne er eine weitere Verletzung ihrer Dienstverpflichtungen.

Schwarze greift ein und teilt mit, gegen ihn sei zwischenzeitlich eine Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben worden wegen der Mitwirkung von - nach Auffassung des Beschwerdeführers - fachlich unqualifizierten Sachverständigen im atom-

rechtlichen Genehmigungsverfahren. Er verliest dann ein ihm gerade in Wilster ausgehändigtes Schreiben der Universität Bremen, in welchem der Projektausschuß, in dem Herr Soyka mitarbeitet, feststellt, er teile in keiner Weise die von Soyka in dessen Schreiben geäußerte Einschätzung anderer Wissenschaftler und Techniker. Zu sachlichen Ausführungen von Herrn Soyka nehme der Projektausschuß im gegenwärtigen Zeitpunkt mangels ausreichender Information nicht Stellung. Schwarze bezeichnet aufgrund dessen die Methode der Einwender Lengemann und Soyka, zugezogene Gutachter fachlich zu disqualifizieren, als Taktik. Er bittet dann Hansen, den ihm soeben vorgelegten Beschluß in der Verwaltungsrechtssache Soyka gegen den Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein wegen Erlass einer einstweiligen Anordnung (Aufhebung eines Anhörungstermins) zu verlesen. Hansen verliest den gesamten Beschluß-Text. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung sei vom Gericht abgelehnt. Der Antrag habe keinen Erfolg haben können, weil der Antragsteller in keiner Weise dargetan habe, inwiefern er durch die Abhaltung eines Erörterungstermins in seinen Rechten verletzt sein könnte. Es sei nicht ersichtlich, daß er als Einwohner der Österreichischen Hauptstadt Wien von dem Bau des geplanten Atomkraftwerkes an der Elbe betroffen sein könnte. Der Antrag habe auch deshalb keinen Erfolg, weil eventuelle Verfahrensfehler im Genehmigungsverfahren nach § 7 Atomgesetz geltend gemacht werden könnten. Dadurch werde die Rechtsposition des vom Genehmigungsverfahren betroffenen Bürgers nicht verkürzt. Der Antragsteller habe die Kosten des Rechtsstreits (Wert 1500 DM) zu tragen.

Soyka räumt ein, er habe den Behördentermin am 6.11. ds.Js. in Kiel, an dem er teilnahm, mit dem atomrechtlichen Erörterungstermin verwechselt. In richtiger Kenntnis der Dinge würde er seine 16 Seiten umfassende Dienstaufsichtsbeschwerde und die darin enthaltenen Vorwürfe gegen Schwarze nicht erhoben haben. Schwarze erinnert ihn daran, daß er zur Einleitung des Behördentermins ausgeführt habe,

dieser Behördentermin sei dazu da, daß die Träger öffentlicher Belange, die Einwendungen erhoben hätten, diese öffentlichen Belange vorbringen könnten. Zweck des vorgezogenen Behördentermins sei es danach, die von Gemeinden erhobenen Einwendungen vorweg zu behandeln, um diesen nach Möglichkeit die Teilnahme am Erörterungstermin zu ersparen. Für den weiteren Verlauf des Termins fordert er S o y k a und L e n g e m a n n auf, sich sachlich mit den Gutachtern und deren Unterlagen auseinanderzusetzen. Für die atomrechtlichen Genehmigungsbehörden könne er jedenfalls versichern, daß die erforderlichen Gutachten sehr gründlich geprüft würden. Es sei aber unmöglich, den gesamten Prüfungsumfang im Rahmen eines Erörterungstermins zu diskutieren. W e s t p h a l pflichtet Schwarze mit der Bemerkung bei, es sei eine glatte Dummheit, vorweg zu behaupten, alle zugezogenen Gutachter hätten die Absicht, sich bei der Erstellung ihrer Gutachten bewußt zugunsten des Antragstellers oder der Behörden zu irren.

Bürgermeister S a c h s e schildert die in seiner Gemeinde erarbeitete Stellungnahme zur Regionalplanänderung vom Frühjahr ds. Js. Man sei hierbei sehr gründlich verfahren und habe z.B. ein Gutachten über Freizeitwerte der Unterelbe-Region von der Hochschule für bildende Künste in Hamburg eingeholt. Ihn interessiere nun zu erfahren, wie die in der Stellungnahme formulierten Bedenken im einzelnen berücksichtigt wurden. Er bittet auch um Aufklärung, wieso Kernkraftwerke nicht zur Industrie gehörten. Anschließend trägt er erneut den Ablauf des Verfahrens zur Regionalplanänderung aus seiner Sicht vor. Alle Bürger des Raumes Brokdorf hätten einen Anspruch darauf zu hören, welche neueren Erkenntnisgründe dazu geführt hätten, für Brokdorf die Sonderfunktion KKW auszuweisen. A d r i a n wiederholt im wesentlichen seine früheren Aussagen zu diesem Fragenkomplex und verweist S a c h s e zusätzlich auf den Behördentermin am 6.11. ds. Js. Die Landesregierung sei unter Bezug auf Stellungnah-

men der RSK und anderer Gremien zur Umweltverträglichkeit von KKW der Meinung, daß die Errichtung und der Betrieb eines KKW keine wesentliche Beeinträchtigung der Umwelt zur Folge habe. Für Brokdorf bedeute dies konkret, daß die für diesen Raum ausgewiesenen drei Hauptfunktionen durch die Sonderfunktion KKW nicht beeinträchtigt würden. Dr. B o e - s t e n ergänzt mit dem Hinweis, für KKBR werde außer dem Landschaftsplan, der in den Flächennutzungsplan eingehe, noch zusätzlich ein landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt. Dieser beschäftige sich speziell mit der Gestaltung des Eingriffs in die Landschaft und lege durch Auflagen die Gestaltung und Einbindung des Gebäudes in die Landschaft fest. Von F r e i e r (MELF) erläutert die Zweckbestimmung des Landschaftspflegegesetzes und erklärt dessen Anwendung auf das Projekt KKBR. Zur Frage des Pumpenbauwerks im Deichbereich nimmt G r ü t t n e r vom Amt für Land- und Wasserwirtschaft in Itzehoe Stellung.

H e l l e r i c h macht darauf aufmerksam, daß in seinem Dorf noch kein Schöpfwerk besteht und auch keine Schotten existierten, die den Zufluß radioaktiv verseuchten Wassers aus der Elbe völlig abriegeln könnten.

W e s t p h a l schließt an die Ausführungen von S a c h - s e an und weist auf die Verpflichtung der Genehmigungsbehörden hin, den Nachweis zu führen, daß ein solcher Standort für einen Daueremittenten für Radioaktivität tatsächlich ohne Beeinträchtigung in ein Obstanbau-, Weide- und Erholungsgebiet passe. Bürgermeister S a c h s e meldet sich erneut zu Wort und zitiert aus einem Schreiben des Landrats des Kreises Steinburg, daß aus der Sicht des Kreises noch zu prüfen sein werde, ob die Bestimmung Sonderfunktion als Hauptfunktion den Belangen der Gemeinde Brokdorf gerecht würde. In seinem Zitat weist er besonders auf die abschließende Formulierung: "Die Ausführungen des Entwurfs zum Fremdenverkehrsentwicklungsraum Brokdorf/Wewelsfleth lassen insofern nicht die Bereitschaft des Landes zur schwerpunktmäßi-

gen und gezielten Förderung erkennen, die in den Besprechungen der Standortwahl für das Kernkraftwerk bekundet worden ist" hin. Hieraus ergebe sich für ihn eindeutig, daß dem gesamten Vorgehen ein Kompensationsgeschäft zugrunde lag.

Schwarze geht in seiner Erwiderung auf die nach dem neuen Immissionsschutzgesetz vorgesehenen Immissionskataster für Ballungsgebiete ein. Obgleich in Schleswig-Holstein kein solches Ballungsgebiet existiere, sei die Gewerbeaufsicht dennoch mit der Aufstellung eines solchen Katasters befaßt.

Mehrere Einwender vertreten die Auffassung, daß für sie aufgrund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen die Errichtung des KKBR ganz zweifelsfrei sei. Sie weisen in diesem Zusammenhang u.a. auf die von den NWK durchgeführte Informationskampagne hin. Schwarze stellt demgegenüber fest, man befinde sich z.Zt. im Erörterungstermin, d.h. am Beginn des atomrechtlichen Verfahrens. Ob es letztlich zu der Errichtung von KKBR kommen werde, hänge von dem Ergebnis der im atomrechtlichen Verfahren durchzuführenden Prüfungen ab.

F r a n z e n erwidert auf eine entsprechende Frage von L e n g e m a n n , der Standort Brokdorf genüge durchaus auch amerikanischen oder britischen Standortkriterien. Frau S c h n e t z l e r stellt in ihrem Einwand eine Verbindung zwischen den Fragen der Regionalplanung und der Sicherheit eines KKW her. Sie verweist auf das Beispiel USA, wo in letzter Zeit insgesamt 41 Projekte gestoppt worden seien.

Es entwickelt sich eine längere Debatte zu der Frage, welches Gewicht den Einwänden von 40.000 Bürgern zukomme und ob man in Schleswig-Holstein eine Entwicklung wie in Wuhl, wo sich die Regierung über den Willen von mehr als 100.000 Bürgern hinweggesetzt habe, erwarten müsse.

Schwarze beruhigt die anwesenden Einwender durch seine Versicherung, daß selbstverständlich bei der von den atomrechtlichen Genehmigungsbehörden vorzunehmenden Ermessensabwägung alle Bedenken, Anregungen und Vorschläge sorgfältig geprüft würden.

Bürgermeister S a c h s e spricht noch einmal den Fremdenverkehr des Raumes Brokdorf an. Durch die mit dem Bau von KKBR verbundenen Maßnahmen werde der romantischste Teil der Landschaft, nämlich die Störmündung, endgültig beseitigt. Eine so gestörte Landschaft dann als Naherholungsgebiet auszuzeichnen, sei grotesk. Der Einwender E n g e l b r e c h t berichtet von einer Aussprache mit Herrn Minister Engelbrecht-Greve, der versichert habe, daß in einem Naherholungsgebiet kein KKW errichtet werden könne. Zur von Einwendern auch angesprochenen Frage der verkehrstechnischen Anbindung des KKW führt Dr. B o e s t e n aus, in Zusammenhang mit KKBR werde eine Straße gebaut, die etwa rechtwinklig vom Deich landeinwärts führe auf die B 431. Der Bau dieser Straße im erforderlichen Umfang sei sichergestellt. Bürgermeister S a c h s e dagegen bezieht sich auf den Sicherheitsbericht des Antragstellers, in welchem ausdrücklich erwähnt sei, daß die Landstraße L 136 voll in Anspruch genommen werden müsse. Gegen die Abwicklung des jahrelang andauernden Schwerlastverkehrs über Ortsdurchfahrten wendet er sich, unterstützt durch andere Gemeinderatsmitglieder sehr nachdrücklich. Dr. V o ß (NWK) trägt die verkehrstechnische Erschließungskonzeption für KKBR vor. Diese sehe vor, daß man, ausgehend von der B 5 (Südumgehung von Wilster) bis an den Abzweig L 170 die L 136 ausnutzen wolle. Von dort lief der Verkehr dann über die B 431 weiter. Diese Konzeption stünde nicht im Widerspruch zu der im Sicherheitsbericht genannten. Dr. B a c k h e u e r erläutert die Konzeption dann anhand einer mitgebrachten Straßenkarte. Wenn die Umgehung Wilster fertig sei, würde die L 136 tatsächlich ein Stückchen weit mit benutzt. Bis dahin würde die entsprechend auszubauende K 14 in Anspruch genommen.

S a c h s e bittet um Aufklärung über die Bedeutung der Passage im Sicherheitsbericht "... zumindest die Häuser in unmittelbarer Standortnähe müßten abgebrochen und die Bewohner weiter westlich in Brokdorf wieder angesiedelt werden." B o c k (NWK) erläutert die nach der Formulierung vorgesehenen Maßnahmen. Es gehe darum, einigen Anwohnern, die u.U. von der vom KKBR ausgehenden Lärmbelästigung betroffen würden, die Möglichkeit des Umzugs anzubieten.

S a c h s e fragt dann nach der Bedeutung der Formulierung im Sicherheitsbericht "Brokdorf mit ca. 750 Einwohnern liegt etwa 1 km, Wewelsfleth mit ca. 1.000 Einwohnern schon 4 km vom Kraftwerkstandort entfernt." B o c k (NWK) erklärt das Auswahlkriterium für einen Standort. Durch das Wort "schon" solle verdeutlicht werden, daß die nächstgelegene größere Gemeinde eben schon in einem relativ großen Abstand läge. Auf eine weitere Frage von S a c h s e , warum lt. Sicherheitsbericht für Niedersachsen auf die Verwendung neuerer Angaben zur Bevölkerungsdichte verzichtet werden mußte, erwidert B o c k , daß man bei der Bestimmung der Bevölkerungsdichte sektorenweise vorgegangen sei. In den Niedersachsen betreffenden Sektoren seien aber infolge der Neugliederung der Gemeinden geringfügige Verschiebungen eingetreten. Da aber durch die vorgenommenen administrativen Änderungen sich die Bevölkerungszahl selbst nicht verändert habe, genüge es, sich auf Zahlen aus der Zeit vor der Gemeindeflächeneuordnung zu stützen. S a c h s e geht dann auf Kapitel 1.3.1 (Abwasserabgabe) des Sicherheitsberichts ein. Hier werde unter Bezug auf eine Äußerung von Prof. F e l d t die radiologische Kapazität der Elbe erwähnt. Eine solche Begriffsbestimmung sei aber aus der Sicht der Einwender völlig irrelevant.

K l i n g e wendet sich dagegen, die Auswirkungen des KKBR nur unter regionalplanerischen Aspekten zu betrachten. In Wahrheit gingen die Wirkungen eines Kernkraftwerkes weit über die durch diese Planungen gesetzten Grenzen hinaus.

Angebracht sei deshalb eine großräumige Betrachtungsweise. Diese schließe auch die Frage ein, wieviel weitere KKW's im Unterleberaum bis etwa zum Jahre 2000 geplant seien. Dann sei zu fragen, ob diese KKW's weitere Industrieansiedlungen zur Folge haben würden. Für KKBR sei darzulegen, warum nicht an seiner Stelle ein weiteres KKW am Standort Brunsbüttel zur Errichtung käme. Dr. B a c k h e u e r wendet sich gegen die Behauptung, es werde lediglich isoliert für KKBR geplant. Richtig sei vielmehr, daß bezüglich der Ableitungen radioaktiver Stoffe und hinsichtlich der Abwärme alle an der Unterelbe befindlichen KKW's und sonstigen Industrien berücksichtigt würden. In allen Fragen der Gesamtplanung für den Unterelberaum sei eine enge Zusammenarbeit insbesondere mit Niedersachsen gegeben. Zur Zeit gebe es noch keine konkreten Planungen für weitere Standorte an der Unterelbe. Er führt dann weiter aus, daß für den Bereich Schleswig-Holstein hauptsächlich im Raum Brunsbüttel Industrieansiedlungen vorgesehen seien und sich daran, nach etwa 20 oder 30 Jahren - wenn Brunsbüttel abgeschlossen sei - im Raum Glückstadt eine industrielle Entwicklung anschließen werde. Für den Raum zwischen den beiden genannten Industrieschwerpunkten sei keine Industrie vorgesehen. Auf die dritte Frage von K l i n g e erwidert Dr. B a c k h e u e r , daß KKW Brunsbüttel zum ersten Mal die Probleme der Nachbarschaft von KKW's und Industrieanlagen aufgeworfen habe. Die sich daraus ergebenden Fragen seien z.Zt. weltweit in der Diskussion. Vor ihrem Abschluß könne deshalb an die Errichtung eines weiteren Kernkraftwerkes am Standort Brunsbüttel nicht gedacht werden.

K a r k o w hält Dr. B a c k h e u e r vor, er habe unerwähnt gelassen, daß Hamburg im Neuwerker Watt ein Kernkraftwerk und Schleswig-Holstein eines in Neufeld plane. Diese Gesamtplanungen aber müßten in einem Guß vorliegen und seien dann auch im Termin für Brockdorf zu erörtern.

A d r i a n erwidert, diese Fragen seien dann im Rahmen entsprechender atomrechtlicher Verfahren zu gegebener Zeit zu erörtern; jedenfalls läge den zuständigen Behörden z.Zt. eine Planung zu den beiden genannten Projekten nicht vor.

H e y e fordert, in eine Grundsatzdebatte zur Frage Energie - wofür? auf der Grundlage der vom Club of Rome veröffentlichten Arbeiten einzutreten. Auch Brokdorf müsse in diesem Gesamtzusammenhang gesehen werden. Adrian weist dies zurück und bittet die Anwesenden, sich auf solche Themen zu beschränken, die das KKBR für den Raum Brokdorf aufwirft. Vor allem ginge es darum, die Äußerungen der Gemeinde zu hören, um so die zur Beurteilung des Projektes notwendigen Fakten zu erhalten.

Kurze (viertelstündige) Zwischenpause

Schwarze stellt die inzwischen eingetroffenen und von ihm als Sachverständige zugezogenen Gutachter Prof. Dr. med. K r i e g e l und Dr. med. T r o t t vor. Durch die kurzfristige Hinzuziehung dieser beiden Gutachter wolle er einen Beitrag zur Gewährleistung einer auch im Interesse der anwesenden Einwender liegenden sachgerechten Diskussion über medizinisch-biologische Fragen leisten. Er bedauert, daß es dem Gutachter Prof. Dr. T a m p l i n noch nicht möglich war, im Termin zu erscheinen. Er könne deshalb aber nicht den mit den anwesenden Einwendern vereinbarten Terminablauf ändern, insbesondere deswegen nicht, weil die beiden Sachverständigen Kriegel und Trott spätestens um 19.15 Uhr abreisen müßten. Da auf seiten der Einwender inzwischen auch die Sachverständige Frau Prof. Dr. S c h m i t z - F e u e r h a k e erschienen sei, könne mit der Erörterung der mit der Wirkung radioaktiver Immissionen aus KKWs zusammenhängender Fragen begonnen werden.

F u h r m a n n trägt eine Zusammenstellung der zum low level-Bereich vorliegenden Einwendungen vor. Danach hätten u.a. die Prof. Jacobi und Feldt übereinstimmend erklärt, daß man auch bei niedrigen Strahlendosen Strahlenkrebs etc. nicht ausschließen könne. Tamplin und Gofman schätzten, daß sich die Krebs- und Leukämierate durch das geplante US-Atomprogramm auf der Basis der ICRP-Richtlinien um etwa 10 % erhöhen werde. Bei dem KKW Shippingport hätten sich die Kindersterblichkeit um ca. 49 %, die Todesfälle durch Leukämie um ca. 400 % und die Mißbildungen um ca. 230 % erhöht. Die durch radioaktive Stoffe ausgelösten somatischen und genetischen Schäden seien nicht kausal nachweisbar. Die kurzen Betriebszeiten einzelner KKWs machten den Nachweis, daß diese Verursacher eines entsprechenden Schadens sind, unmöglich. Damit aber bleibe der Betreiber haftungsfrei. Nach Rose vom MIT sei der Gefährlichkeitsgrad für Plutonium bisher um den Faktor 3 bis 5 zu niedrig angesetzt worden. Schädigungen infolge Inkorporationen seien mit solchen infolge äußerer Bestrahlung nicht vergleichbar. Es sei noch unbekannt, zu welchen Dosen sich die geringen Konzentrationen aus KKWs in der Atmosphäre summierten.

S o y k a spricht das mit dem Betrieb von KKW verbundene Plutonium-Problem an. In einem KKW der Größe Brokdorf werde jeweils innerhalb von 2 Tagen die zur Herstellung einer Bombe erforderliche Menge Plutonium erzeugt.

Schwarze bittet S o y k a , weitere Ausführungen zu diesem Thema zunächst zurückzustellen, um allen Anwesenden Gelegenheit zu geben, die zugezogenen Sachverständigen zu diesem Themenkreis zu hören. Zu einer Zwischenbemerkung erteilt er vorweg Dr. med. Z u r , Gesundheitsabteilung des Sozialministerium, das Wort.

Dr. Z u r erklärt nach seiner Vorstellung, daß er vor allem von den Anwesenden die Argumente pro und contra Kernenergie hören möchte, um sie bei seiner eigenen Mitarbeit im atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens berücksichtigen zu kön-

nen. Er zitiert dann eine Antwort des Bundesinnenministers auf die Anfrage des Abgeordneten Marschall, der nach Untersuchungen über die Einflußbereiche kerntechnischer Anlagen in der Bundesrepublik gefragt hatte. Darin heißt es: "Die der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Statistiken und Untersuchungsergebnisse haben bisher keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß sich der Betrieb kerntechnischer Anlagen in irgendeiner Weise negativ auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung in der Umgebung ausgewirkt hat."

Prof. K r i e g e l gibt eine Einführung in die low level-Problematik. Auf dem Gebiet der Radioaktivität und seiner Toxizität habe man inzwischen doch eine langjährige Erfahrung. Von Anfang an habe man sich in entsprechenden Komitees weltweit bemüht, gewisse Dosisgrenzen festzusetzen. Zunächst sei es das Problem gewesen, entsprechende Daten für die Festsetzung von maximal zulässigen Konzentrationen und maximal zulässigen Dosen zu erhalten. Hierzu seien sehr viele Experimente notwendig gewesen; diese würden selbstverständlich auch heute noch fortgesetzt. Inzwischen aber seien die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefaßt und in die entsprechenden Rechtsvorschriften eingeflossen. Die Diskussion müsse von dem Tatbestand ausgehen, daß diese Dosen nicht national festgelegt würden, sondern in internationalen Komitees wie z.B. der ICRP. Wer behaupte, die dort festgesetzten Werte seien falsch, unterstelle allen rechtschaffenen Wissenschaftlern die Absicht zur Manipulation. Er wird in seinen Ausführungen mehrmals lautstark und anhaltend von J ä c k e l unterbrochen. Schwarze fordert Jäckel insgesamt dreimal auf, seine Zwischenrufe zu unterlassen. Er sei sonst gezwungen, ihn des Saales zu verweisen.

Prof. K r i e g e l fährt fort. Die heute vorliegenden Dosiswerte würden selbstverständlich ständig daraufhin überprüft, ob sie dem Stand der Wissenschaft entsprächen. Eine Behörde, die ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren

ren durchführe, habe nach seiner Ansicht gar keine andere Wahl, als sich an den rechtlich festgelegten Werten zu orientieren und ihre Sicherheitsbestimmungen auf diese Werte aufzubauen.

Prof. Schmitz-Feuerhake hält Dr. Zuvor, die von ihm in seinem Zitat erwähnten statistischen Untersuchungen seien nach ihrer Kenntnis überhaupt nicht existent oder jedenfalls nicht bekannt. Es könne auch nicht behauptet werden, in Deutschland seien ausreichend viele epidemiologische Untersuchungen gemacht worden. Infolgedessen müsse die vom Bundesinnenminister im Parlament gegebene Antwort auf offensichtlich falschen Unterlagen beruhen. Auf Prof. Kriegel erwidert sie, daß gerade die Forschungen in letzter Zeit dazu geführt hätten, die Vorschriften immer restriktiver zu fassen. Mit zunehmendem Erkenntnisstand habe sich also die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlungen ständig stärker erwiesen. Sie erinnert an die Sitzung des "Fachverbandes für Strahlenschutz" 1973, in welcher der vorgelegte Beier-Report gezeigt habe, daß das low level-Problem bisher insofern unterschätzt worden war, als nämlich nicht auf Krebsentstehungen geachtet wurde. Sie geht dann auf die bei Hiroshima festgestellten Latenzzeiten näher ein. Man könne heute noch nicht sagen, wie lange es dauere, bis das Maximum eines Krebses nach einer Strahlenbelastung aufgetreten sei. Aus Tierversuchen könne wegen des wesentlich langsameren Generationswechsels beim Menschen für diesen nichts abgeleitet werden. Sie erwähnt dann die auf dem Weltkongreß für Nuklearmedizin diskutierte, erhöhte Mongolismusrate im Gebiet von Kiralla. Dies sei ein ungeheuer signifikanter Effekt, vergleichbar dem, den man in der Nähe von Kernkraftwerken erwarten müsse. Auch dort sei nämlich eine ständige, niedrige chronische Strahlenbelastung zu erwarten. Auch dort würde infolgedessen Mongolismus entstehen. Im Hinblick hierauf sei es wissenschaftlich unredlich, von einem Schwellenwert der Strahlendosis zu sprechen. Allein in der Bundesrepublik werde innerhalb der nächsten 20 Jahre durch

Tritium-Immissionen die "Traumgrenze" der Millirem-Belastung für die Bevölkerung überschritten. Dies gelte gleichfalls für das Krypton 85. Der wachsende Erkenntnisstand ließe sich auch am Beispiel Plutonium zeigen. Bisher habe niemand darüber nachgedacht, daß z.B. in einem KKW wie Brokdorf letztlich 800 kg Plutonium enthalten seien. Inzwischen aber kenne man die Diskussion über hot particles. Niemand könne sagen, auf welche Weise verhindert werden soll, daß das Plutonium auf seinem langen Zyklus so vollständig unter Kontrolle bleibe, daß ein hot particle-Problem nicht auftreten könne. Zudem sei gerade der Plutonium-Nachweis sehr schwierig.

Auf die gezielte Frage von Frau Prof. S c h m i t z - F e u - e r h a k e bejaht Prof. K r i e g e l , daß auch ihm statistische Untersuchungen zur Frage niedriger Strahlendosen in der Bundesrepublik nicht bekannt seien. Man bemühe sich jedoch darum, diese Untersuchungen bald nachzuholen. Schwierig sei hierbei, in einer großen Population unter vielen denkbaren Effekten diejenigen herauszufinden, die ursächlich mit Radioaktivität zu tun hätten. Es fände insgesamt eine Überlagerung von vielen Faktoren statt, die dann - auch nicht im Experiment - nicht voneinander differenziert werden könnten. All dies läge nach den heutigen Erfahrungen im Bereich von mrem, so daß man diese Dosen in keiner Weise mehr direkt für Krebsbildungen verantwortlich machen könne.

Prof. S c h m i t z - F e u e r h a k e stellt richtig, ihr ginge es nicht um Kausalität, sondern um die Frage, ob und mit welcher Wahrscheinlichkeit Schäden auftreten könnten. Es sei auch nicht die Frage, ob ein Krebsschaden durch Brokdorf verursacht würde, sondern vielmehr, ob sich durch Brokdorf die statistische Wahrscheinlichkeit für eine Erhöhung der Krebsrate insgesamt erhöht. Hiermit sei aber nach den heutigen Erkenntnissen zu rechnen. In diesem Zusammenhang beruft sie sich erneut auf Hiroshima und Nagasaki sowie insbesondere auf den Beier-Report. Diese Schätzungen hätten

zwar eine große Fehlerbandbreite, seien aber in der Wissenschaft allgemein anerkannt. Prof. K r i e g e l erwidert, für die Annahme einer Erhöhung der statistischen Wahrscheinlichkeit gebe es z.Zt. keine Beweise. Mit den von ihm vorgetragenen Abschätzungen dagegen läge man aber weit im sicheren Bereich.

Dr. T r o t t weist darauf hin, daß man zwar jetzt sehr viel mehr als vor 20 Jahren wisse, gleichwohl aber sich an den z.T. schon vor 20 Jahren vorgenommenen Risikoabschätzungen inzwischen nichts geändert habe. Diese auf das genetische Risiko bezogene Aussage gelte uneingeschränkt auch für das Mißbildungsrisiko. Zutreffend seien ältere Abschätzungen auch für Krebs. Zwar käme man aufgrund neuerer Abschätzungen jetzt auf ein Verhältnis von 1: 5 anstatt 1 : 2 für das Verhältnis Leukämie/Krebs, dies sei aber keine Größenordnung, sondern gerade der Schwankungsspielraum. Er geht dann auf Hiroshima ein. Dort sei nach neuesten Daten gesichert, daß - 30 Jahre nach dem Atombombenabwurf - die Krebsrate weiterhin im Steigen begriffen ist. Aber auch hier käme man insgesamt auch erst auf ein Verhältnis von einer Leukämie zu 2 bis 3 Krebsfällen. Er stellt dann ausdrücklich fest, einen Schwellenwert für Strahlenwirkungen gebe es nach übereinstimmender Auffassung aller Wissenschaftler nicht. Es sei aber allgemein übereinstimmende Ansicht, daß bei locker ionisierenden Strahlen - also z.B. bei Gammastrahlen - die relative Wirksamkeit bei Strahlendosen im Bereich der natürlichen Strahlenwirkungen relativ geringer ist als im Bereich höherer Strahlenwirkungen. Dies bleibe aber bei allen Abschätzungen aus Gründen der Konservativität außer Betracht. Wenn man aus dem gleichen Grunde auch noch andere Faktoren außer Betracht lasse, so könne man für Krebserkrankungen in der Umgebung eines KKW ein bestimmtes Risiko als Maximalwert abschätzen. Das Risiko für jeden der Anwesenden, an Krebs zu erkranken, läge bei 1 : 3. Dieser Wert könne sich in der Umgebung eines Kernkraftwerkes bei einem Strahlenpegel von 1 mrem pro Jahr auf 1 : 3,000001 steigern. Diese Zahlen würden inzwischen von niemandem, außer vielleicht von Tamplin und Gofman, bestritten.

Prof. S c h m i t z - F e u e r h a k e erklärt, es sei eben die alle Einwender bewegende Frage, ob es bei dem genannten 1 mrem bleibe. Auch werde in den Rechnungen Dr. T r o t t s ein störungsfreier Betrieb unterstellt; hiervon aber könne man nicht ausgehen.

Auf eine entsprechende Frage von S o y k a nennt-Dr. T r o t t die Berichte über die derzeit laufenden KKWs als Quelle für seine 1 mrem-Annahme. F r a n z e n (IRS) unterstreicht dies durch seinen Hinweis auf die Bundes-tagsdrucksache 7/2510 vom 28.8.1974. Dort sei u.a. ausgeführt, daß die mittlere genetische Strahlenexposition des Menschen in der Bundesrepublik Deutschland 1973 nach dem Stande vom Mai 1974 durch friedliche Nutzung der Kernenergie kleiner als 1 mrem pro Jahr ist.

S o y k a bittet Dr. T r o t t um Ausführungen über die Darstellung des Meßwertes "mrem". Dr. T r o t t erläutert, das rem setze sich zusammen aus der physikalischen Messung der Energiedosis und einem aufgrund allgemeiner Konvention für die verschiedenen Strahlenarten angenommenen Faktor. Dieser Faktor stimme gelegentlich mit der biologischen Wirkung überein. Insofern sei rem eine physikalische Dosis. S o y k a vertieft die Diskussion und stellt den Unterschied zwischen Expositions- und Absorptionsdosis heraus. Er fragt Dr. T r o t t nach dessen experimenteller Vorgehensweise bei der Messung einer Organdosis am Menschen. Prof. K r i e g e l schaltet sich in den Dialog ein und stellt fest, am lebenden Menschen könne eine Organdosis nicht gemessen werden. Derartige Messungen würden vielmehr unter Verwendung kleinster Thermoluminizenzdosimeter bei Tieren vorgenommen. Dabei habe man auch durch Vergleich mit theoretischen Berechnungen eine Fehlerbreite von etwa 5 bis 10 %.

Wegen der überwiegend physikalischen Terminologie bittet Schwarze den Gutachter der Antragstellerin, Prof. Dr. M e i ß n e r , darum, die verwandten Dosisbegriffe näher

zu erläutern. Prof. Dr. Meißner geht auf die Begriffe Röntgen, Ionendosis und rems ausführlich ein. Auch er unterstreicht die Aussage von Dr. Trotter, daß - streng genommen - für jede Strahlenergie und für jede Strahlenart der Bewertungsfaktor neu bestimmt werden müßte. Aus praktischen Überlegungen habe man aber konventionelle Faktoren eingeführt. So werde für Röntgen- und Gammastrahlung der Bewertungsfaktor = 1; für dichter ionisierende Strahlung wie Alphastrahlen, Protonen, Neutronen und Deutronen der Faktor = 10 und für schwere Atomkerne = 20 gesetzt. Jedenfalls aber sei rems eine physikalische Meßgröße. Dr. Trotter ergänzt mit seinen Ausführungen, weil die relative biologische Wirksamkeit mit der Strahlenart und der Art der Strahlenwirkung sowie mit anderen Faktoren sehr stark wechsele, habe man die erwähnten Qualitätsfaktoren eingeführt. Diese stellten in der Regel die obere Grenze der ermittelten relativen biologischen Wirksamkeiten dar. Diese von der internationalen Strahlenschutzkommission schon vor längerer Zeit eingeführten Qualitätsfaktoren hätten sich nach seiner Kenntnis in der Praxis grundsätzlich bewährt. Er geht dann näher auf die zur Frage der Mutationen durchgeführten Tierversuche ein. Hier wisse man inzwischen sehr gut Bescheid. Ziel aller dieser Untersuchungen sei es, eine Beziehung zwischen den verschiedenen Strahlendosen und der Effekthäufigkeit (Mutationshäufigkeit) aufzustellen. Weil diese Beziehung für verschiedene Strahlenarten aufgestellt werde, könne man das Verhältnis der Strahlendosen der verschiedenen Strahlenarten mit gleicher Effekthäufigkeit miteinander vergleichen. Soyka hält Dr. Trotter vor, rems sei eben doch keine exakte physikalische Größe. Vielmehr enthalte sie eine Fülle von Schätzungen. Dr. Trotter erwidert, schon allein aufgrund der bekannten klinischen Symptomatik könne man eine Aussage über die von dem einzelnen aufgenommene Dosis treffen. Dies sei möglich bis herunter zu Strahlendosen in der Größenordnung von ca. 50 rad. Bei Patienten mit einer geringeren Dosis habe sich bisher auch statistisch noch keine Häufung von Krebs oder sonstigen Erkrankungen - auch nicht von Mißbildungen - ergeben.

Schwarze unterbricht an dieser Stelle mit einem Dank an die hauptsächlich Beteiligten den wissenschaftlichen Disput und bittet Dr. W i r t h um Vortrag der in diesem Bereich noch offen gebliebenen Punkte.

Dr. W i r t h stellt zunächst das für atomrechtliche Genehmigungsverfahren verbindliche Strahlenschutzkonzept für die Umgebung eines KKW vor. Danach müsse die Strahlenbelastung in der Umgebung von KKWs - und zwar unabhängig davon, ob es sich um einen, zwei, drei oder vier Blöcke an einem Standort handle - sowie auch unabhängig von Überschneidungen mit entfernt liegenden KKWs - immer so bemessen sein, daß 30 mrem am Ort der stärksten Belastung in der Umgebung eines KKW nicht überschritten werden. Für Brokdorf bedeute dies konkret, daß die sich aus dem Betrieb von Stade, Brunsbüttel, ggf. auch Krümmel ergebenden Werte bei der Festlegung der Strahlenbelastung für Brokdorf im Genehmigungsverfahren entsprechend zu berücksichtigen seien. Insgesamt folge man mit diesem Konzept dem Grundsatz der 1. SVO, die Strahlenbelastungen so niedrig wie möglich zu halten. Die Maxime sei, hierdurch die Latenzzeiten für Strahlenschäden (Krebs, Leukämie) sicher größer zu halten, als die durchschnittliche Lebenserwartung.

Frau Prof. Dr. S c h m i t z - F e u e r h a k e hält dem entgegen, daß es in der Praxis wohl nicht möglich sein werde, den Grundsatz der Minimalisierung zu realisieren. Dies sei schon im Hinblick auf den mit der Betriebszeit zunehmenden Verschleiß von Rückhalteeinrichtungen ausgeschlossen. Zu der von Dr. W i r t h angesprochenen Frage der Latenzzeit führt sie aus, daß es auch in den Fällen von Latenzzeiten von 100 oder 200 Jahren immer zu einer Erhöhung des Risikos kommen werde. Dies sei ein populationsstatistisches Problem und gebe zur Beurteilung der Situation des einzelnen Menschen überhaupt nichts her.

Schwarze bittet nun den Gutachter Prof. Dr. K r i e g e l um eine Stellungnahme zum Problem der hot particles.

Prof. Dr. K r i e g e l führt zum gegenwärtigen Stand der Wissenschaft in diesem speziellen Forschungsbereich länger aus. Er geht dabei auch auf die Arbeiten von Tamplin näher ein. Das wesentliche Problem dieser Forschungen sei die Suche nach biologischen Modellen, mit deren Hilfe man die entsprechenden Vorgänge verifizieren könne. Es sei das Bemühen aller Beteiligten, hier bald zu einer wissenschaftlich fundierten Klärung des Problems der hot particles zu kommen. Im Moment sei jedoch noch große Vorsicht bei allen Betrachtungen und Erklärungen geboten. Dr. T r o t t schließt mit der Bemerkung an, daß inzwischen schon Versuche mit hot particles durchgeführt worden seien. Man habe hot particles in die Lungen von Versuchstieren transplantiert. Für die Lunge werde eine Dosis von 15 rem angenommen. Dieser Wert werde auch von Prof. T a m p l i n nicht angegriffen.

Auf gezielte Fragen von S o y k a geht er erneut auf die auch von ihm durchgeführten Versuche zur Krebserzeugung bei Tieren ein. Krebs sei jedoch nicht das einzige Schadensereignis; es könne z.B. auch zu Mutationen kommen. In dem Dosisbereich, der zur Diskussion stünde, sei allerdings außer Krebs keine weitere schwere Strahlenschädigung bekannt, die zu akuten Krankheiten führen könnte. Diese Aussage sei insbesondere so zu verstehen, daß bei den Strahlendosen, über die gesprochen würde, andere, leichtere Erkrankungen wie z.B. Infektionen oder Resistenzminderungen auszuschließen seien. Die Aussage sei gerechtfertigt, daß man entweder Krebs bekomme oder aber völlig unversehrt bleibe.

Auf eine gezielte Frage von Prof. S c h m i t z - F e u e r h a k e nach der z.B. von B a u c h i n g e r festgestellten Chromosomen-Aberration erwidert Dr. T r o t t , diese sei signifikant erst bei Dosen in der Größenordnung

von 20 rad nachweisbar. Dies sei ein statistisch erwiesener Wert. Prof. S c h m i t z - F e u e r h a k e weist auf die allgemeine Unsicherheit in der gegenwärtigen Wissenschaft hin, eine strenge Bewertung etwa der Erhöhung der Chromosomen-Aberration, des geistigen Zurückbleibens oder anderer Erscheinungen durchzuführen. Sie wendet sich insbesondere gegen die Aussage Dr. T r o t t s , daß man die Geringfügigkeit eines Strahlenschadens immer dann annehmen könne, wenn die gegenwärtige Forschung nicht in der Lage sei, ihn festzustellen und exakt zu definieren. Sie geht dann auf die von Dr. T r o t t zu dem hot particle-Problem geäußerte Auffassung ein und weist darauf hin, daß man z.Zt. noch nicht alle möglichen Anreicherungsmechanismen übersehen könne und daß die hier eingesetzte Mikrodosimetrie noch entwicklungsbedürftig sei. Sie sei auch nicht der Meinung Dr. T r o t t s , die gleiche Dosis gleicher Strahlen mache stets den gleichen Effekt. Hierzu verweist sie auf die Transmutation sowie auf bekannte chemische Umwandlungseffekte. Es käme immer auf die Frage an, welches Isotop an welcher Stelle im Organismus eingebracht worden sei, d.h. nicht nur die Dosis allein sei für diese Betrachtungen relevant. Dr. T r o t t stimmt den Ausführungen von Prof. S c h m i t z - F e u e r h a k e jedenfalls soweit zu, daß es immer darauf ankomme, die Dosis an der kritischen Stelle zu messen und zu beurteilen. Dies sei ein Grundgesetz der Strahlenbiologie. Von den durch Transmutationen ausgelösten Effekten wisse man inzwischen, daß diese um Größenordnungen geringer als die echten, unmittelbaren Strahleneffekte, wie sie beim Zerfall des Tritiums aufträten, seien. Auf S o y k a s Frage, wie er die Bestimmung der Dosis überhaupt durchführe, erwidert Dr. T r o t t , die Dosis von eingebauten Radionukliden - sogar die von Alphastrahlern im Knochen - sei sehr gut meßbar, z.B. mittels Audioradiographie. Seine Ausführungen zu dem hot particle-Programm faßt er abschließend noch einmal zusammen. In allen entsprechenden Untersuchungen habe man bis-

her gefunden, daß die Wirksamkeit kleiner Teilchen geringer oder allenfalls gleich - in jedem Falle aber nicht größer - war, als eine homogene (integrale) Bestrahlung des Gesamtor-gans.

Schwarze schaltet sich in die Diskussion ein. Er bringt seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß es s.W. zum ersten Male im Rahmen eines Erörterungstermins dazu gekommen sei, über grundsätzliche Fragen der Medizin und Biologie mit kompetenten Sachverständigen zu reden. Zugleich bringt er sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß es entgegen den Vorankündigungen leider dem Sachverständigen der Einwender, Prof. T a m p l i n , nicht möglich gewesen sei, rechtzeitig im Termin zu erscheinen. Aus diesem Grunde habe sich die von ihm beabsichtigte Gegenüberstellung Prof. Dr. T a m p l i n s mit den von ihm beigezogenen Gutachtern Prof. Dr. K r i e g e l und Dr. T r o t t nicht realisieren lassen. Er weist dann darauf hin, daß den beiden genannten Gutachtern nur noch eine Viertelstunde Zeit zur Verfügung stünde und bittet die Einwender um ganz gezielte Fragen an die beiden Gutachter.

J ä c k e l eröffnet erneut die Diskussion zu der Frage, ob rem eine physikalisch bestimmte, meßbare Größe ist. Er bezieht sich in diesem Zusammenhang auf eine Aussage von Prof. Dr. A u r a n d vom Bundesgesundheitsamt. S o y k a verschärft die entstehende Erörterung und unterstellt Dr. T r o t t , ebenfalls unter Bezug auf Prof. A u r a n d , die Unwahrheit zu sagen.

Schwarze verwarnt S o y k a darauf hin und fordert diesen auf, im weiteren Verlauf des Termins beleidigende Äußerungen zu unterlassen.

C o h r s hält Dr. T r o t t vor, amerikanische Mediziner hätten in jüngster Zeit nachgewiesen, daß außer Krebs auch Hirnerkrankungen, Grauer Star, Kindersterblichkeit, Sterilität, genetische Defekte, Mutationen usw. die Folge wie-

derholter radioaktiver Bestrahlung sein können. Prof. Dr. K r i e g e l stellt fest, im Prinzip könne man mit jeder Strahlung die von C o h r s aufgezählten Erkrankungen erzeugen. Es ginge jedoch in der Diskussion um eine Reihenfolge von Dosisabhängigkeiten. Diese hänge von der Strahlenempfindlichkeit der einzelnen Organe ab. Strahlenempfindlichstes Organ für jede äußere Strahlenbelastung sei das Blut. Bei der Inkorporation radioaktiver Stoffe sehe die Situation jedoch prinzipiell anders aus. Dies seien nämlich chemische Elemente, die zwar auch strahlten, sich aber im menschlichen Organismus auch an der Physiologie irgendwie beteiligten. Die Erklärung der sich hieraus ergebenden Zusammenhänge erfordere aber wesentlich mehr Zeit, als im Rahmen eines Erörterungstermins zur Verfügung stünde.

Adrian bittet die beiden Gutachter, noch in aller Kürze auf die in Einwendungen behandelten Fragen zum KKW Shippingport und zur Erhöhung der Kindersterblichkeit in der Umgebung des KKW Big Rock Point einzugehen.

Dr. T r o t t geht hierauf ein und bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, daß - wenn die Richtigkeit der bekannten Zahlen unterstellt würde - alle Schätzungen - auch die von T a m p l i n - um sicher fünf bis sechs Größenordnungen falsch sein müßten. Daraus ergebe sich für ihn, daß dieser Effekt auf Strahlungen aus dem KKW nicht zurückzuführen sei. Im übrigen müsse man die Richtigkeit der Zahlen überhaupt anzweifeln.

Schwarze spricht den Gutachtern seinen Dank für ihre Teilnahme am Erörterungstermin aus und verabschiedet diese.

Nach einer Pause von 10 Minuten erteilt er dem Einwender S t i l l e r das Wort.

S t i l l e r verliest eine lange, von ihm verfertigte Erklärung und spricht am Ende das spezielle Thema der Neutrino-Strahlung aus KKW an. Nach seiner Überzeugung erscheine es ihm durchaus möglich, daß auch die Neutrino-Strahlung eine Wirkung auf den menschlichen Organismus ausübe. W e s t - p h a l schließt sich an. Er bittet um genaue Angabe dessen, was an Emissionen aus dem KKBR später herauskommt und verlangt eine genaue Unterteilung nach Halbwertszeiten etc. Ihn interessiert auch, welche Filtersysteme beim KKBR zum Einsatz kommen werden und auf welche Weise diese Systeme später ständig verbessert werden könnten.

Schwarze bittet Dr. W o l t e r , zunächst einmal auf S t i l l e r zu erwidern. Dr. W o l t e r geht auf die Neutrino-Physik näher ein. Neutrinos durchdrängen bekanntlich die gesamte Erdkugel. Jeder Mensch bewege sich zeitlebens in einem Neutrino-Schauer. Der Grund dafür, daß diese Neutrinos uns dennoch nicht gefährlich würden, läge in deren kleiner Wechselwirkungswahrscheinlichkeit. Infolgedessen läge das Risiko, hierdurch Schäden zu erleiden, vergleichsweise um acht bis zehn Größenordnungen unterhalb dem für andere Strahlenbelastungen.

C o h r s stellt die Frage nach der durch ein KKW verursachten Zuwachsrates an Krebs- und Leukämiefällen sowie anderer Erkrankungen. Hier gingen die Schätzungen zwar völlig auseinander. Für ihn jedoch sei schon ein Wert von 1 % nicht tolerierbar. Auch er zitiert in diesem Zusammenhang die Äußerung Prof. F i s c h e r h o f s , der von einer der Bevölkerung zugestandenen gesetzlichen Sonderbelastung gesprochen hatte. Er appelliert an die ganz bestimmte Fürsorgepflicht der zuständigen Behörden und fordert diese auf, die Bevölkerung des Raumes Brockdorf in aller Offenheit über die von Fischerhof ausgesprochene Sonderbelastung aufzuklären. Er weist dann auf die Aussage von Prof. Dr.

B e c k u r t z , hin, wonach die Strahlendosis am Kraftwerkszaun des Kernforschungszentrums etwa 1.500 mrem beträgt und stellt dem die Aussage Dr. W i r t h s gegenüber, 60 mrem würden bei KKBR sicherlich nicht überschritten. Weiter geht er auf den Beschluß des OVG Lüneburg i.S. KKW Stade ein, in welchem u.a. festgestellt worden sei, daß die gemessene Menge an Jod 131 bereits das 20-fache der höchstzulässigen Menge überschritten habe. Er fragt in diesem Zusammenhang nach den Vertrauensgrenzen der angewandten Meßverfahren. Selbst angesehene Wissenschaftler räumten ein, daß die Voraussetzungen für ein korrektes Erfassen der hier in Frage kommenden Werte in einer Reihe von Fällen nicht gegeben sind. H e y e unterstützt die Ausführungen von C o h r s . Insgesamt wisse man nach seiner Überzeugung auch gerade über die zur Anwendung kommenden Meßverfahren und damit zugleich über die auftretenden biologischen Effekte noch viel zu wenig. Prof. Dr. M e i ß n e r führt dagegen aus, daß man über die allen Strahlungsarten zugrunde liegende Ionisationseffekte sehr gut informiert sei. Diese Effekte seien speziell bei den Neutrinos um Größenordnungen geringer und aus diesem Grunde sicher zu vernachlässigen.

In die weitere Diskussion schaltet sich Hansen ein. Zwar werde - wie im vorliegenden Fall - während des Termins in vielen Fachfragen kontrovers diskutiert, doch könne es nicht darauf ankommen, in wissenschaftlichen Grundsatzfragen eine Einigung unter allen Anwesenden zu erzielen. Vielmehr käme es für die atomrechtlichen Genehmigungsbehörden darauf an, von den Einwendern die Gründe ihrer Einwendungen zu erfahren, damit sie ggf. im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden könnten.

J ä c k e l spricht die Meßproblematik aus seiner Sicht an. Bei allen diesen Messungen würde lediglich das elektrische Feld, d.h. nur die elektrische Nebenwirkung der radioaktiven Strahlung gemessen. Insoweit seien alle Mes-

sungen für die Beurteilung biologischer Effekte nicht relevant. Dr. B a c k h e u e r erwidert, bisher gebe es auch nach Ansicht des BMI nirgends ein Anhaltspunkt dafür, daß die von J ä c k e l vorgetragene Theorie richtig sein könnte. C o h r s bittet um Mitteilung der über die Strahlenbelastung in der Umgebung um ein 1300-MW-KKW vorliegenden Erfahrungen. Ein Vergleich etwa mit dem KKW Stade überzeuge ihn wegen der erheblichen Größenunterschiede beider Projekte nicht. W e s t p h a l erweitert diese Fragestellung und bittet um präzise Angaben zu den von KKBR später abgegebenen Isotopen, deren Halbwertszeiten und Toxizitätsklassen. Er wünscht auch Auskunft darüber, welche technischen Möglichkeiten für KKBR bestehen, die radioaktiven Emissionen ggf. bis auf einen Nullwert herabzumindern. Weitere Einwender sprechen die Frage der Spätschäden gezielt an. Gerade die mit den zu erwartenden somatischen und genetischen Schäden zusammenhängenden Fragen müßten vollständig erörtert werden, d.h., es dürften hier keine Fragen offen bleiben. Hierzu sei sicher eine Erörterungsdauer von 4 Wochen erforderlich.

Schwarze weist diese Überlegungen mit dem Hinweis zurück, es müsse die gesamte Problematik in einer für jeden zumutbaren Zeit besprochen werden. Eine Dauer des Termins etwa von 4 Wochen sei in jeder Weise unzumutbar. Als Leiter des Termins obliege es ihm und müsse ihm überlassen bleiben zu bestimmen, wann ein Problem i.S. der rechtlichen Grundlagen hinreichend diskutiert ist. Sollten Einwender im Einzelfall der Auffassung sein, es sei nicht vollständig erörtert worden, so könnten sie dies später in einem Gerichtsverfahren geltend machen. Obgleich die zuletzt erörterten Grundsatzfragen nach der Absicht des Gesetzgebers nicht Gegenstand eines Erörterungstermins sein könnten, habe er doch durch die Hinzuziehung der der beiden Sachverständigen Gelegenheit zur Ausbreitung des heutigen Standes der Wissenschaft gegeben. Ziel des Termins könne es keinesfalls sein, fertige Lösungen zu finden. Vielmehr komme es darauf an, daß durch den Vortrag der Einwender die von diesen gesehene Problematik den Genehmigungsbe-

hörden bekanntgemacht werde, d.h. diese in den Stand gesetzt würden, ihr Prüfungsverfahren auch auf derartige Einwendungen auszudehnen.

H e y e fordert die anwesenden Einwender dazu auf, für den weiteren Verlauf des Termins darauf zu achten, ob ihr jeweiliger Einwand umfassend erörtert wurde oder nicht. So könne sich für das ggf. anzurufende Gericht möglicherweise eine eindrucksvolle Manifestation über den Ablauf des Erörterungstermins ergeben. A d r i a n geht auf Heye ein und stellt u.a. fest, daß die von diesem gestellten das Grundgesetz enthalte, ggf. verfassungsgerichtlich geklärt werden müsse. Für die atomrechtlichen Genehmigungsbehörden sei das Atomgesetz und die dazu ergangenen Verordnungen verbindlich.

W e s t p h a l erklärt den gesamten Termin wegen der Nichtvorlage von Gutachten für rechtswidrig. Eine vom Gesetz geforderte vollständige Erörterung sei jedenfalls den Einwendern deshalb nicht möglich, weil sie sich nicht hätten schriftlich einarbeiten können. Rechtswidrig sei der Termin ggf. auch deshalb, weil nicht unter Angabe einer zeitlich fixierten Tagesordnung eingeladen worden sei. Dies aber habe zur Folge, daß die Einwender außer Stande seien, zu den einzelnen Bereichen ihre eigenen Sachverständigen gezielt hinzuzuziehen. Zur ständigen Anwesenheit eigener Sachverständiger reichten jedoch die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nicht aus. S o y k a greift noch einmal auf die zurückliegende Diskussion zwischen ihm und den Gutachtern Prof. K r i e g e l , Dr. T r o t t und Prof. M e i ß n e r zurück. Hier stünden noch zu viele Antworten aus. A d r i a n erwidert er, es könne nicht darum gehen, die Erste Strahlenschutzverordnung zu bekämpfen, sondern vielmehr darum, sie endlich zweckmäßig anzuwenden.

W e s t p h a l spricht die Frage des Kausalitätsnachweises bei radioaktiven Schädigungen an und bezieht diese ganz konkret auf die für KKBR gegebene Situation. In dessen Umgebung befänden sich Obstanbau-, Milchwirtschafts- und Erholungsgebiete. Bisher sei es der Medizin nicht gelungen, einzelne Krankheiten als spezifisch durch radioaktive Strahlung verursacht festzustellen und zu bezeichnen. Wegen der bestehenden Diskrepanz zwischen der mangelnden naturwissenschaftlichen Kenntnis und den strengen Anforderungen des Haftpflichtrechts an den Kausalitätsnachweis könne im Falle einer vorhandenen Strahlenschädigung ein Schadensersatzanspruch z.Zt. nicht durchgesetzt werden. Diese Situation sei unerträglich, da davon ausgegangen werden müsse, daß jede Strahlendosis schädlich ist. Der ständig wiederholte Versuch, die durch ein KKW verursachten Schäden durch Hinweis auf kosmische und terrestrische Strahlungen zu bagatellisieren, sei wegen der unterschiedlichen Wirkungsmechanismen entschieden zurückzuweisen. Er fragt dann nach den vom Baukonzept des KKBR her vorgesehenen Möglichkeiten, die Strahlenemissionen entsprechend der Forderung der 1. SSV zu minimalisieren und schließt mit dem Hinweis, daß im Unterschied zu § 6 des BImSchG der § 7 des AtG eine Kannbestimmung sei.

Dr. F a b i a n (NWK) bezieht sich in seiner Antwort auf W e s t p h a l auf die im Sicherheitsbericht für KKBR enthaltenen Abgabewerte. Er geht dann näher auf das zur Abgabe kommende Isotopenspektrum ein und schildert die für KKBR vom Konzept her vorgesehenen Rückhaltebarrieren für die genannten Isotope. Der Aktivitätsfluß aller erwähnten Nuklide werde meßtechnisch überwacht. Auf eine gezielte Zwischenfrage räumt er dann ein, daß Jod 129 nicht gemessen werde. Zu diesem Isotop führt F r a n z e n (IRS) aus, in der Umgebung amerikanischer KKW habe man Jod 129 nicht nachweisen können. Dr. F a b i a n (NWK) erläutert dann die Abgabe radioaktiver Wässer an den Vorfluter Elbe. Hierfür existierten festgelegte Richtlinien, über deren Einhaltung der zuständige Strahlenschutzbeauftragte wache. Amtli-

che Meßstellen erhielten in regelmäßigen Abständen gezogene Wasserproben zur Auswertung. Sämtliche Wasserproben müßten ein Jahr lang aufbewahrt werden.

Frau Prof. S c h m i t z - F e u e r h a k e wendet sich gegen das bei der Überwachung der Abgabe radioaktiver Edelgase angewandete integrale Meßverfahren. Hierbei käme es wegen der verschiedenen Löslichkeit der Edelgase im menschlichen Körper auf ganz spezifizierte Angaben zu den einzelnen Nukliden an. Für die Messung des Abwassers fordert sie, auch eine meßtechnische Überwachung des abgegebenen Sr 90 vorzunehmen. Ein nur auf Gamma-Spektrometrie gestütztes Meßverfahren erfasse dieses gefährliche Nuklid nicht. Im übrigen käme es auch beim Abwasser darauf an, nicht stichprobenartig Proben zu ziehen, sondern kontinuierlich zu messen.

Zu der Abgabe radioaktiver Abwasser gibt Dr. W i r t h weitere Erläuterungen. Diese richte sich nach einer von den beteiligten vier Küstenländern gemeinsam ausgearbeiteten Lawa-Richtlinie. Dort sei insbesondere festgelegt, welche Meßverfahren zur Anwendung kommen. Er geht dann auf das Verfahren zur Entnahme der Wasserproben und behördlichen Auswertung näher ein. Inzwischen läge auch ein vom Länderausschuß für Atomkernenergie erarbeiteter Formularbogen, der in seinen Anforderungen über die Lawa-Richtlinie hinausgeht, vor. Dort sei z.B. für Einzelnuklide, die bisher in den Abwässern gefunden wurden, die Angabe der Nachweisgrenze und der dabei verwendeten Meßeinrichtung vorgeschrieben. F r a n z e n (IRS) erläutert die Abgabe von Radioaktivität über den Luftpfad. Hier sei zwischen der bestimmungsgemäßen Abgabe über die Abgasanlagen und die dazugehörigen Verzögerungsstrecken und der aus Undichtigkeiten (Leckagen) zu unterscheiden. Beide hätten naturgemäß eine andere nuklide Zusammensetzung. Diesem Gesichtspunkt würde in der Begutachtung besondere Beachtung geschenkt. Berücksichtigung fände auch die Tatsache, daß es auch zu kurz-

fristigen Abweichungen von den Normalabgaben, d.h. zu kurzfristig überhöhten Abgaben kommen könne. Die intensive Prüftätigkeit durch Sachverständige führe bisher in aller Regel dazu, daß die letztlich von den Genehmigungsbehörden genehmigten Abgabewerte wesentlich unter den von den Antragstellern beantragten lägen. S o y k a stellt die Frage, wie die Toxizität des einzelnen Nuklides ermittelt werde und wie diese dann bei der Festlegung der Abgabemengen berücksichtigt wird. Im Hinblick auf die Existenz von etwa 1.200 Nukliden insgesamt bezweifelt er, ob es einem Betreiber überhaupt möglich sein könne, der Forderung der Strahlenschutzverordnung nach genauer Kontrolle nachzukommen. Unerläßlich sei es, für das gesamte Abgabespektrum eines KKW eine Nuklidliste aufzustellen und anschließend eine unter dem Gesichtspunkt ihrer Toxizität vorgenommene Gewichtung dieser Nuklide vorzunehmen. Hierzu sei man aber heute meßtechnisch noch nicht in der Lage.

F r a n z e n (IRS) erwidert auf S o y k a , daß es tatsächlich Gegenstand der Begutachtung sei, die einzelnen Abluftströme hinsichtlich ihrer Nuklidzusammensetzung zu verfolgen. Aus Gründen der Konservativität würde dann immer dasjenige Nuklid zugrunde gelegt, dessen Radiotoxizität am größten ist. Auf diese Weise decke man die Wirkung aller übrigen, in dem Gemisch noch vorkommenden Nuklide, sicher ab. Auch über die Zusammensetzung der zur Abgabe kommenden Aerosole wisse man inzwischen recht genau Bescheid. Das zeigten auch die entsprechenden Veröffentlichungen des Bundesgesundheitsamtes. Er widerspricht S o y k a zu dessen Behauptung, man müsse bei KKW's etwa von 1.200 Nukliden ausgehen und diese insgesamt einzeln untersuchen. Richtig sei, daß man bei KKW's lediglich von einer beschränkten Anzahl von Radionukliden, die in Abluft und Abwasser vorkommen könnten, auszugehen habe. So könne man Radium im Abwasser sicher ausschließen, weil es bei der Kernspaltung gar nicht entsteht.

Dr. B a c k h e u e r geht nun auf die von C o h r s gestellten Fragen näher ein. Zu der Strahlenbelastung beim KFZ Karlsruhe bezieht er sich auf die Bundestagsdrucksache 7/2535. Er erläutert, daß sich ein Mensch mehr als 120 Tage ständig im Bereich der dortigen Kiefern Schonung aufhalten müßte, um auf die nach § 29 Abs. 4 der 1. SSV höchstzulässige Personendosis von 500 mrem zu kommen. Inzwischen sei im übrigen nach Verstärkung der Abschirmungsmaßnahmen der dortige Wert auf etwa 350 mrem pro Jahr reduziert worden. F r a n z e n (IRS) ergänzt mit dem Hinweis, daß aufgrund eines Beschlusses des Länderausschusses für Atomkernenergie vom 1.1.1975 an die für KKWs schon immer verbindlichen Grenzwerte (30 mrem/a am ungünstigsten Punkt in der Umgebung) nunmehr auch für kerntechnische Anlagen wie das KFZ Karlsruhe verbindlich seien. Es schließt sich eine längere Debatte zur Sicherheit vor Emissionen aus KKWs an. Der Schutz des Bürgers sei durch betreiberseitige Maßnahmen sowie staatliche Aufsichtsbehörden nicht garantiert. Vielmehr habe im Falle KFZ Karlsruhe erst die Recherche einer Bürgerinitiative auf die dortigen Mißstände aufmerksam gemacht.

Schwarze bittet die anwesenden Einwender zur Sache Brokdorf zu sprechen. Für Karlsruhe sei seine Behörde nicht zuständig; außerdem habe sich der zuständige Bundesinnenminister ausführlich geäußert. H e y e stimmt Schwarze hier zu und kündigt an, noch vor Ablauf der Verjährungsfrist per Strafantrag gegen die für KFZ Karlsruhe Zuständigen vorzugehen. In seinen Ausführungen über Wiederaufbereitungsanlagen wird er von Hansen mit dem Hinweis, daß eine solche Anlage in Schleswig-Holstein nicht geplant sei und schon aus diesem Grunde nicht Thema des Erörterungstermins sein könne, unterbrochen. Die Behörde sei aber dennoch bereit, dieses Thema unter Verschiedenes am Ende des Termins in kurzen Zügen zu erörtern.

H e y e erinnert an die ihm gegebene Zusage, im Termin auch über die Fragen der Alternativen zur Kernenergie zu diskutieren. Er fragt in diesem Zusammenhang nach dem weiteren Ablauf des Erörterungstermins und empfiehlt im Hinblick auf die s.E. noch offenen Fragen die Absetzung dieses Termins und Anberaumung eines Fortsetzungstermins. In seinem schriftlich erhobenen Einwand habe er ausdrücklich um "menschenwürdige Behandlungstermine" gebeten. Er werde den zeitlich Ablauf des Termins notfalls durch ein Verwaltungsgericht nachprüfen lassen.

Schwarze erklärt, daß der Saal am Nachmittag des nächsten Tages nicht mehr zur Verfügung stünde und gibt gleichzeitig den Beginn des Termins am folgenden Tag um 9.00 Uhr bekannt.

W e s t p h a l meldet sich noch einmal zu dem Thema Wiederaufbereitung zu Wort. Nach seiner Auffassung gehörten auch die Fragen des gesamten atomaren Zyklus in den Erörterungstermin. Die Bürger hätten ein Anrecht darauf zu wissen, an welcher Stelle die Aufbereitungsanlage, von der man ständig höre, stehen soll. Mit der von ihm befürchteten positiven Entscheidung zu KKBR würden weitere Tatsachen hinsichtlich der radioaktiven Umweltverschmutzung geschaffen, die in allen ihren Einzelheiten noch gar nicht übersehen werden könnten und mithin auch nicht gesichert seien. Er geht dann auf die verschiedenen, bisher üblichen oder in der Diskussion befindlichen Methoden der Abfallbeseitigung näher ein. Außer der Tieflagerung in Asse, die jedoch auch lediglich für schwach- bzw. mittelaktive Abfälle in Frage komme, gäbe es z.Zt. noch kein geeignetes Verfahren zur sicheren Deposition hochradioaktiven Abfalls. Alle Arbeiten zu diesem Problem seien über ein vorläufiges Versuchsstadium noch nicht hinausgekommen. Dr. W i r t h wiederholt die Aussage seiner Behörde, in der Elberegion sei keine Wiederaufbereitungsanlage geplant. Dies sei auch durch eine Mitteilung des

zuständigen BMI abgesichert. Er zitiert dann eine Antwort des BMI-Staatssekretärs B a u m im Bundestag vom 18.10. 1974, wonach eine große Wiederaufbereitungsanlage Anfang bis Mitte der 80er Jahre in der Bundesrepublik in Betrieb genommen werden soll. Für diese Anlage käme aber keineswegs der Unterelementraum in Betracht.

C o h r s spricht dann die mit dem Transport der Brennelemente auf den Straßen verbundenen Probleme an. Er sieht hierin eine gravierende Schwachstelle im gesamten Brennstoffkreislauf-System. W e n d o r f f beschreibt die technischen und administrativen Bedingungen, unter denen derartige Transporte durchgeführt werden. Dabei geht er insbesondere auf die TÜV-geprüften Behälter zum Transport von Brennelementen ein. Diese seien so konstruiert, daß sie Verkehrsunfällen im Straßenverkehr widerstünden und daß es auch bei schweren Unfällen zu keiner Freisetzung von radioaktiven Stoffen kommen könne.

Schwarze geht auf einen entsprechenden Antrag von H e y e , die Erörterung an diesem Tage wegen der allgemeinen Ermüdung zu beenden, ein und schließt die Sitzung.

Vierter Tag des Erörterungstermins

Schwarze eröffnet den 4. Tag des Erörterungstermins und gibt das Ergebnis der von seinen Mitarbeitern durchgeführten Überprüfung des Sachstands der Erörterung bekannt. Danach seien mit Ausnahme von 4 Einwendungen alle übrigen, schriftlich erhobenen Einwendungen, die ja die Grundlage des Erörterungstermins darstellten, erörtert. Die 4 noch offenen Einwendungen beträfen Transport und Endlagerung, die Reede Freiburg das Absinken des Grundwasserspiegels und daraus ggf. resultierende Gebäudeschäden sowie die Wirtschaftlichkeit der Kernenergie und andere Alternativen zur Stromversorgung. Alle übrigen Einwendungen i.S. des Atomrechts seien erörtert und damit erledigt.

Im Hinblick darauf, daß Prof. Dr. T a m p l i n immer noch nicht im Termin erscheinen konnte, schlägt Schwarze für das weitere Verfahren vor, die noch 4 offenen Punkte vorzuziehen. Auf diese Weise werde sichergestellt, daß für den Sachverständigen Prof. Dr. T a m p l i n - wenn er komme - eine großzügig bemessene Zeit für dessen Vortrag und zur Diskussion mit ihm zur Verfügung stehe.

S o y k a weist darauf hin, daß es ihm bisher entgegen einer ihm gegebenen Zusage nicht ermöglicht wurde, in einem etwa einstündigen Vortrag eine Begründung der bereits vorgebrachten Einwendungen zu geben. H e u s e r schließt sich mit der Bemerkung an, auch seine Fragen zur technischen Sicherheit seien noch nicht abgeschlossen. Er könne deshalb kein Verständnis dafür aufbringen, daß dieser gesamte Fragenkomplex nun nicht mehr auf der Tagesordnung stehe. Schwarze erwidert auf H e u s e r , es könne nicht Sinn eines Erörterungstermins sein, jedes technische Problem bis zur letzten Konsequenz zu erörtern. Vielmehr müsse man sich im Rahmen eines solchen Termins darauf beschränken, die ganz konkreten Fragen zu diskutieren; dies aber sei geschehen. Er ruft dann das Thema "Reede Freiburg" zur Erörterung auf und bittet zunächst Dr. V o ß (NWK) um einige sachliche Erläuterungen hierzu.

Dr. V o ß führt aus, bei der dem KKW Brokdorf gegenüberliegenden Reede Freiburg handele es sich für alle aufkommenden Schiffe größerer Art um die letzte vor Einlauf nach Hamburg. Die Reede befände sich im nächsten Punkt etwa 1.300 m vom Kernkraftwerk entfernt. Von den Schifffahrtsbehörden lägen Hinweise darauf vor, daß mit der Ankerung von Tankern mit gefährlicher Ladung auf dieser Reede gerechnet werden müsse. Insgesamt könne man also auch Tankerkollisionen und damit möglicherweise verbundene Gasdetonationen nicht ausschließen. Diese standortbedingte Besonderheit sei aber schon seit einiger Zeit Gegenstand der Beratungen eines RSK-Unterausschusses. Von einem positiven Beratungsergebnis könne deshalb ausgegangen werden, weil sämtliche neueren Kernkraftwerke eine Grundausslegung auch gegen Explosionsdruckwellen hätten. Auch die noch zu begutachtende Frage der Standsicherheit des Reaktorgebäudes werde von seinem Hause als aussichtsreich beurteilt.

Dr. B a c k h e u e r schließt an die Ausführungen von Dr. V o ß an. Der Auslegung von Kernkraftwerken gegen äußere Einwirkungen, hier: Explosionen, lägen inzwischen vom BMI erlassene Richtlinien zugrunde. In dieser Frage gehe man davon aus, daß bei gegebener Nachbarschaft von Flüssiggastanks und Kernkraftwerken Detonationen von Gaswolken nicht sicher ausgeschlossen werden könnten. Den Sonderfall der Flüssiggastransporte auf Schifffahrtsstraßen habe man insbesondere hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von Schiffskollisionen untersucht. Zwar seien die Experten übereinstimmend der Meinung, daß es nicht erforderlich ist, solche sehr unwahrscheinlichen Fälle in Betracht zu ziehen, doch lege man unabhängig davon Kernkraftwerke gegen Explosionsdruckwellen aus. Zur Frage der Reede Freiburg läge den Behörden auch eine Stellungnahme der Wasser- und Schifffahrtsdirektion vor.

Dr. B a c k h e u e r betont dann, bei der Reede Freiburg handele es sich nicht um eine Pulver(Munitions-)Reede. Mit Munition beladene Schiffe würden vielmehr gegenüber Scheelenkuhlen, also im wesentlich größeren Abstand ankern müssen.

K a r k o w weist darauf hin, daß ein durch die Presse in letzter Zeit bekanntgewordenes Munitionsschiff, das schließlich im Atlantik versenkt worden sei, eben doch auf der Freiburger Reede vor Anker gelegen habe. H a n s e n hält dem die den Behörden schriftlich vorliegende Stellungnahme der WSD Hamburg, wonach das von K a r k o w erwähnte Munitionsschiff zu keiner Zeit in Freiburg auf Reede gelegen haben soll, entgegen.

K a r k o w weist auf den Widerspruch zwischen der Aussage Dr. B a c k h e u e r s , jedes neuere Kernkraftwerk, also auch Brokdorf, sei gegen Gasexplosionen ausgelegt und einer dem entgegenstehenden Aussage im Sicherheitsbericht Brokdorf hin. Dr. B a c k h e u e r entgegnet, der Sicherheitsbericht sei vom Antragsteller erstellt und enthalte infolgedessen nicht in allen Einzelheiten Angaben, die den im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens durchzuführenden Prüfungen standhielten. Dies treffe z.B. auch, wie sich in der Erörterung herausgestellt habe, für die im Sicherheitsbericht enthaltenen Abgabewerte zu. Dem Antragsteller sei deshalb kein Vorwurf zu machen, weil unter bestimmten Voraussetzungen von den RSK-Leitlinien im Einzelfall durchaus abgewichen werden könne. Es sei dann eben Aufgabe der atomrechtlichen Genehmigungsbehörden zu prüfen, ob diese vom Antragsteller angestrebte Abweichung toleriert werden könne oder nicht.

Auf weitere, vertiefte Fragestellungen von W e s t p h a l zur Reede Freiburg antwortet Dr. B a c k h e u e r u.a., daß alle mit der Reede zusammenhängenden Fragen - wie schon von Dr. V o ß (NWK) ausgeführt - in der RSK sorgfältig geprüft würden. Diese Prüfungen würden noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen und ihm sei es selbstverständlich nicht gestattet, dem Votum dieses Gremiums vorzugreifen. Als die zur Beurteilung dieses Sachverhalts verbindliche Unterlage nennt er die RSK-Leitlinien für Druckwasserreaktoren, 1. Ausgabe vom 24. April 1974, veröffentlicht im Bundesanzeiger.

W e s t p h a l vertieft seine Fragestellung und will wissen, nach welcher Seite hin die Behörde bei vorgegebenen Leitlinien und Empfehlungen tendiere und mit welcher Begründung sie dies tue. Nach seiner Vermutung seien die Länderbehörden mit der Auslegung z.B. solcher Empfehlungen völlig überfordert.

Dr. B a c k h e u e r erläutert den Charakter der RSK-Leitlinien. Diese wendeten sich zunächst einmal an die Hersteller von Kernkraftwerken, der, wenn er die Auslegung eines KKW entsprechend den Leitlinien durchführt, dann einigermaßen sicher sein könne, den Stand der Technik auf diesem Sektor berücksichtigt zu haben. Daraus lasse sich aber keinesfalls ein Anspruch auf atomrechtliche Genehmigung ableiten. Anschließend erläutert er sehr detailliert das die Auslegung gegen Explosionsdruckwellen betreffende Kapitel der Leitlinien. Für Brokdorf schließt er an, daß die von den Leitlinien geforderte Auslegung sicher als Grundauslegung gefordert werden wird. Die Prüfungen der RSK erstreckten sich darauf, ob man über diese Anforderungen noch hinausgehen müsse. Auf eine entsprechende Frage von S o y k a nach der Zahl der Kollisionen auf der Elbe in Höhe der Reede Freiburg geht Dr. B a c k h e u e r unter Hinweis auf eine ihm vorliegende Statistik der WSD Hamburg über die letzten Jahre ein. Im Umkreis von 1 bis 2 km um den Standort Brokdorf habe es 1970/71/72 lediglich eine Kollision zwischen zwei kleinen Schiffen und 1973 keine Kollision gegeben. S o y k a hält dem die Aussage von Bürgermeister S a c h s e entgegen, wonach sich pro Jahr 3 bis 4 Kollisionen in Höhe der Reede Freiburg ereignen und fragt dann, aufgrund welcher Überlegungen der genannte Umkreis zugrunde gelegt wurde, welche Durchmesser für die sich ausbreitenden Flüssiggaslachen angenommen würden.

Dr. B a c k h e u e r trägt vor, von welchen Annahmen bei der Überprüfung des Problems Explosionsdruckwellen ausgegangen wird und erklärt insbesondere den hier relevanten Unterschied zwischen einer Detonation und einer Explosion.

S o y k a und L e n g e m a n n und andere streben eine Vertiefung dieser Sachdiskussion an. Sie verwahren sich - unter tumultartigem Beifall - gegen Äußerungen von A d r i a n bzw. H a n s e n , es sei ausschließlich Aufgabe der Behörde zu entscheiden, in welcher Weise und Grundsätzlichkeit die Erörterung im Termin geführt werde.

Schwarze betont erneut, es müsse darauf ankommen, die Erörterung in einer angemessenen Zeit durchzuführen. Für ihn und seine Mitarbeiter komme es darauf an, von den Einwendern Hinweise auf noch offene Probleme zu erhalten, um diese dann einer gutachterlichen Prüfung zuzuführen. Er erteilt dann S o y k a das Wort.

S o y k a betont erneut die s.E. erforderliche Unterscheidung zwischen Explosion und Detonation und leitet aus diesem Zusammenhang allgemeine Ausführungen zur Vertrauenswürdigkeit sog. Expertengremien ab. Auch sei die Frage des Durchmessers der Flüssiggaslace wesentlich. Hier müsse für Brokdorf von einem Mindestdurchmesser von 200 m ausgegangen werden. Er wendet sich dann gegen die Aussage Dr. B a c k h e u e r s , lt. Statistik sei eine wesentliche Erhöhung der Kollisionswahrscheinlichkeit durch die Reede gegenüber dem freifließenden Verkehr auf der Elbe nicht gegeben. Dem stünde das Gutachten von Dipl.-Ing. J o h a n n s o n aus Bremen (Johannson-Monument) entscheidend entgegen. Er fragt Dr. B a c k h e u e r dann nach der Größe der vom Kollisionsort wegfliegenden Trümmer, deren Gewicht, deren Geschwindigkeit und die daraus folgenden Belastung auf das KKW. S o y k a entwickelt dann seine Vorstellung von einem sog. Kamikaze-U-Boot als einem Schiff, das genau vor der Einmündung des Kühlwasserkanals abgesenkt wird und möglicherweise zusätzlich mit stark quellendem Material beladen ist. Dies alles gehöre zum Thema Reede; sei aber zugleich untrennbar verbunden mit dem Thema Sabotage oder Einwirkung von außen. Dieser Bereich sei bisher überhaupt noch nicht erörtert worden. Er trage diesen Aspekt auch nur vor, weil er befürchten müsse, daß den Behörden keineswegs bewußt sei, welche Möglichkeiten den Saboteuren heute bereits zur Verfügung stünden.

Dr. B a c k h e u e r dankt S o y k a für dessen Anregungen und räumt ein, daß z.B. der Fall eines Kamikaze-Schiffes bisher nicht betrachtet worden sei. Zur Frage der Explosionsbruchstücke führt er aus, hierüber lägen s.W. Unterlagen vor. Eine Auslegung der sicherheitstechnisch relevanten Gebäude gegen Flugzeugabsturz sei vorgesehen; es müsse nun geprüft werden, ob von Detonationen herrührende Bruchstücke zu größeren Belastungen führen könnten. Auf H e u - s e r erwidert er, es könne sicher nicht so sein, daß jeder nur denkbare Unfall auf der Elbe durch eine entsprechende Auslegung abzudecken sei, sondern es käme vielmehr darauf an, hier eine Wahrscheinlichkeitsberechnung zur Hilfe zu nehmen. Bei allem bliebe aber immer noch ein Teil an Unfällen denkbar, der durch Auslegung nicht abzudecken sei. Dies sei aber gerade der Bereich, um den es bei den Erörterungen gehe. Aufgabe der von den atomrechtlichen Genehmigungsbehörden eingesetzten Sachverständigen sei es, gerade auch die mit der Elbeschifffahrt zusammenhängenden Probleme zu quantifizieren und damit transparenter zu machen. Das dabei zu untersuchende Spektrum sei sehr breit und umfasse z.B. Schiffsgrößen, Ankerprinzipien, administrative Maßnahmen an Bord usw. Es werde noch längere Zeit dauern, bis hier ein abschließendes Ergebnis vorliegen könne.

Adrian begrüßt den im Saal erscheinenden Sachverständigen Prof. Dr. T a m p l i n . Er stellt zugleich fest, daß zur Reede Freiburg keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und damit die Erörterung dieses Punktes abgeschlossen ist. Als nächsten Tagesordnungspunkt ruft er den Bereich Transport und Endlagerung auf.

V o c k e geht auf die Fallversuche, denen Transportbehälter für Brennelemente unterworfen werden, ein. Er hält diese für insgesamt nicht zufriedenstellend und illustriert dies am Beispiel eines Zusammenstoßes zwischen Transport-

fahrzeug und Eisenbahn. Ein solcher Unfall habe wegen des dabei freigesetzten Plutoniums katastrophale Folgen.

Frau H e l l e r i c h schaltet sich mit der Frage in die Erörterung ein, warum die betroffene Bevölkerung nicht zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt auf die Planungen für das KKW Brokdorf hingewiesen worden sei. Seit 1969 sei das Projekt im Gespräch; während dieser Zeit hätte es den Einwendern gelingen können, sich in die gesamte Problematik einzulesen. In ihren weiteren Ausführungen wendet sie sich nachdrücklich gegen das von ihr beobachtete Verhalten der Behördenvertreter. Dies habe ständig darauf abgezielt, den Termin zu forcieren und zusammenhängende Ausführungen von Einwendern oder deren Sachverständigen durch Wortentzug und andere Manipulationen zu unterbinden.

Dr. B a c k h e u e r geht auf Frau H e l l e r i c h s Ausführungen ein. Eine zureichende Information der Bevölkerung über Nutzen und Gefahren der Kernenergie stelle in der Tat ein sehr großes Problem für alle Beteiligten dar. Es sei jedoch äußerst schwierig, z.Zt., d.h. bei der gegenwärtig angeheizten Diskussion, in der Bundesrepublik über Fragen der Kernenergie sachlich zu informieren.

Er wird in seinen Ausführungen von J ä c k e l unterbrochen, der lautstark eine Diskussion zum Thema Explosionen und Sicherheit von KKW's erzwingen will. Als er auf wiederholte Aufforderungen Schwarzes hin, sich ruhig zu verhalten, den Behördenvertretern vorwirft, sie seien wie die Teufel, fordert ihn S c h w a r z e dreimal nacheinander auf, den Saal zu verlassen und unterbricht die Sitzung.

Während der Sitzungsunterbrechung kommt es im Saal zu tumultartigen Szenen.

Nachdem eine gewisse Eruhigung wieder eingetreten ist, eröffnet Schwarze erneut den Termin und erteilt RA Dr. von G l e i c h e n s t e i n das Wort.

RA Dr. von G l e i c h e n s t e i n bittet die anwesenden Einwender, sich zu beruhigen. Nach mehr als 70 Stunden Verhandlungsdauer sei ganz offensichtlich ein Punkt erreicht, an welchem die Nerven aller Beteiligten, einschließlich derjenigen, die die nicht leichte Aufgabe hätten, einen solchen Erörterungstermin zu leiten, strapaziert seien. Sicher sei es auchdem anwesenden Sachverständigen Prof. Dr. T a m p l i n nicht zuzumuten, Zeuge eines in einer ihm fremden Sprache stattfindenden Tumults zu sein. Kein Einwender habe es angesichts sachlicher Argumente nötig, sich ausschließlich durch Lautstärke Gehör zu verschaffen.

S o y k a legt Wert auf die Feststellung, daß weder er noch J ä c k e l zum Zeitpunkt nach der Wiedereröffnung des Termins durch S c h w a r z e lautstark gesprochen hätten. Er werde jederzeit auf dem Boden des Gesetzes stehen. Wenn es aber die Absicht sei, Herrn J ä c k e l als Extremisten zu verteufeln, so wolle er darauf hinweisen, welche Scharen vor den Haustoren stünden und auf S c h w a r z e lauerten. Auch solle S c h w a r z e an den Berliner Juristen denken, der jetzt im Grabe liege. Wenn S c h w a r z e ihn und andere Einwender nicht auserörtern lasse, so liefere er damit eben solchen Leuten, von denen er (Soyka) wisse, daß es sie gibt, Waffen. Er flehe S c h w a r z e an, diese Chance zu nutzen, denn dann, wenn er hierzu keine Gelegenheit gebe, würden andere sprechen. (Beifall)

Schwarze bittet Dr. B a c k h e u e r in seinen Ausführungen zu Fragen des Transports fortzufahren.

Dr. B a c k h e u e r verweist auf die Ausführungen von W e n d o r f f vom Vortage. Insofern, als die PTB für die Erteilung von Transportgenehmigungen zuständig sei, könne er als Vertreter einer Landesbehörde sich hierzu nicht kompetent äußern. Trotzdem geht er dann in einer längeren Ausführung auf die mit dem Transport von Brennelementen zusammenhängenden Fragen ein. S o y k a fragt, wie man die im

Rahmen der vielfältigen Transportvorgänge tätigen Menschen letztlich kontrollieren wolle. Hier spiele das Problem der menschlichen Unzulänglichkeit eine große Rolle. Auch sei das gesamte Problem der administrativen Vorkehrungen wie z.B. Überflugverbote pp. nicht erörtert. Bei der unzureichenden Diskussion der Transportfragen sei bisher nicht zwischen Erd-, Wasser-, Schienen- und Lufttransporten unterschieden worden. Er regt dann an, dem Sachverständigen Prof. Dr. T a m p l i n zum Transportproblem das Wort zu erteilen, da eines der wichtigsten zu transportierenden Güter das Plutonium sei.

W e n d o r f f spricht in seiner Erwiderung auf S o y - k a die Frage der Zuverlässigkeit des Personals an. Dieses Personal werde auf seine Zuverlässigkeit überprüft.

Hansen schließt die Erörterung dieses Fragenkomplexes ab und ruft das Thema "Wirtschaftlichkeit" zur Erörterung auf. Er bittet F u h r m a n n um Vortrag der hierzu schriftlich erhobenen Einwendungen.

F u h r m a n n trägt das Konzentrat der schriftlich hierzu erhobenen Einwendungen vor. Zwar würden KKWs in Schleswig-Holstein errichtet, deren Strom jedoch werde außerhalb der Grenzen dieses Landes verbraucht. Gefordert werde eine Offenlegung aller dem Bereich Wirtschaftlichkeit zugrunde liegenden Parameter, weil wesentliche Faktoren, die in die Wirtschaftlichkeitsberechnung einfließen, verdeckt seien. Alle Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen seien wegen der extrem hohen staatlichen Investitionen verschleiert; die Forschungsfinanzierung erstreckte sich auf alle Bereiche der Kernenergie. Insbesondere sei der Vergleich der Wirtschaftlichkeit eines KKW mit möglichen Energiealternativen gefordert worden.

B i e h l erwähnt zu Beginn seiner Ausführungen das in jüngster Zeit von der Bundesregierung fortgeschriebene Energieprogramm. Darin sei, insbesondere wegen der Erfahrungen

in der Mineralölpreiskrise, die Rolle der Kernenergie gegenüber dem Programm von 1973 noch erhöht worden, um so die Abhängigkeit vom Mineralöl zu verringern und um der völlig veränderten Lage auf dem Kohlemarkt zu begegnen. Insoweit seien Wirtschaftlichkeit Gesichtspunkte weitgehend gegenüber Sicherheitsgesichtspunkten zurückgetreten. Nach Aussagen der Bundesregierung betrage der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung z.Zt. 4 %. Das entspräche ca. 2.300 MW. Nach dem ersten Energieprogramm war für 1980 eine Steigerung auf insgesamt 18.000 MW vorgesehen; diese sei jetzt auf 20.000 MW erweitert. Als wünschenswert erachte man 1985 eine installierte Leistung von insgesamt 50.000 MW. Das würde dann einem Anteil von 45 % an der Stromerzeugung entsprechen.

In Schleswig-Holstein habe man in den vergangenen 21 Jahren stets höhere Zuwachsraten als im Bundesdurchschnitt zu verzeichnen gehabt. Er geht dann auf die Stromentwicklung im Raum St. Margarethen-Brokdorf-Wewelsfleth ein. Diese hätten in den Jahren von 1962 bis 1972 im Jahresdurchschnitt 11,7 % betragen. Damit habe dieser landwirtschaftlich strukturierte und mit hochelektrifizierten Bauernhöfen besiedelte Raum einen höheren Zuwachs als der Tarifkundenbereich in Schleswig-Holstein aufzuweisen. Auch langfristig sei für den gesamten NWK-Bereich mit einer durchschnittlichen Steigerung von 10 % pro Jahr zu rechnen. Um diesen Energiebedarf befriedigen zu können, sei die Errichtung und der Betrieb des KKW Brokdorf erforderlich.

Es entsteht eine lebhafte Zwischendebatte, weil insbesondere S o y k a und L e n g e m a n n fordern, dem von ihnen zugezogenen Sachverständigen Prof. Dr. T a m p l i n das Wort zu erteilen. L e n g e m a n n wirft S c h w a r z e taktisches Verhalten vor. Er benutze T a m p l i n , dessen Vortrag er am Schluß in Aussicht stelle, um den Erörterungstermin abzukürzen.

Schwarze hält seinerseits L e n g e m a n n vor, während des Termins eine ganz bestimmte Taktik mit dem Ziel der Verzögerung und Verlängerung des Termins zu verfolgen. Er sei daher in seiner Eigenschaft als Verhandlungsleiter gerade im Hinblick auf die zunehmende Erschöpfung aller Anwesenden verpflichtet, die Länge des Termins auf eine zumutbare Größe zurückzuführen. Sein Konzept sei mit den Einwendern so vereinbart und sehe vor, daß, bevor er Prof. Dr. T a m p l i n das Wort erteile, die beiden noch offenen Einwendungsthemen abgehandelt würden. Er sei sich mit dem Auditorium darin einig gewesen, daß Prof. Dr. T a m p l i n seine Thesen am Schluß erörtern sollte.

Mehrere Einwender - unter ihnen insbesondere RA Dr. von G l e i c h e n s t e i n und der Landwirt V o ß - f o r d e r n, Prof. T a m p l i n unverzüglich vortragen zu lassen. Dadurch werde der weitere Ablauf des Termins in keiner Weise präjudiziert und zugleich entspräche ein solches Vorgehen den Bestimmungen der §§ 74, 75 des Verwaltungsgesetzes. Daraus, daß sich die Behörde starr an ihr vorgegebenes Konzept halte, erwecke sie den Eindruck, glatt überfordert zu sein.

Schwarze erinnert daran, daß man sich insbesondere zum weiteren Ablauf des Verfahrens gemeinsam auf einen Kompromiß geeinigt habe. Es müsse aber darauf ankommen, eine zeitliche Begrenzung für die Ausführungen Prof. T a m p l i n s zu finden, weil der Saal nur noch bis Mittag zur Verfügung stehe, d.h. der Termin bis dahin beendet sein müsse.

Es entsteht im Saal unter den Einwendern Tumult; die Forderung nach Fortsetzung des Termins wird erhoben. RA Dr. von G l e i c h e n s t e i n bittet die übrigen Einwender dringend darum, nicht durch erregte Diskussionen weitere, wertvolle Zeit zu verlieren. Für Prof. Dr. T a m p l i n

fordert er, daß dieser in seinem Vortrag thematisch nicht eingeengt werde. S o y k a ergänzt, gerade auch die Ansichten T a m p l i n s zu Fragen der Wirtschaftlichkeit seien von allgemeiner Bedeutung. Hinsichtlich der Redezeit T a m p l i n s verweist er auf die zu Beginn des Termins R A K a e s t n e r zugestandene Redezeit.

Hansen fordert K e s t i n g auf, zu Fragen der Grundwasserabsenkung Stellung zu nehmen. Dieser Punkt sei noch als einziger von allen schriftlich erhobenen Einwendungen offen geblieben. Wenn er abgehandelt sei, habe man die noch zur Verfügung stehende Zeit des Erörterungstermins ohne Einschränkung für Prof. T a m p l i n .

Im Saal entsteht erneut Tumult; es wird gefordert, T a m p l i n sofort sprechen zu lassen.

K e s t i n g verschafft sich Gehör und führt aus, daß für die vorgesehene Grundwasserabsenkung ein eigenständiges Wasserrechtsverfahren durchzuführen sei. Auch in diesem Verfahren sei ein Erörterungstermin vorgesehen. T h ü r n a g e l geht hierauf ein und bringt seine Genugtuung über den Ablauf des wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens für KKW Krümmel, insbesondere über den Verlauf des gerichtlichen Termins in Lübeck zum Ausdruck.

Schwarze stellt fest, daß nunmehr der gesamte Themenkatalog der schriftlich erhobenen Einwendungen im Erörterungstermin behandelt worden sei. Er bittet Prof. Dr. T a m p l i n , das Wort zu ergreifen.

Frau S c h n e t z l e r stellt Prof. Dr. T a m p l i n vor. H e u s e r übernimmt zunächst die Aufgabe des Dolmetschers. Zuvor hatte er T a m p l i n über die Zweckbestimmung eines atomrechtlichen Erörterungstermins unterrichtet.

Abweichend hiervon übersetzt Frau S c h n e t z l e r die Ausführungen von Prof. Dr. T a m p l i n . Dieser äußert zunächst sein Erstaunen darüber, daß man sich die Mühe gemacht habe, ihn in diesen Termin zu bringen. In den USA habe er keine Gelegenheit zur Teilnahme an einem entsprechenden Termin. Dies sei dort auch nicht sinnvoll, da die Entscheidungen der Behörden regelmäßig vorweg getroffen würden. Problematisch sei hier wie dort, daß sich jeder Termin lediglich mit dem Bau eines KKW beschäftige, eine Diskussion zur Frage, ob überhaupt Kernenergie eingesetzt werden solle, so aber unmöglich sei. Die entscheidende Frage sei also, warum überhaupt ständig mehr Energie gebraucht werde. Diese Frage sei nicht damit zu beantworten, daß man lediglich immer mehr Wegwerfprodukte produzieren wolle.

T a m p l i n geht dann auf seine in einem Hearing in den USA gemachten Erfahrungen näher ein. Er führt dann weiter aus, Atomenergie sei aus technischen, sozialen und politischen Gründen gefährlich. Die Zahl der Experten in aller Welt, welche besorgt seien über die Entwicklung im Kernenergiebereich wüchse ständig. Eine der bekanntesten Gruppen (Pugwash) habe sich zuletzt am 4. September 1973 in Finnland getroffen.

H e u s e r übersetzt weiter: Die Probleme der Handhabung des Abfalles (ungesteuerte Verbreitung des spaltbaren Materials und größere radioaktive Freilassung oder Emissionen) seien noch immer ungelöst. Insoweit müsse die Weisheit, mit der man sich der nuklearen Energie als Hauptenergiequelle verschreibe, ernsthaft in Frage gestellt werden. Es komme darauf an, Forschung und Entwicklung für alternative Energiequellen, insbesondere der solaren-, geothermischen- und Fusionsenergie zu forcieren. Es seien Studien zur klaren Unterscheidung zwischen tragbarem und bloß hochgerechnetem Energiebedarf erforderlich.

Frau S c h n e t z l e r übernimmt erneut die Übersetzung der Ausführungen T a m p l i n s . Ein Erörterungstermin wie der zu KKW Brokdorf habe wenig Bedeutung. Es handele sich vielmehr um ein internationales Problem. Er könne nur hoffen, daß der Termin auch auf andere Genehmigungsverfahren Einfluß habe. Seine größte Sorge sei es, daß es in einem Reaktor zur Choreschmelze kommen könne (chinesisches Syndrom). In einem solchen Fall sei bestimmt davon auszugehen, daß viele Quadratmeilen für gut 100 Jahre vollkommen steril würden. Es komme darauf an, eine Tradition allergrößter Sorgfalt auch im Detail zu begründen.

W e s t p h a l macht die Zwischenbemerkung, nach einer Aussage von G o f m a n , einem Kollegen und Mitarbeiter von T a m p l i n , käme es darauf an, den Menschen für die Kernenergie sicher zu machen. Dies sei aber schon im Hinblick auf die bislang ungelösten Fragen der Endlagerung nicht möglich. Es sei erforderlich, eine Priesterklasse zu schaffen, die auf Zeit und Ewigkeit radioaktive Stoffe sicher verwahre. Eine solche Entwicklung führe jedoch lt. G o f m a n zum Ende jeglicher menschlicher Freiheit.

Prof. Dr. T a m p l i n führt weiter aus, in den USA habe man während eines Jahres 40 Reaktoren studiert und dabei 861 Störfälle registriert. In Zukunft würden sich wegen der rapide wachsenden Zahl der KKWs alle Probleme vervielfachen, d.h., die jetzt schon schlechte Situation werde sich noch weiter verschlechtern. T a m p l i n führt dann als Beispiel für die vielen vorkommenden Störfälle an, daß in einem Fall 115.000 Gallonen radioaktiver Abwässer aus Tanks über 50 Tage unbemerkt ausgelaufen seien. Er erwähnt dann u.a. Fälle, in welchen bei einzelnen Komponenten der von der General Electric gebauten Reaktoren Risse aufgetreten seien und leitet dann zu dem Gesichtspunkt der Sabotage über. In einer Welt voller Kriege sei es nicht zu verantworten, ein derart gefährliches Spielzeug zu bauen. Kürzlich habe sich in Portland/Oregon ein Fall nuklearer Erpressung ereignet. Ange-

sichts der Zwischenfälle im Nahen Osten oder in Irland müsse man hinsichtlich der Kernenergie das Schlimmste befürchten.

Westphal schaltet sich wieder zu einer Zwischenbemerkung ein und vertieft den von Tamplin vorgetragenen Hinweis auf die zunehmende Möglichkeit von Terrorakten auf KKWs unter Hinweis auf die Ausarbeitung "Reaktor und Bombe".

Prof. Dr. Tamplin gibt als einzigen Grund, warum bisher von Terrorgruppen noch keine Atomwaffen eingesetzt würden, an, daß diesen Plutonium noch nicht zur Verfügung stehe. Die Bombe sei nach einer überall erhältlichen Anleitung in jeder Kellerwerkstatt zu bauen. Die Möglichkeit der Terroristen, sich in den Besitz von Plutonium zu setzen, vergrößere sich jedoch schon wegen der zunehmenden öffentlichen Transporte von Brennelementen von Tag zu Tag. So sei jetzt schon der Zeitpunkt der ersten umfassenden atomaren Erpressung abzusehen. Ein konsequentes Plutonium-Überwachungssystem erfordere den Polizeistaat und habe somit das Ende eines freien Lebens zur Konsequenz. Das Plutonium-Problem sei ein Weltproblem und so sei seine Äußerung, der Brokdorf-Termin sei eigentlich unwesentlich, zu verstehen. Brokdorf könne aber einen Anfang setzen. Es komme auf den Mut der zuständigen atomrechtlichen Genehmigungsbehörden an, Nein zu sagen. Dies habe er insbesondere zum Ausdruck bringen wollen.

Prof. Dr. Tamplin erklärt sich dann zur Beantwortung spezifischer Fragen bereit.

Adrian dankt Prof. Tamplin für seine Ausführungen und bittet die Anwesenden, ihre Fragen an diesen Sachverständigen zu richten. Zwar sei der Abschluß des Termins nahezu erreicht, doch sei er im Hinblick auf den hohen wissenschaftlichen Rang des amerikanischen Sachverständigen bereit, den Termin zeitlich etwas zu verlängern.

Adrian stellt dann - nachdem innerhalb ausreichend langer Zeit keine Wortmeldungen zu Fragen an T a m p l i n abgegeben wurden - fest, er sehe den Erörterungstermin als beendet an. Die anschließende Diskussion mit Prof. Dr. T a m p l i n vollziehe sich insoweit außerhalb dieses Termins.

Auf eine gezielte Frage von W e s t p h a l bestätigt Adrian, daß er in diesem Moment den Vorsitz ausübe.

Er erklärt weiter, alle Fragen, die zu erörtern waren, seien erörtert.

S o y k a hält Adrian vor, wesentliche Fragen seien überhaupt nicht andiskutiert worden. Im übrigen habe S c h w a r z e die Fortsetzung des Termins am Montag angekündigt. Er bittet um Entscheidung, ob am Samstag oder Montag fortgesetzt werden solle.

Adrian erwidert, bei der Breite, mit der S o y k a Grund-satzprobleme diskutieren wolle, würde auch jede weitere Ver-längerung des Termins nicht ausreichend sein. Demgegenüber sei es aber der berufstätigen Bevölkerung gegenüber nicht vertretbar, den Termin über den 4. Tag hinaus fortzusetzen.

W e s t p h a l berichtet, daß T a m p l i n sich ihm gegenüber erstaunt darüber gezeigt habe, daß von seiten der Behörde keine Sachfragen an ihn gerichtet würden. Er legt dann gegen die von A d r i a n geäußerte Behauptung, es sei vollständig erörtert worden, im eigenen Namen schärfsten Protest ein. Es habe sich für ihn als schreckliche Wahr-heit herausgestellt, daß die Behördenvertreter ihrer Amts-pflicht weder von der Sache noch vom Charakter her gewach-sen seien.

H e y e schließt sich W e s t p h a l im wesentlichen an und bringt dann zum Ausdruck, insbesondere seine Fragen nach Alternativenenergien seien nicht behandelt worden, eben-sowenig die der Wirtschaftspolitik bis hin zur Kosten-Nutzen-

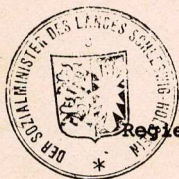
Analyse. Er habe zur Behandlung eines für den Donnerstag terminierten Themenkreises eigens einen Sachverständigen mitgebracht und sei stillschweigend damit einverstanden gewesen, daß dann an diesem Tage die medizinischen Sachverständigen der Behörde kurzfristig eingeschaltet wurden. Nun aber erhebe er mit gutem Recht die Forderung, den Termin fortzusetzen, um so seinem Sachverständigen gleichfalls die Möglichkeit zur Teilnahme einzuräumen. Für ihn sei einerlei, ob eine Woche, zwei oder drei Wochen weiter verhandelt würde; es komme lediglich darauf an, daß vollständig erörtert werde.

S o y k a weist darauf hin, daß u.a. auch die Frage der Berstsicherheit von Reaktordruckbehältern s.E. im Verlauf des Termins mit keinem Wort angesprochen sei. Die Behörde werde sich die Folgen dieses schweren Versäumnisses zuzuschreiben haben. Durch ihr Verhalten schaffe die Behörde günstige Voraussetzungen für die Durchführung eines Atomprozesses. Nur von der Justiz sei eine Chance für das Überleben der Menschheit zu erwarten, denn diese sei weniger korruptiert als die Verwaltung und die Politiker.

Schwarze beendet die teilweise sehr heftig geführte Diskussion durch seinen Hinweis, der Erörterungstermin sei von dem zu dem Zeitpunkt amtierenden Vorsitzenden A d r i a n beendet worden. Er schließt die Veranstaltung und bedankt sich bei den anwesenden Einwendern für deren rege Mitarbeit.

Der Verhandlungsleiter
gez. Schwarze
Ltd. Ministerialrat

Gefertigt:
gez. Fuhrmann
Gewerbeamtman



Beglaubigt:

Mann
Regierungsoberinspektor